Nr. 54 März/April 1991
4 Mark

Wildcat

Inhalt

1 Editorial
2 Golfkrieg
5 Zur "Antikriegsbewegung"
7 Interview mit einem Genossen der "Midnight Notes"
10 Firma Kuwait
11 Streiks in der Türkei
15 Thesen zur Weltlage
21 Ökologie und Klassenkampf
26 Kämpfe von TeilzeitarbeiterInnen
30 Bewegung in Berliner Taxibetrieben
32 PlastikarbeiterInnen in Frankreich
33 Der Mythos vom "Kampf gegen die Arbeit"
34 Filmbesprechung - Peugeotstreik 1989
35 Romas in Deutschland
38 "Knastperspektiven"
40 Aktuelle Wirtschaftspolitik der Kohlregierung

Beilage: Wenn Kreuzfahrer und Assassinen sich zusammentun

Buchbestellungen, Abos usw. an:

Sisina, PF 360527, 1 Berlin 36
Telefon 030-6121848
Überweist den entsprechenden Betrag auf:
Sisina, Postgiroamt Berlin Kto.-Nr: 31502-109
Einzelheft 4 Mark,
Abo 6 Hefte 20 Mark
(Adresse nicht vergessen)

Kontaktadressen:

Sisina, PF 360527, 1 Berlin 36
Sisina, PF 301206, 5 Köln 30
Wildcat, PF 306325, 2 HH 36
PLK 172649 E, 78 Freiburg
Wildcat, im Friedensbüro, M 2, 15b, 68 Mannheim

Zur Zeit können folgende Bücher bestellt werden:

TheKla 5: Arbeiteruntersuchung, 7 Mark
TheKla 9: Mario Tronti, Erste Thesen, 9 Mark
TheKla 10: Zerowork, 12 Mark
TheKla 11: Jobber-Versuche, 7 Mark
TheKla 12: Arbeit, Entropie, Apokalypse, 7 Mark
TheKla 13: Klassenkämpfe im Sozialismus, 7 Mark
Schuber (WILDCAT 43-49), 12 Mark
ArbeiterInnenmacht gegen die Arbeit, 7 Mark
(alle Preise inkl. Porto und Verpackung)
Arbeitsrecht-Faltblatt: Deutsch - Türkisch - Polnisch
und beiliegende Broschüre, gegen 2 Mark in Briefmarken

Wieder erhältlich:

Fabrikguerilla in Mailand 1980/81

Ex-Militante der Kolonne Walter Alasia der Roten Brigaden erzählen ihre Geschichte.

Die Kolonne Walter Alasia steht für eine besondere Erfahrung des bewaffneten Kampfes in Italien: nach der Niederlage der Bewegung und der großen Repressionswelle (20.000 Leute gehen durch den Knast) gelingt es ihnen, die BR-Struktur in Mailand zu reorganisieren. 1980/81 sind sie überall organisiert vertreten: im Krankenhaus, in den Klein- und Mittelbetrieben, v.a. aber bei Alfa Romeo, wo sie 1981 ihre bekannteste Aktion durchführen: sie entführen den Generaldirektor für die Arbeitsorganisation und erreichen, daß die Kurzarbeit für mehrere hundert Arbeiter zurückgenommen wird.
Das Buch besteht im wesentlichen aus Prozeßerklärungen, in denen die Genossen ihre Geschichte erzählen: aufgewachsen in den Trabantenstädten der Peripherie Mailands, politisiert in den Bewegungen der siebziger Jahre, wurden die 77er Bewegung und ihr Ende für die meisten von ihnen zu einschneidenden Erfahrungen.
Die Kritik des historischen Kerns der BR an der Walter Alasia, "bewaffneter Reformismus", ist im Anhang.

Walter Alasia - Fabrikguerilla
3. Auflage - Feb. '91 - 10 Mark

Eigentumsvorbehalt
Diese Zeitung ist Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. Eine "Zurhabenahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehaltes. Wird die Zeitung nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur sie - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

(V.i.S.d.P. ist P. Müller)

Noch ist der Krieg 'begrenzt'. 'Begrenzt' in einem geopolitischen Maßstab des Kapitals. Um das Proletariat zwischen Atlas und Hindukusch und das gesamte Weltproletariat einzuschüchtern und zu demoralisieren, zur Arbeit unter den vom Kapital gesetzten Bedingungen zu zwingen, werden - wieviele ? - zehntausende, hunderttausende, Millionen arabische ProletarierInnen umgebracht.

Der Zeitung liegt eine Analyse des amerikanischen Midnight-Notes-Collective bei, die sie im November veröffentlicht haben. (dazu Anmerkungen und ein Telefoninterview auf den Seiten 10 ff.) Ihre Einschätzung, daß es nicht um Krieg geht, war - von heute aus gesehen - falsch. Dennoch haben sich ihre Grundannahmen auf brutale Art bestätigt: was stattfindet ist Klassenkrieg, vor dem Hintergrund einer großen Verletzlichkeit des Kapitals und dementsprechenden mörderischen Reaktionen. Heute droht die US-Regierung mit der Atombombe, mit dem offenen und totalen Terrorkrieg gegen die irakische Bevölkerung. Genauso denkbar ist jedoch im Moment auch eine baldige "Friedenslösung".

Die Soziologen haben Anfang der 80er immer ein "D-Zug-Jahrzehnt" prophezeit. Dabei war's in den 80ern relativ ruhig; klar, nicht überall: die Philipinnen, Nikaragua, Südafrika.....Aber gemessen an dem, wie sich die 90er Jahre anlassen: Ende des Sozialismus, 'Anschluß' der DDR, Zuspitzung der sozialen Konflikte in der Sowjetunion.....
Wenn die 80er das D-Zug-Jahrzehnt waren, beginnen die 90er mit Überschallgeschwindigkeit. Genauer gesagt im Lärm der Jagdbomber, der Detonationen der Granaten...
"Die Augen der Weltöffentlichkeit starren gebannt auf die Golfregion", wie es immer so treffend heißt. Aber Vorsicht, der Kanonendonner kann nicht nur Wut entfachen oder einschüchtern, er kann auch ablenken, kann regelrecht betäuben, und das betrifft nicht nur die Leute, die sich das "GULF-UPDATE" - widerwärtig, wie die gesamte 'Kriegsberichterstattung' - im englischen TV-Sender Superchannel reinziehen.

Täuschung und Ablenkung - damit meinen wir weniger die Zensur, sondern
- zunächst mal den Charakter des Krieges: da stehen sich nicht ein "durchgeknallter Diktator" und ein "ölhungriger Präsident einer niedergehenden Weltmacht" gegenüber. Es ist ein Krieg des internationalen Kapitals gegen das Proletariat - in erster Linie gegen das Proletariat der Golfregion. Es geht dem Kapital nicht um's "Öl" als physikalische und geologische Größe. Es geht um die Produktion von Energie, das heißt um die Neudefinition der Arbeits- und Lebensbedingungen der derer, die das Öl fördern, verarbeiten, transportieren und verladen. Und aller, die daran indirekt beteiligt sind, von dem Bauarbeiter aus Pakistan bis zur Prostituierten aus Sri Lanka. Darüber hinaus spielen die ganzen proletarischen Aufstände der Region eine wesentliche Rolle. Von der Intifada über die Riots in Ägypten bis zu den Brotaufständen in Marokko und Algerien. Nachdem der IWF jahrelang einen 'kalten Krieg' gegen dieses Proletariat geführt hat, genügt das jetzt offensichtlich nicht mehr, der 'heiße Krieg' im großen Maßstab mußte her, um diese Bewegungen niederzuhalten. Aber das Kriegsziel ist nicht nur 'Aufstandsbekämpfung'. Mit der Vertreibung von Millionen von Menschen allein in der unmittelbaren Kriegszone zeich-

Hallo,
versucht erst gar nicht, die Zeitung nach dem Inhaltsverzeichnis links zu lesen. Wir haben alles nochmal umgebaut, nachdem das Umschlagblatt schon gedruckt war. Hier also das "Richtige", sorry. Bewegte Zeiten...

1 Editorial
3 Streiks in der Türkei
8 Zur "Antikriegsbewegung"
10 Anmerkungen zu den Artikeln
12 Interview - "Midnight Notes"
14 Firma Kuwait
15 Thesen zur Weltlage
20 Ökologie und Klassenkampf
24 Interview - TeilzeitarbeiterInnen
29 Berliner Taxibetriebe
30 "Kampf gege die Arbeit"
31 PlastikarbeiterInnen in Frankreich
32 Filmbesprechung - Peugeotstreik 1989
34 Romas in Deutschland
36 Sozialpolitik - BRD
37 Streik von Eisenbahnern/HH
38 "Knastperspektiven"
40 Bummelstreik im Hamburger Hafen

net sich schon die umfassende wirtschaftliche und politische Neustrukturierung der gesamten Region ab. In deren Mittelpunkt steht die Neuzusammensetzung der Arbeitskraft. Kohl redet bereits von einem 'Marshallplan für den nahen und mittleren Osten'. Der Golfkrieg ist ein Klassenkampf. Die Intensität des militärischen Konflikts zeugt weniger von grundsätzlichen Widersprüchen zwischen Bush und Saddam. Sie drückt eher den Feuereifer aus, mit dem beide dem gleichen Geschäft nachgehen.

- die Funktion des Krieges nach innen nimmt auch in der BRD langsam Konturen an. Kriegssteuern und die "Kosten der Einheit", "Umweltabgaben" und manchmal auch ein undurchsichtiger Mischmasch aus allen drei Aspekten. "Die Party ist vorbei" - so die Message der Politiker, jetzt geht's an's Zahlen. Die geplanten Steuern sind Vorboten der Krise, die in Deutschland einige Zeit später als in den USA beginnen wird; dafür aber möglicherweise umso härter. Und die mittels des Krieges beschleunigt werden soll. Für's Frühjahr stehen Tarifverhandlungen an - es wird sich auch da zeigen, inwieweit die Arbeiterklasse bereit ist, zu verzichten. Zieht das Geschwätz mit "unserer Verantwortung am Golf", "für die Umwelt", für Osteuropa? Der Krieg wird sich nicht nur auf den Schlachtfeldern der Golfregion entscheiden, sondern ebenso an der "Heimatfront". Wir sollten uns also nicht nur von den Raketen und Bataillonen Bushs und Saddam Husseins in den Bann ziehen lassen, sondern uns weigern für den Krieg Ruhe im "Hinterland" zu halten. Entziehen wir dem Krieg seine Basis, indem wir das innenpolitische Kriegsziel, den Übergang zur Krise, blokkieren. Entziehen wir den Kriegstreibern das Geld, dann können sie es auch nicht im wahrsten Sinne des Wortes verpulvern. Entziehen wir ihnen nicht nur das Geld!

- ein dritter Punkt, der im Kanonendonner untergeht: die Situation in den Ländern der "3. Welt". Die Energiekosten wurden mit Beginn der "Golfkrise" stark angezogen. Schon einmal, (1973) war eine "Ölkrise" das Vorspiel zur darauf folgenden "Schuldenkrise", jenes gigantischen Angriffs auf den Lebensstandard des Proletariats, auf seine Ansprüche und Kämpfe.

In Äthiopien löste die erste Spitze der Ölpreiserhöhungen im Oktober unmittelbar Hungersnöte aus, weil die Verkehrsmittel für viele Menschen nicht mehr bezahlbar waren... Aber auch schon vor dem Golfkrieg gab es bei täglich mehreren zehntausend Hungertoten in der "3. Welt" keinen Anlaß, einfach nur "für Frieden" zu sein.

Auf der anderen Seite werden die ArbeiterInnen in Peru, in Nigeria, in Südkorea, in Birma und anderswo versuchen, die Situation zu nutzen, um das Patt der letzten Jahre zu ihren Gunsten aufzulösen. In Bolivien z.B. kam es schon vor Kriegsbeginn zu Streiks gegen die Erhöhung der Ölpreise.

Wir denken also, daß die Bewegung, die sich im Moment ziemlich stark auf den Krieg in seiner militärischen Dimension fixiert, weitere Fragen stellen muß. Eben versuchen muß, hinter dem Kanonendonner die Bewegungen des internationalen Proletariats, der ArbeiterInnen, der Gefangenen, der SchülerInnen wahrzunehmen und von diesen ausgehend den Krieg der Bush, Kohl, Özal und Saddam Husseins angreifen muß. Wenn es gelänge, eine Antikriegsbewegung mit der "sozialen Frage" zu verbinden, wäre eine der wichtigsten Funktionen des Krieges, nämlich die der Ablenkung vom Klassenkampf, schon in Frage gestellt. Angesichts der demütigen Schweigeminuten und angesichts der momentan defensiven Situation in den Betrieben, ist das nicht einfach.

Freiburg, 1.2.1990

P.S.: Der Krieg ist jetzt 16 Tage alt. Wenn es sich bestätigen sollte, daß die Alliierten nicht einen Krieg gegen die irakische Armee, sondern den totalen Krieg gegen die Bevölkerung geführt haben und führen, dann wird klar, daß das Kapital von einer Situation ausgeht, in der seine Existenz aktuell auf diesem Planeten in Frage steht. Dann allerdings ist unsere Einschätzung der 80er Jahre als ein relativ ruhiges Jahrzehnt falsch. Dann ist auch klar, daß jede Analyse, die den Golfkrieg aus der Situation der arabischen Region heraus erklären will, unvollständig ist. Aber: wenn wir davon ausgehen, daß der Klassenkampf so stark ist, daß die Herrscher der Welt nur noch *so* reagieren können, ist noch nicht geklärt, worin die Schwächen bestehen, diese Massaker nicht verhindern zu können ?!

Die ArbeiterInnenkämpfe in der Türkei im Schatten des Krieges

Daß Regimes Kriege vor allem als Krieg gegen das eigene Proletariat führen, wird heute am deutlichsten in der Türkei. Zehn Jahre nach dem letzten Putsch der Militärs kämpft Staatspräsident Özal an mehreren Fronten ums Überleben. Als einer der ersten verhängte er das Embargo über seinen Handelspartner Irak und begann offen mit der Option Krieg Politik zu machen, weil er anders nicht mit den größten Problemen fertig wird: dem zunehmenden ArbeiterInnenkampf und der Aufstandbewegung im kurdischen Südosten der Türkei. Die ersten Maßnahmen waren Streikverbote und die Aufhebung der Menschenrechte in den kurdischen Regionen.

Wirtschaftliche Dauerkrise

Die türkische Wirtschaft befindet sich in einer tiefen Krise. Özal hatte als Wirtschaftsminister unter dem Militärregime mit Hilfe von IWF-Krediten die Umstellung des gemischten Wirtschaftssystems mit seinen großen Staatsbetrieben auf eine exportorientierte Privatwirtschaft proklamiert. Er bemühte sich um Investitionen von Auslandskapital und warb mit den niedrigen Arbeitskosten in der Türkei. Einige Privatkonzerne haben v.a. durch Zusammenarbeit mit ausländischen Kapitalgruppen in den letzten Jahren saftige Gewinne verzeichnen können, eine neue Mittelschicht hat sich an hohen Zinsgewinnen eine goldene Nase verdienen können, aber nach einer kurzen Aufschwungphase ist das Wirtschaftswachstum steckengeblieben. Ausländisches Kapital hat nicht wie erwartet investiert, Zuwachs gab es vor allem in der Tourismusindustrie. Die Verarmung der Arbeiter führt nicht automatisch zur Verwertung, und mit niedrigen Löhnen allein läßt sich noch keine hohe Arbeitsproduktivität erzwingen. Die Kaufkraft dieser ArbeiterInnen ist entsprechend niedrig. Die Exporte sind zwar gestiegen, sie beschränken sich aber auf Nahrungsmittel, Textilien und Komponenten für Kraftfahrzeuge, also Waren, die auf dem Weltmarkt im Überfluß vorhanden sind. Eine fortgeschrittene Elektronikindustrie gibt es bis heute nicht. Es gibt heute mehr Arbeitsplätze in Staatsbetrieben als vor der Privatisierungspolitik, denn immer noch werden sie nach wahltaktischen Gründen verteilt. Die Arbeitslosigkeit ist extrem

ArbeiterInnenbewegung in der Türkei

Nach dem Verbot aller linken Gewerkschaften 1980 und dem Streikverbot wurden innerhalb der engen Grenzen des neuen Gewerkschaftsgesetzes einige Industriegewerkschaften wiederzugelassen. Mitte der 80er Jahre gab es in der Türkei die ersten Streiks. Treibende Kraft waren auch viele Linke, die nach 1980 in Basisstrukturen im Betrieb und in der Gewerkschaft untergekommen waren. Im Frühjahr 1989 entwickelte sich während der Tarifverhandlungen für die Staatsbetriebe eine ArbeiterInnenbewegung von ganz neuem Charakter. Anders als in den 70er Jahren beschränkte sie sich nicht auf die Industriezentren im Westen des Landes. 600.000 ArbeiterInnen in allen Teilen des Landes entwickelten Streik- und Protestformen, die Streikverbote und Repression umgingen (siehe WC 47 und 49). Alle ArbeiterInnen kämpften gemeinsam unter einer einheitlichen Forderung nach mehr Lohn und zwangen die Regierung zum Nachgeben.

Zwei Jahre später hat die Inflationsrate die Lohnerhöhung längst wieder aufgefressen. Die Bergarbeiter in Zonguldak am Schwarzen Meer begannen schon lange vor Ablauf des Tarifvertrages mit Protesten. Zum zehnten Jahrestag des Militärputsches machten sie als einzige in der Türkei einen Warnstreik, am 30. November traten 48.000 Bergarbeiter in den Streik für 300% mehr Lohn.

Ein Bergarbeiter verdient etwa 250 Mark im Monat - und das für unglaublich harte Arbeit: der Kohleabbau ist noch weitgehend Handarbeit, allein im letzten Jahr starben in 10 Monaten 22 Bergarbeiter. Es gibt Arbeiten unter Tage, die die Arbeiter nur eine Woche lang durchhalten, dann gehen sie eine Woche in ihr Dorf zurück, um sich zu erholen.

Die Arbeiter dieser größten Kohleregion der Türkei waren schon immer sehr kämpferisch. Nach dem Verbot des linken Gewerkschaftsbundes DİSK 1980 organisierten sie die Bergarbeiter in der zum Gewerkschaftsverband Türk İş gehörenden Genel Maden İş. In dieser Gewerkschaft, die seit 25 Jahren nicht mehr gestreikt hatte, wurde die Unzufriedenheit der Arbeiter immer größer. Vor einem Jahr setzten sie den Vorsitzenden ab und wählten Şemsi Denizer, der wesentlich kämpferischer auftrat. Unter seiner Führung wurde die Gewerkschaftsarbeit neu strukturiert, über Schulungen und Massenversammlungen wurden die Arbeiter organisiert. Die neue Führung suchte für die Organisierung des Streiks sogar die Zusammenarbeit mit den von Linken forcierten Betriebskomitees, sie suchte die Unterstützung der Frauen, der Kleinhändler, der Jugend.

hoch. Die Einkommenssituation der Proletarier hat sich im letzten Jahr enorm verschlechert. Ein Monatslohn reicht bei weitem nicht mehr für eine Wohnungsmiete, die Familien sind auf Zweit- und Drittjobs und Unterstützung durch im Ausland lebende Verwandte angewiesen. Nach der Besetzung Kuwaits und der Verhängung des UNO-Embargos wurden zuerst die Benzinpreise verdoppelt, gleichzeitig steigen die Preise für alle Lebensmittel, so daß die Inflationsrate jetzt monatlich 8% beträgt. Als Ausgleich für die Beteiligung am Embargo und am Krieg bekam die Regierung einen neuen Kredit von der Weltbank und jede Menge Wirtschafts- und Militärhilfe seitens der Bundesrepublik.

Die Streikbewegung hat sich seit Dezember 1990 erheblich ausgeweitet, viele sprechen vom kommenden "Frühjahr der ArbeiterInnen".

Der Bergarbeiterstreik

Den Anfang hatten die 48.000 Bergarbeiter gemacht, die am 30. November in den Streik getreten sind mit der Forderung nach 300% mehr Lohn. Staatspräsident Özal antwortete darauf mit der Drohung, die eh unprofitablen Kohleminen zu schließen und in Zukunft Kohle zu importieren. Dieser direkte Angriff hat der Bewegung eine politische Ausrichtung gegeben. Die Forderung war von nun an auch "Rücktritt der Regierung". Seit Beginn des Streiks werden in Zonguldak jeden Tag Aktionen gemacht: Sitzstreiks, Demonstrationen. Die Geschäftsleute hielten aus Solidarität mit den Bergarbeitern ihre Läden geschlossen, die Schüler boykottierten den Unterricht. Eine Bewegung dieser Breite hat es seit zehn Jahren in der Türkei nicht mehr gegeben.

Ende Dezember traten die Metallarbeiter in verschiedenen Betrieben in den Streik mit ähnlichen Forderungen wie die Bergarbeiter. Während sich die ArbeiterInnen der ganzen Türkei mit den Bergarbeitern solidarisierten, nahmen nur wenige Notiz vom Streik der Metaller, die doch immerhin 120.000 sind. Die Reaktion der Regierung auf die Streiks war sehr hart, das staatliche Radio und Fernsehen machte Propaganda gegen die ArbeiterInnen, während die Zeitungen zunächst sehr positiv über die Auseinandersetzungen berichteten. Darüber gelang es ihnen aber auch, die Handlungen der Gewerkschaftsführer zu beeinflussen.

Die Bewegung ist auch eine politische Bewegung

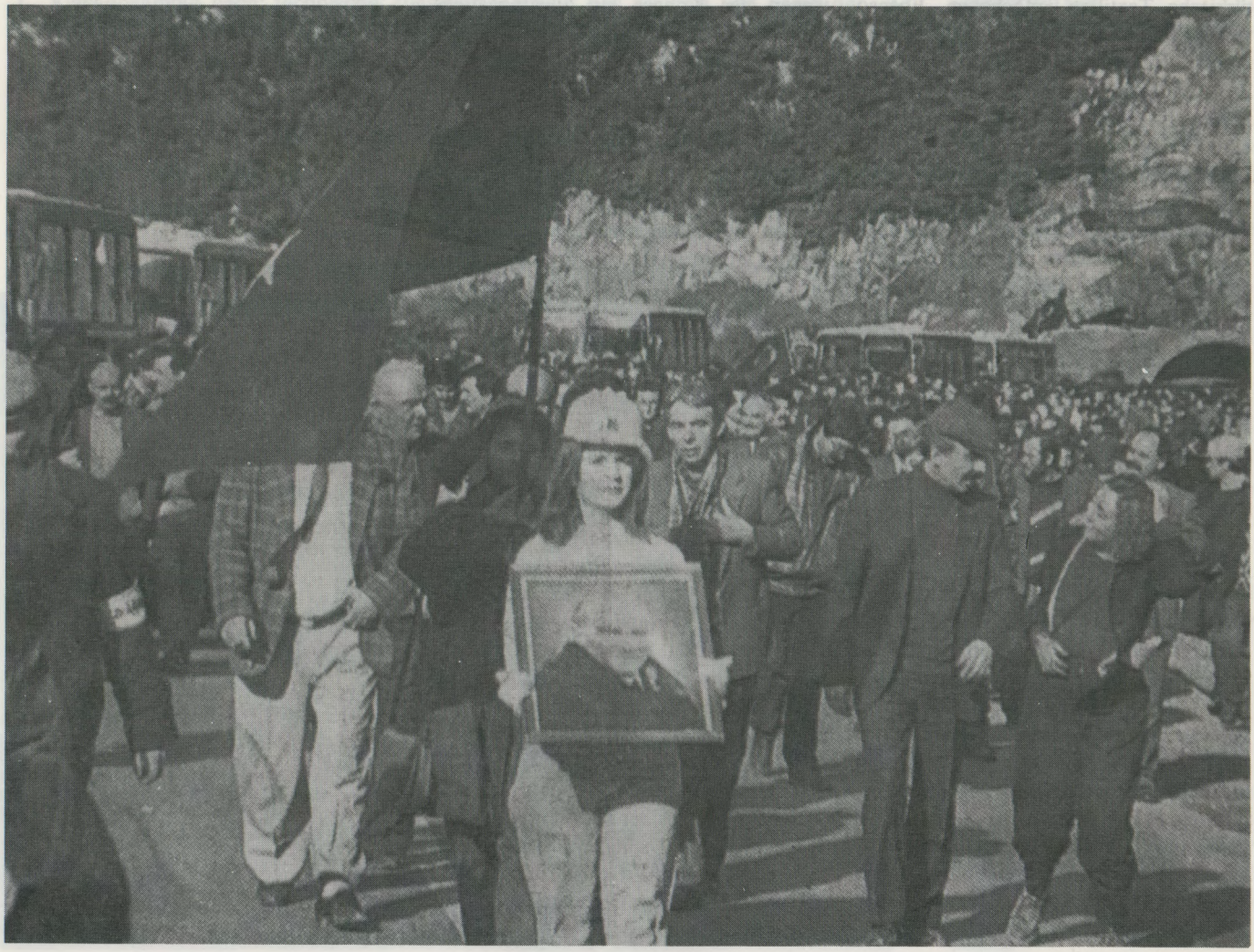
Die ArbeiterInnen haben auf ihren Demonstrationen immer "Generalstreik" gefordert - gegen die Regierung, gegen die Teuerungen. Der Gewerkschaftsbund Türk İş und die Regierung gerieten in Panik und wußten nicht, wie sie auf die Situation reagieren sollten: eine Streikwelle für mehr Lohn war angelaufen, täglich nahm die Zahl der streikenden ArbeiterInnen zu, am einen Tag streiken 80, am nächsten schon 8000. Anfang 1991 befanden sich 143.000 ArbeiterInnen im Streik: 48.000 Bergarbeiter, der Rest MetallarbeiterInnen. Daraufhin setzte die Türk İş einen Tag Generalstreik für 3. Januar 1991 fest. Da ihn die Verfassung verbietet, wurde offiziell "ein Tag Fernbleiben von der Arbeit" angekündigt.

Der Generalstreik

Trotz massiver Drohungen seitens der Regierung blieben 90% der ArbeiterInnen an diesem Tag zu Hause. Bis auf wenige Städte im Osten, die von religiösen Kräften beherrscht sind, fanden die Aktionen im gesamten Staatsgebiet statt, auch in der Ausnahmezustandsregion im Südosten. Z.B. auch in der Ölindustrie, die als strategischer Sektor, gilt und wo deshalb Streiks verboten sind.

Der Generalstreik war eine Kampfansage an die Regierung am Vorabend des Krieges. Sein Ziel war die Solidarität mit den kämpfenden Bergarbeitern. Eine eigentliche Forderung hatte er nicht. Der Gewerkschaftsbund wollte sich mit Ausrufung des Streiks an die Spitze der Bewegung stellen, um sie nicht aus dem Ruder laufen zu lassen. Denn die Privatunternehmer waren immer mehr besorgt über die schnelle Ausweitung der Streikbewegung. Der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes TİSK versuchte zu vermitteln: «Wir forden die Arbeitgeber auf, den beteiligten ArbeiterInnen nur einen Tageslohn abzuziehen und nicht anderweitig zu bestrafen. Wir müssen endlich moderne industrielle Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern aufbauen.» Sie schlugen 100% Lohnerhöhung vor, ein Prämiensystem und einen Mindestlohn von 700.000TL (Die Gewerkschaften fordern 150-175%).

Am 4. Januar begannen die Bergarbeiter ihre Demonstration nach Ankara. Die Regierung hatte verhindert, daß am 4. Januar leere Busse nach Zonguldak fahren, die die ArbeiterInnen abholen sollten. Was keiner erwartet hatte, die Arbeiter und ihre Familien beschlossen, die 300 km trotz der Kälte zu Fuß zu gehen. Schon am ersten Tag tauchte Militär auf und sperrte die Straße, zog sich aber wieder zurück, als die Arbeiter weiterliefen. Am 5. Januar waren 8200 Papierarbeiter in den Streik getreten. Am 5. Januar trafen der Vorsitzende der Bergarbeitergewerkschaft Genel-Maden İş, Denizer und Innenminister Akbulut in Bolu zusammen und kamen zu einer Einigung. Später wurde die Einigungssumme seitens der Regierung als Bruttostatt als Nettobetrag ausgegeben. Unter dem Druck der Arbeiter wollte Özal nicht nachgeben. Die Arbeiter setzten den Marsch fort in Richtung Ankara. Acht km vor der E 5, der wichtigsten Verbindungsstraße zwischen Istanbul und Ankara, wurden sie durch eine Barrikade der



Militärs gestoppt. Bei Temperaturen von unter null Grad warteten die ArbeiterInnen zwei Tage. Es kam zu Rangeleien und einigen Festnahmen. Der Gewerkschaftschef wollte die direkte Auseinandersetzung mit dem Militär vermeiden. Er hatte gehofft, vor dem Betreten der E 5 zu einer Einigung zu kommen und deshalb diese Blockade der Hauptverbindung zwischen Istanbul und Ankara so lange wie möglich vermieden. Als die Konfrontation unausweichlich war, bereitete er die Vertrauensleute auf eine Durchsetzung des geordneten Rückzugs vor. Den Befehl zur Umkehr hatten die Medien mit ihrer Propaganda vorbereitet. Diese Entscheidung hat die starke Bewegung in die Sackgasse geführt. Seither ist es zu keinem Tarifabschluß gekommen, die Regierung hält die Gewerkschaftsführung hin, der Beginn des Krieges im Irak muß als Begründung herhalten.

Die privaten Unternehmer tun alles, damit sich die Streikbewegung nicht ausweitet. Die Textilgewerkschaft unterschrieb am 15. Januar den Tarifvertrag mit Ergebnissen, die den Forderungen der Bergarbeiter entsprechen, denn am selben Tag wurden die Einfuhrbeschränkungen der USA für türkische Textilien aufgehoben. Ebenso versuchen die privaten Metallunternehmer zu einer Einigung zu kommen.

Zur Zeit befinden sich 150.000 ArbeiterInnen im Streik: 48.000 Bergarbeiter, 8.200 PapierarbeiterInnnen, über 100.000 Metallarbeiter. Am Tag nach dem UN--Ultimatum sind in Ankara die ersten Tarifverhandlungen für die Staatsbetriebe angelaufen. Sie stehen unter dem Schatten des Kriegseintritts der Türkei. Was das Kriegsrecht für diese laufenden Kämpfe und die sich gerade neustrukturierende ArbeiterInnenbewegung bedeutet, kann sich noch keiner ausmalen. Wenn die Kämpfe wirklich Ausdruck der ArbeiterInnenbedürfnisse sind in einer Situation, in der sie nichts mehr zu verlieren haben, wird die Verhaftung der Führer die Bewegung nicht zerschlagen können, wie das 1980 möglich war.

Gegen den möglichen Kriegseintritt der Türkei hatte es anfangs Aktionen von SchülerInnen und StudentInnen, von Frauen und linken Organisationen gegeben. Die parlamentarische Opposition veranstaltet zwar Massenkundgebungen für Frieden, sie kann aber der Regierung nichts entgegensetzen und wird den Krieg mit tragen. Die Arbeiter haben zwar einen verbotenen Generalstreik gemacht, aber kaum Aktionen, die sich direkt gegen den Krieg richten. In dieser Situation haben sich alle Hoffnungen auf die kämpfenden Bergarbeiter gerichtet, die die einzige funktionierende Opposition zu sein schienen, die in der Lage ist, die Regierung unter Druck zu setzen. Die Vertreter der Oppositionsparteien versuchten, mit den Bergarbeitern Politik zu machen, indem sie bei dem Marsch auftauchten. Alle linken Gruppen schickten Vertreter zu den Bergarbeitern, versuchten mit Agitation und neuen Parolen der Bewegung eine politische Ausrichtung zu geben: "Arbeiter vereinigt Euch und erobert die Macht!". Die Parolen wurden von den ArbeiterInnen teilweise aufgenommen und zwangen der Führung eine radikalere Sprache auf: "Die Regierung soll zurücktreten!". Zum Teil wurden sie von den Arbeitern spontan erfunden, zum Teil aber auch sehr stark von der Führung benutzt, um die Disziplin während der anstrengenden Tage aufrechtzuerhalten: "Wir machen keine Politik, wir kämpfen für Brot!" - "Wir haben die Schiffe verbrannt, es gibt kein Zurück!" - "Eher sterben als umkehren!". Manche Parole allerdings hört sich für uns eher erschreckend an: "Vorsitzender, mit dir gehen wir bis in den Tod!"

Am 26. Januar verhängte die Regierung wegen des Krieges ein zweimonatiges Streikverbot.

Aktionen in den kurdischen Regionen

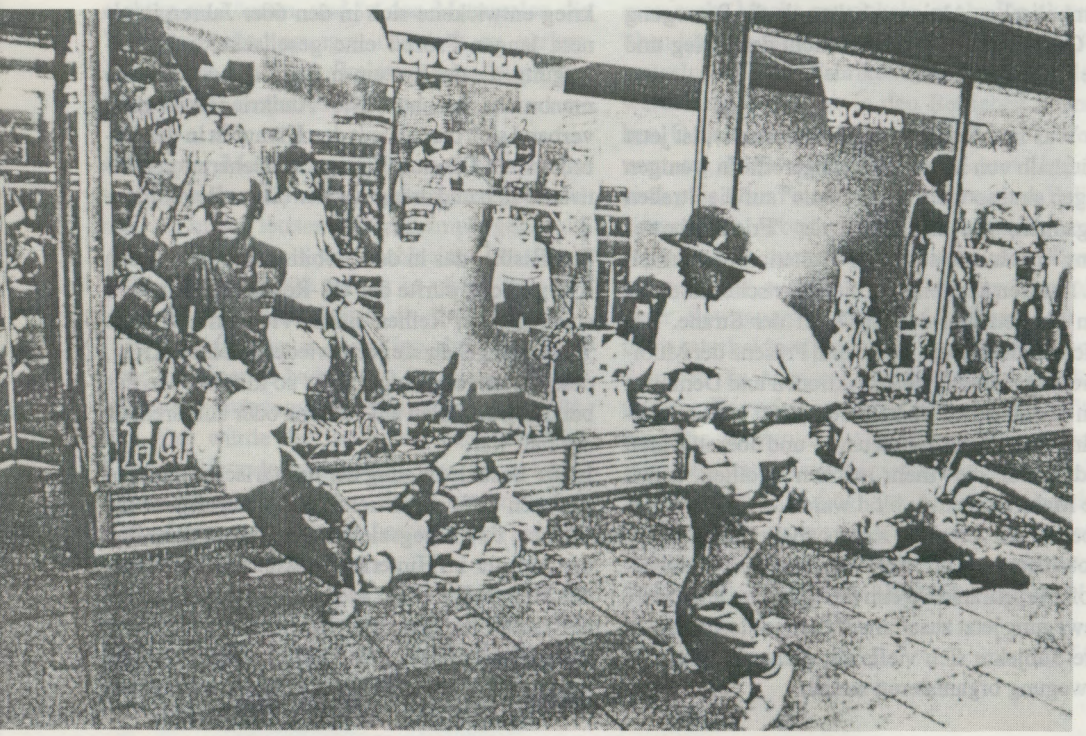
Schneller als direktes militärisches Eingreifen hat die Angst vor einem Krieg die Region an der irakischen Grenze und um die Luftwaffenstützpunkte Batman und Diyarbakır entvölkert. Nur die Arbeiter haben seit Ausbruch des Krieges Urlaubssperre. Angeblich sollen drei Millionen Menschen in "sichere" Gebiete geflohen sein. Einige werden nicht mehr zurückkommen. Wie kurdische Organisationen befürchtet hatten, bombardierten türkische Flugzeuge im Schatten des Krieges vermutete Guerilla-Stützpunkte. Trotzdem gibt es immer wieder Protestkundgebungen der Bevölkerung. Am 25. Januar kam es in Bingöl, Van und Batman zu großen Demonstrationen. Zum ersten Mal waren religiöse Gruppen und Unterstützer der Befreiungsbewegung gemeinsam auf die Straße gegangen. Das Militär schoß auf die Demonstranten, es gab Tote und viele Verletzte. Aber noch am selben Abend wurde das Verbot der kurdischen Sprache aufgehoben. Özal spielt mit dem Gedanken ein "autonomes Gebiet" für die Kurden im Nord-Irak einzurichten, natürlich unter seiner Vorherrschaft. Das Erlauben der kurdischen Sprache ist auch sowas wie ein Angebot an die KurdInnen, falls sie im Gegenzug seine Vorstellungen akzeptieren. Die Kriegssituation beschleunigt Entwicklungen.

Staatspräsident Özal regiert heute über das Amt des Staatspräsidenten mit praktisch diktatorischen Vollmachten. Die rein militärischen Maßnahmen, mit denen er auf Protest und Arbeiterkampf reagiert, zeigen seine politische Schwäche. Viele gehen davon aus, daß wenn die Gewerkschaftsführung den Marsch der Bergarbeiter nach Ankara nicht gestoppt hätte, und die ArbeiterInnen weitergelaufen wären, das massive Auswirkungen auf die anderen Streikbewegungen gehabt hätte. Özal hatte solche Angst, daß er rund um das Regierungsviertel schon Panzer auffahren ließ. Die Opposition ist auch schwach, hat keine Alternative anzubieten. Einige der Gewerkschaftsführungen tragen den Kriegkurs mit, - obwohl sie nach außen vollmundig für den Frieden eintreten. In dieser blockierten Situation kann eine Kampfbewegung wie die der Bergarbeiter strategische Bedeutung bekommen.

Berlin, Ankara, 30.1.91

THEKLA 12: Arbeit, Entropie, Apokalypse Ökologischer Kapitalismus und Klassenkampf

Auf die Klassenkämpfe der Jahre 1968 bis 1973 reagierte das Kapital mit der "Energiekrise". Mit Hilfe einer gewaltigen Steigerung der Energiepreise sollte gleichzeitig eine internationale Neuzusammensetzung des Kapitals (und damit der Arbeit und der Arbeiterklasse) und eine Senkung der Reallöhne durchgesetzt werden. Dieses Projekt wurde ideologisch begleitet von der Drohung mit dem "ökologischen" Ende der Welt. Die Botschaft ist klar: "Wir" verbrauchen zu viel, sind zu anspruchsvoll, arbeiten zu wenig. Die Parallelen zur heutigen Situation sind offensichtlich, auch wenn die 73er "Energiekrise" von heute aus eher wie ein Vorgeplänkel aussieht. Heute ist die "ökologische" Drohung verschärft und mit KRIEG kombiniert.
Selbstverständlich gibt es Wechselwirkungen zwischen dem Gebrauch der atomaren, fossilen Brennstoffe und ihren biologischen und sozialen Folgen. Aber es geht dabei nicht um "Energie". Energie ist mengenmäßig unerschöpflich und wird nicht verbraucht. Es geht um die Bedingungen ihrer Umwandlung in Arbeit. Die (Natur-) Wissenschaft liefert Modelle für die Organisierung der menschlichen Arbeit und ihrer Ausbeutung. Das Ausmaß der Unfähigkeit, Energie in Arbeit umzuwandeln, wird ausgedrückt in der physikalischen Größe Entropie. Sie ist dort am größten, wo die Unordnung am größten, die Energiezustände am ausgeglichensten sind. Dort ist Energie nicht mehr in Arbeit umzuwandeln. Für das Kapital geht es darum, die Entropie im Produktionsprozeß aufzuspüren: faule ArbeiterInnen, bekiffte IngenieurInnen, Gefahr von Streiks. Daher der Aufschwung der Informationstechnologien: Energiesparen durch High-Tech, bessere Überwachung, schärfere Kontrollen. - Dem entspricht auf der anderen Seite die arbeitsintensive, dezentrale, schlechtentlohnte Produktion in den Klitschen und im Dienstleistungssektor. AKWs schaffen Arbeitsplätze: bei McDonalds, in der Plastikfabrik im Odenwald, im Transportsektor.
"Arbeit, Entropie, Apokalypse" erschien 1980 in der amerikanischen Zeitschrift MIDNIGHT NOTES. Es zeichnet die Entwicklung des Kapitalismus als Resultat der Klassenkämpfe nach: technische Zusammensetzung des Kapitals und damit der Arbeit; Ideologie einschließlich der Rolle der "Natur"wissenschaft und einer Auseinandersetzung mit ökologischen Theorien; Reproduktion der Ware Arbeitskraft und weibliche (Haus)-Arbeit ... ganz nebenbei wird noch das Wertgesetz erklärt.
Das klingt trocken und schwierig. Aber ganz im Gegenteil! Es handelt sich um Theorie im allerbesten Sinn: sie hilft, die Verhältnisse besser zu verstehen (um sie umzuwerfen!).
TheKla 12 könnt Ihr bestellen, indem Ihr 7 Mark auf das Berliner Konto überweist (s. Impressum)



Argentinien: 24.1., ca. 10.000 Demonstranten vor dem Parlamentsgebäude, während die Abgeordneten den Einsatz der Marine am Golf absegnen.

Peru: In Lima wird die amerikanische Botschaft vermutlich von Guerillas des "Sendero Luminoso" mit Raketenwerfern angegriffen.

Frankreich: 18.1., 30.000 Demonstranten in Paris, unzählige Demos in anderen Städten, Kriegsgegner, Grüne, CGTler (CGT = kommunistische Gewrekschaft)...

Griechenland: 24.1., mehr als 10.000 Demonstranten vor der US-Botschaft protestieren gegen USA und griechische Beteiligung am Golf..

Sudan: 18.1., Randale vor der saudiarabischen Botschaft..19.1.,mehrere tausend Antikriegsdemonstranten in Karthoum.

Australien: 19.1., ca. 10.000 Demonstranten marschieren zur US- und zur israelischen Botschaft in Sydney. Sie fordern den Stop der australischen Unterstützung für den Krieg.

Bangladesh: 24.1., 500.000 Moslems nach der Haj - Wallfahrt, pro-Saddam,... 3000 Studenten demonstrieren in Dhaka für Frieden.

Spanien: 23.1., Über 100.000 Demonstranten in Barcelona, hauptsächlich Schüler und Studenten, gegen die USA und die NATO...

TRY TO SET THE NIGHT ON FIRE

-aus "Light My Fire", The Doors, jetzt zensiert

USA: dutzende Demonstrationen im ganzen Land, meist SchülerInnen und Studenten, Blockaden und Besetzungen von Bundesbehörden, Highways, Brücken und Unis; harte Einsätze von Bullen und Massenfestnahmen.

Italien: der Minimalkonsens ist: "Pace subito - Friede sofort"; linke Gruppen und Arbeiter-Ausschüsse rufen zum Generalstreik und zur Fahnenflucht auf; militante Demos vielen Städten, vor allem gegen den Kriegseintritt.

Spanien: viele Demos, hauptsächlich am 15. und 17.1., auch hier wieder v.a. von SchülerInnen; Diskussion um Generalstreik.

Großbritannien: 15.1. London: Großdemo am Trafalgar Square, Blockade am Parlament; Auseinandersetzungen mit den Bullen

Sowjetunion: 18.1.: Moskau: 150 Leute, v.a. AraberInnen vor der US-Botschaft, sie rufen: "Heiliger Krieg", "Wir werden siegen" und verbrennen eine israelische Fahne. Leningrad: Verkehrsblockade von 500 arabischen StudentInnen; Rauchbombe explodiert.

Niger: 18.1. Demo von 5.000 Studis in der Hauptstadt Niamey: "Nieder mit Bush!"

Südafrika: 18.1. Kapstadt: islamische Gruppen vor der US-Botschaft; 70 Festnahmen.

Indien: 18.1. Neu Delhi: 1000 Leute versuchen Absperrungen zu durchbrechen.

Pakistan: 18.1. Karatschi: Vor Absperrungen am US-Konsulat Auseinandersetzungen mit Bullen.

Gegen den Krieg am Golf haben sich weltweit massenhaft Leute mobilisiert. Das neueste darüber wird überhaupt nicht veröffentlicht, einen Eindruck geben die Kurzmeldungen über Demonstrationen und Aktionen an den Rändern. Das ist unvollständig, besonders aus dem arabischen und afrikanischen Raum dürfte viel fehlen. Auch in der BRD begann kurz vor Kriegsausbruch die Mobilisierung gegen den Schießkrieg. Doch die Kriegstreiber kämpfen auch an dieser Front: Medienhetze, gezielte Umfragen usw. sollen Stimmung machen, sollen den Menschen, die gegen den Krieg sind, das Gefühl vermitteln, eine kleine, ohnmächtige Minderheit zu sein. Diese Antikriegsbewegung steht noch am Anfang. Im folgenden kommen Überlegungen zum Charakter der Mobilisierung und zur politischen Arbeit gegen den Krieg.

1.) Die Mobilisierung gegen den Krieg ist widersprüchlich. Am Anfang gab es so viele und große Demos wie Jahre nicht mehr, überall konnten wir mit Kollegen politisch diskutieren, in einigen Betrieben waren kleinere Aktionen drin. In den ersten Tagen waren alle gegen den Krieg.
Aber vor allem die Demonstrationen, die von den Parteien, Gewerkschaften, Kirchengruppen und Friedensbewegung oft gemeinsam organisiert wurden, waren geprägt von einer defensiven und unterwürfigen Haltung. Schweigeminuten - nachdem wir so lange geschwiegen haben, bis es zur offenen Massenvernichtung kommt, Mahnwachen einer Friedensbewegung, die doch mit ihren Argumenten recht hatte und nur appelliert, Christen und Gewerkschafter, die statt des Schießkrieges eine Fortsetzung der Hungerblockade gegen die irakische Bevölkerung fordern. Mit symbolischen Aktionen halten sie die Bewegung in Gange, aber sie greifen nicht den Krieg und die Kriegsführer an.

2.) Was im Vietnamkrieg Jahre dauerte, ist jetzt innerhalb von Monaten herangereift. In wenigen Tagen sind so viele "neue Leute" auf die Straßen gegangen, wie zur Zeiten der "Friedensbewegung" nach monatelanger Agitation. Schon am 12.1. waren über eine Million Menschen allein in den Großstädten der BRD auf der Straße. Bezeichnender für die Breite und Präsenz der Mobilisierung sind die vielen Aktionen und Demos in den Kleinstädten und Dörfern; 250 in Germersheim, 50 in Kirchzarten usw. - und überall waren Kids dabei, die "mehr machen" wollten, denen die Mahnwachen zu blöd waren ....
Aber in der zweiten Kriegswoche hat sich die Mobilisierung auf die Angebote der Friedensprofis beschränkt. Wenn die spontane und breite Bewegung jetzt zusammenfallen sollte, dann weil ihre Subjekte sich vielleicht nicht als Friedensbewegung organisieren wollen.

3.) Besonders die SchülerInnen und StudentInnen haben sofort, massenhaft, spontan reagiert. Sie haben in den ersten Tagen laufend Schulstreiks und Demos, oft mehrere zur gleichen Zeit, organisiert. Sie haben auch versucht, die Kriegsmaschine wirklich anzuhalten: Blockaden von Bahnhöfen, dem Flughafen Fuhlsbüttel und Straßen sollten den Alltag stören, waren Ausdruck des Ernstes, mit dem der Krieg angegriffen wird. Das Gefühl, Recht zu haben, läßt wieder eine Bewegung entstehen, die weiß, daß die Regeln der Gesellschaft nicht ihre Grenze sein darf. Die "Video-Generation" hat jedenfalls viel schneller als ihre Eltern den wirklichen Charakter dieses Kriegs begriffen und sich nicht vom Nervenkitzel der "technisch perfekten chirurgischen Bombardierung" blenden lassen. Die Live-Berichterstattung interessierte sie weniger als das Leben. Und deswegen sind sie gegen den Krieg ausgezogen, mit den Mahnwachen, den Demonstrationen, den Flugblättern, den Versuchen, alternativen Unterricht zu machen. Formen des Protestes, die sie aus den Medien und von ihren Eltern kannten, Formen, in denen sie ihre politische Erfahrungen sammeln, ihre Diskussion und sich selbst organisieren.
Natürlich spielen die Erfahrungen der Schülerbewegung vor zwei Jahren und der AntiFa-Mobilisierungen jetzt mit rein. Jetzt benutzen sie die Schule als Organisationsmittel, treffen und koordinieren sich dort. Die Demos sind auch willkommener Anlaß, aus der Schule abzuhauen ...
Die 11-16-Jährigen, die jetzt auf die Straße gehen, werden die revolutionäre Bewegung der 90er sein.

4.) Aus der Mobilisierung gegen den Vietnamkrieg entwickelte sich in den 60er Jahren in einem langen Prozeß eine gesellschaftliche Bewegung, die das System an den Rand des Zusammenbruchs brachte. Die Antikriegsbewegung verband sich damals mit den Kämpfen in den Fabriken und Ghettos. Eine ganze Generation politisierte sich und drängte weltweit zur Revolution.

Das Risiko, das in der Mobilisierung gegen den Krieg steckt, dürfte der US-Regierung klar sein; auch in ihren Reihen sitzen Vietnamveteranen. Trotzdem gehen sie jetzt wieder in einen Krieg, dessen Ausgang längst nicht so klar ist, wie das bei den Überfällen auf Panama oder auf Grenada der Fall war.
In der Beschleunigung der militärischen und politischen Offensiven sehen die Kriegsführer die Chance, ihre Kriegsziele zu erreichen, ohne daß der Aufruhr im Hinterland unkontrollierbar werden könnte. Die Blockaden und Demonstrationen der ersten Kriegswoche können hingenommen werden, wenn fortan die Führung der Bewegung in den Händen von bewährten Friedensprofis

liegt. Solange die politischen Prozesse in der Bewegung mit der Eskalation des Krieges nicht schritthalten können, kann der Widerstand kanalisiert, auf symbolische Aktionen beschränkt werden, während die Neuordnung des arabischen Raumes ungehindert durchgezogen wird.

5.) Die Klasse ist in der Frage des Krieges gespalten. Deutsche Kollegen diskutieren über Waffen und Kriegsstrategien, türkische Arbeiter telefonieren nach Hause, und fühlen sich wie im Krieg. Die Parole der Bewegung "Kein Blut für Öl" erhebt Anspruch auf den Treibstoff, dem sich alle Arbeiter anschließen können, auch im umgekehrten Sinn: die Rambos sorgen dafür, daß uns das billige Öl erhalten bleibt. Das rechtfertigt den Krieg, und je brutaler der Krieg, desto schneller der Sieg. (In den USA klang es ursprünglich deutlicher: "We won't go for Texaco!")

Im Vorfeld der Tarifverhandlungen in der Metallindustrie und im Öffentlichen Dienst war von 10%igen Lohnforderungen die Rede. Daß die Forderungen so hoch wie seit zwanzig Jahren nicht mehr ausfielen, macht den Druck in den Betrieben deutlich. So wie der Streik der KiTa-ErzieherInnen unter der fallenden Mauer begraben wurde, werden die Lohnverhandlungen jetzt vom Krieg überlagert. Die Arbeitgeber und Gewerkschaften werden die Spaltung in der Kriegsfrage benutzen, um einen möglichst niedrigen Abschluß zu erreichen. Es soll der Beitrag der Malocher zum Krieg sein.
Die Senkung des Ölpreises zu Beginn des Krieges war ein taktisches Manöver, um vor den Leuten zu verstecken, daß der Krieg Angriff auf den Reallohn bedeutet. Die Kriegstreiber verwenden viel Anstrengung darauf, die soziale Frage und den Krieg zu entkoppeln. Sie hoffen, die revolutionäre Drohung des Proletariats in Arabien vernichten zu können, und in den Metropolen die Verwertungsbedingungen drastisch zu verbessern. Dazu muß das Proletariat in "hier" und "dort unten" gespalten bleiben.

6.) An der Mobilisierung gegen den Krieg beteiligen sich z.B. auch KrankenhausarbeiterInnen, die in den letzten Jahren Kämpfe gegen die Arbeitsbedingungen und schlechte Bezahlung geführt haben. 1990 gab es in vielen Sektoren Kämpfe, die ErzieherInnen, die Gefangenen....
Eine Politisierung, in dem Sinn, daß der Kampf über die eigenen begrenzten Interessen hinausgeht, wäre jetzt zum ersten Mal seit langem möglich. Das würde der Bewegung eine gewaltige Sprengkraft verleihen. Sie steht also vor der Aufgabe, den Kampf gegen den Krieg mit dem Kampf gegen die eigenen beschissenen Lebensverhältnisse zu verbinden.
Wenn sich alle auf den Krieg stürzen, und die anderen Auseinandersetzungen hintenanstellen, hat das Kapital ein Kriegsziel, die Blockierung der sozialen Kämpfe und die Verschärfung der Ausbeutung erreicht. Das Ende wäre eine Bewegung von Berufsfriedensdemonstranten.

7.) Einige politische Gruppen beklagen, daß "unsere Inhalte" in den Demos und Mobilisierungen nicht genügend rauskommen. Das greift zu kurz und unterschätzt die Mobilisierung einer neuen Generation. Die 11-16-Jährigen, die sich da jetzt in Bewegung setzen, sind erstmal "gegen den Krieg". Die politische Diskussion, die Suche nach Ausdruck und Organisierung beginnt erst nach den Erfahrungen der ersten Kriegswoche. Es geht dabei nicht um "Inhalte" im autonomen Sinn - vieles, was uns in den 60ern und 70ern heiß gemacht hat, war inhaltlich äußerst schwach. Hör dir doch mal "universal soldier" an! Aber nur verrückte K-Grüppler haben damals einen Ausdruck des Gefühls «irgendwie sind wir alle schuld am Krieg, und deshalb müssen wir alle irgendwie dagegen kämpfen» "inhaltlich kritisiert"!! Die Kriegspropaganda fürchtet sich noch immer mehr vor "Eve of Destruction", und rät der BBC die Finger davon zu lassen, als vor unseren Flugis!

8.) Die Bewegung ist nach den ersten Tagen der Empörung durch ihre eigenen Unklarheiten zurückgeworfen worden. An ihrer ungenauen Moral gepackt, wird sie von den Politikern vorgeführt und gelähmt. Mit dem Vorwurf des Antiamerikanismus zwingen sie die Bewegung zur Solidarität mit Israel (mit wem? dem Staat? den ArbeiterInnen?). Das funktioniert, weil wir uns nicht auf eine der kriegführenden Seiten stellen können. Beide Seiten führen den Krieg, wie alle Kriege, gegen das Proletariat. S.Hussein und G.Bush bieten keine Alternative; die Klasse muß in den Krieg!
Es gibt Aufrufe zum Generalstreik - in der richtigen Überlegung, daß die ArbeiterInnen zusammen mehr Macht entwickeln, mehr Druck ausüben können. Solange sie von außen an die ArbeiterInnen in den Fabriken rangetragen werden, werden die Probleme in den Betrieben übersehen. Oder die Forderung wird gleich an die Stellvertreter, die Gewerkschaften, gerichtet. Und das sind genau die Falschen, gerade an einer Politisierung der ArbeiterInnen haben die Gewerkschaften kein Interesse. Sie werden einen Generalstreik nur ausrufen, wenn er zur Kontrolle einer Bewegung notwendig ist. Deswegen ist nicht entscheidend, wie lange gestreikt wird, sondern daß die ArbeiterInnen ihre Macht entfalten und den Kampf gegen den Krieg als Klasse führen. Die Forderung nach einem Generalstreik vertröstet stattdessen Kampfbereite, legt zu hohe Maßstäbe an jetzt mögliche Aktionen. Die sind noch schwer zu organisieren, aber schon jetzt haben sich die Bedingungen für uns verbessert.
Jetzt ist die Zeit, in die Offensive zu gehen!

28.1.91

Jemen: 17./18. Sana: Demo mit über 100.000; pro-Saddam.

Algerien: 17. und 18.1. Algier: den ganzen Tag Demos v.a. von Jugendlichen, gegen Mitterand und Bush, für Saddam.
20.1. Algier: Demo mit ca. 200.000 Menschen;, pro-Saddam

Libyen: 20.1. Tripoli: Demo mit mind. 50.000 Leuten, Ghaddafi an der Spitze, pro-Saddam.

Libanon: 20.1. Beirut: Demo mit über 100.000 Leuten, pro-Saddam.

Ecuador: 15.1. Guayaquil: französisches Konsulat besetzt. Sie nehmen mehrere Geiseln, darunter den Konsul.
15.1. Quito: Bombenanschlag auf US-Botschaft.

Indonesien: Bombenanschlag in Djakarta gegen US-Botschaft.

Argentinien: 15.1. Buenos Aires: Demo für sofortige Rückkehr der zwei argentinischen Kriegsschiffe und der 700 Soldaten am Golf.

Panama: 15. o 16.1. DemonstrantInnen stürmen die US--Botschaft.

BRD: 23.1. 700 Leute (hpt. StudentInnen) blockieren die Werft Blohm & Voss in Hamburg, die meisten Arbeiter nutzen das und machen blau; gleichzeitig beschließen Hafenarbeiter einen Bummelstreik gegen die Auflösung der festen Schichten; 600 völlig entnervte LKW-Fahrer blockieren den Zoll, der Hafen ist dicht.

Wir haben in diese Nummer eine Analyse des Golfkrieges eingelegt, die das MIDNIGHT NOTES-Kollektiv aus den USA im November 90 gemacht hat. Die GenossInnen entwickeln darin die These, daß sich der Aufmarsch der Armeen in der Golfregion in erster Linie gegen das dortige Proletariat richtet. Daß die US-Soldaten in zweiter Linie zur Niederhaltung der Löhne der Proletarier in den USA (und damit ihres eigenen niedrigen Solds) aufmarschieren. Daß der Ölpreis durch die US-Truppen erhöht und nicht niedrig gehalten werden soll.

Zu dieser Analyse kommen sie ausgehend von ihrem Verständnis der Kämpfe der ArbeiterInnen in der Region und der tiefen Schuldenkrise in den Metropolen.

Jeder Krieg ist nur an der Oberfläche Krieg zwischen Nationen, in Wirklichkeit Krieg der Herrschenden gegen das Volk – das ist so banal wie wahr. Aber die konkrete Entschlüsselung des Szenarios als materieller Angriff aufs Proletariat eröffnet uns Perspektiven zur Mobilisierung gegen den Krieg. Der Krieg gegen die Klasse, wie er jetzt durchgezogen wird, muß als Klassenkampf beantwortet werden.

Das können wir, wenn wir unsere Mobilisierung in den internationalen Zusammenhang stellen, und wenn wir hier die "soziale Frage" mit dem Widerstand gegen den Krieg verknüpfen.

Als wir das Pamphlet der MIDNIGHT NOTES bereits vor Erscheinen dieser WILDCAT verteilt haben, kamen regelmäßig zwei Kritiken:

Die eine lief darauf hinaus, daß sie sich in der Einschätzung irren, daß die US-Armee nicht da unten sei, um einen Krieg gegen den Irak zu führen – und da haben sie sich wirklich geirrt. Zum Teil allerdings, weil sie mit ihrer grundlegenden Analyse stärker im Recht waren, als sie vielleicht selber geglaubt haben. Der Einmarsch hatte nicht gereicht, um den Ölpreis steigen zu lassen; und die Anwesenheit der US-Truppen führte zu Turbulenzen in den Emiraten: die Zeit arbeitete also gegen die UNO. Im Dezember erschienen mehrere Untersuchungen zum Ölpreis. Einhelliges Urteil war, kommt es zu keinem Krieg, werde der Ölpreis zusammenbrechen und weit unter den Stand vor der Invasion Saddam Husseins sinken. Bei einem Krieg allerdings werde es zu enormen Preissteigerungen kommen. Daraus entwickeln die MIDNIGHT NOTES die prinzipielle Linie: Kampf gegen die Energiepreise (als Gegenposition zur Ökobewegung, die drauf und dran ist, sich mit den Kriegstreibern und Ölmultis im Ruf nach höheren Ölpreisen zusammenzuschließen). Das ist kein Vorschlag für die unmittelbare Praxis, sondern zeigt die Ausrichtung von möglichen Eingriffen in die Kriegsmobilisierung an, den roten Faden, der den Angriff auf die Klasse hier und dort verbindet - und der von uns rumgedreht werden kann zu einem internationalen Klassenkampf.

Die zweite Kritik betraf ihren "Optimismus" betreffs des Kampfzyklus eines internationalen «erdölproduzierenden Proletariats». Dazu haben wir ein Telefoninterview mit George Caffentzis von den MIDNIGHT NOTES gemacht, das wir im folgenden abdrucken. Leider standen beide Seiten unter ziemlichem Zeitdruck, so daß die aufgeworfenen Fragen nicht ausreichend beantwortet werden konnten. Unzufrieden sind wir vor allem mit seiner nichtausgeführten Behauptung, daß es sich um einen "begrenzten Krieg" handele, und seiner us-amerikanischen Optik ("militaristische Kampagne, in der das Leben von tausenden amerikanischen Proletariern entwertet werden kann"). Das klingt zynisch und verstellt leicht den Blick auf den materiellen Kern ihrer Analyse: Der Krieg ist eine Antwort auf die Kämpfe des internationalen Proletariats, vor allem des erdölproduzierenden Proletariats in der Golf-Region. Nur über dieses tiefere Verständnis sind wir in der Lage, die Mobilisierung gegen den Krieg revolutionär anzupacken. «Das ist keine Frage von Optimismus» – sondern eine prinzipielle Frage, sozusagen eine Frage der Methode. Es ist eine banale Tatsache, daß der Zyklus des Erdöls von den in ihm beschäftigten ArbeiterInnen sehr leicht angegriffen werden kann. Es ist eine weitere Tatsache, daß es dem multinationalen Kapital nicht gelungen ist, dieses Proletariat vollständig unter Kontrolle zu kriegen, im Gegenteil: die einst mobil gehaltenen Wanderarbeiter hatten in den 80er Jahren ihre Familien nachgeholt, ihre Lohnforderungen waren gestiegen. Für wie gefährlich dieses «erdölproduzierende Proletariat» gehalten wird, zeigt folgende Äußerung eines iranischen Offiziellen zu 13 000 ArbeiterInnen, die im Januar 1990 mit der Forderung nach 30% Lohnerhöhung in den Streik getreten waren: «Wenn wir eure Forderun-

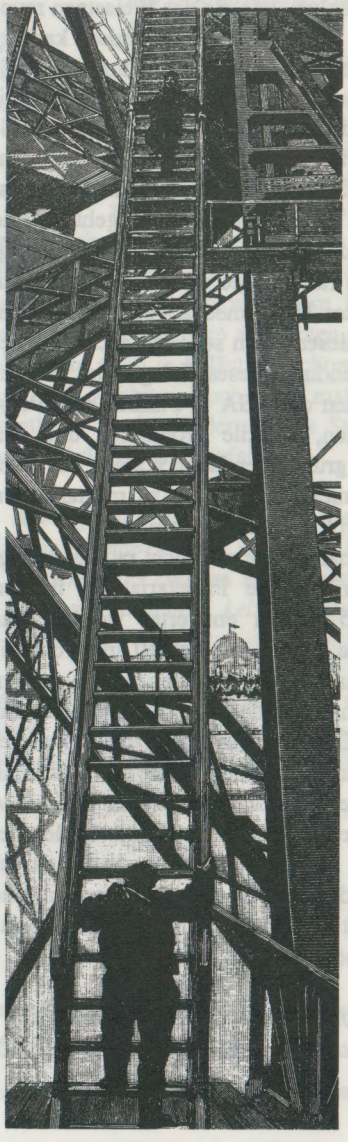
«Die Linke in unseren Tagen sieht die Krise aus dem Blickwinkel des Volkswirtschaftlers, und das heißt aus dem Blickwinkel des Kapitals.
Die Linke erklärt sich grundsätzlich für Arbeit. Sie kann weder theoretisch noch praktisch fassen, daß der Kampf der Arbeiterklasse gegen die Arbeit Ursprung der Krise und Ansatzpunkt für die Organisation ist.»

Einleitung von zerowork 1

THEKLA 10: Zerowork - Politische Materialien

In den 70er Jahren untersuchte die Zeitschrift ZEROWORK aus den USA die Klassenkämpfe in Nordamerika und im internationalen Rahmen. Sie entwickelt eine radikale Theorie des internationalen Klassenkampfs, die gleichermaßen die Kämpfe in der entlohnten wie in der unentlohnten Ausbeutung einschließt und die Verbindungen zwischen den verschiedenen Sektoren und Regionen herausarbeitet. Der Name der Zeitschrift drückt aus, was nun im Zentrum der Klassenauseinandersetzung steht: der Kampf gegen die Arbeit.
In der ersten Nummer (erschienen 1975) beschäftigten sie sich vor allem mit der Entwicklung der Kämpfe in Nordamerika und zeigen, wie sie sich grundsätzlich gegen die Arbeit und die kapitalistische Entwicklung richteten: Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse in den USA seit dem Zweiten Weltkrieg, Kämpfe der Automobil-, Berg- und Postarbeiter, der Sozialhilfeempfängerinnen, der Schwarzen, Frauen und StudentInnen. Die zweite Nummer (von 1977) knüpft an der Untersuchung der Energiekrise im ersten Heft an und zeigt sehr genau, daß und wie das Kapital mit einem internationalen Kampfzyklus konfrontiert war: weltweite Kämpfe in der Landwirtschaft und Hungerpolitik, die Klasse in Vietnam gegen kapitalistische und sozialistische Akkumulation, die internationale Geldkrise als Ausdruck des zugespitzten Klassenkampfs und die verschiedenen Kampfabschnitte in der Metropole New York. ZEROWORK untersucht, mit welchen Strategien das Kapital auf diese zugespitzte Situation reagierte und welche Grenzen der kapitalistischen Gegenoffensive durch die Klasse gesetzt werden.
Obwohl diese Analysen nun bereits vor einem Jahrzehnt geschrieben wurden, sind sie für uns nach wie vor aktuell. Nur wenn wir die Herkunft der gegenwärtigen Kapitalstrategien aus den Klassenkämpfen begreifen und den hier versuchten Bezug auf die internationale Klassenzusammensetzung weiterentwikkeln, können wir heute ein revolutionäres Projekt bestimmen. Das gilt um so mehr angesichts des aktuellen Kriegsszenarios, wo das Kapital alle Waffen aus dem Schrank holt, die es in den 70er und 80er Jahren entwickelt und erprobt hat: «Energiekrise», «Ölschock», Verschuldung usw.
Wir haben beide Bände von ZEROWORK übersetzt und als TheKla 10 veröffentlicht. Bestellen könnt Ihr das durch Überweisen von 12 Mark auf das Berliner Konto (s. Impressum)

gen erfüllen, werden die Stahlarbeiter das gleiche wollen; und dann werden die Ölarbeiter das gleiche wollen. Und wenn die Ölarbeiter in den Streik gehen, werden sich ihnen alle ArbeiterInnen im Iran anschließen.» (zit. nach Labor Notes vom August 1990; dieser Artikel beschreibt im übrigen eine recht erfolgreiche Streikwelle während des ganzen Jahres im Iran)
Das Interview geht an einigen Stellen über den Text der Beilage hinaus; grade was die zukünftigen Beziehungen zwischem dem Proletariat und Kapital angeht. Wir halten die Behauptung für richtig, daß die USA am Golf dem Weltproletariat vorführt, was es im nächsten Jahrzehnt erwartet: Militarisierung der sozialen Beziehungen, Vernichtung der Aufständischen, Militarisierung der Produktion usw. Darüber hinaus habe die USA dem Proletariat auf der Welt **nichts** anzubieten. Genau so richtig ist aber unserer Meinung nach, daß die EG und Japan sehr wohl was anzubieten haben (Kohl: «Marshall-Plan für die Golf-Region ...»), darauf gehen wir in einem eigenen Thesenpapier am Schluß des "Golfkriegs-Teils" ein.
Noch immer fehlen uns aber direkte Kenntnisse über die Kämpfe der Frauen und Männer, die vom MIDNIGHT NOTES-Kollektiv als «erdölproduzierendes Proletariat» bezeichnet werden. Möglicherweise sollte der Begriff auch erweitert oder vertieft werden – z.B. "das energieproduzierende Proletariat". Und da hat es 1989/90 sehr wichtige Kämpfe gegeben: Bergarbeiter in den USA, Bergarbeiter in der UdSSR, Streiks auf den Nordsee-Bohrinseln, Erdölarbeiter in Trinidad, am Ende des Jahres die Bergarbeiter in der Türkei...
Wir denken aber, daß das breite Unverständnis, auf das der Beitrag der GenossInnen aus den USA gestoßen ist, mehr damit zusammenhängt, daß ihre Art, den Lauf der Dinge zu analysieren, hier bislang weitgehend unbekannt geblieben ist. Wie soll jemand kurze Anmerkungen zu einem angeblichen "Ölpreisschock" verstehen, wenn er oder sie die Analysen gar nicht kennt, die in den 70er Jahren darüber gemacht wurden? Wir haben schon vor ein paar Jahren zwei Bücher aus den USA zu diesem Thema (Kämpfe des internationalen Proletariats, Energiepreis als Waffe usw.) übersetzt und als THEKLA 10 veröffentlicht. Erst letztes Jahr haben wir weitere Texte der MIDNIGHT NOTES als THEKLA 12 herausgebracht...



Unsere Analyse war nicht radikal genug

Interview mit George Caffentzis, einem Mitglied des Midnight Notes-Collective

In Eurem Text geht Ihr noch davon aus, daß es wahrscheinlich nicht zum Krieg kommt. Jetzt ist Krieg.

Allerdings. Ja, das war eine wichtige Aussage, die wir aus unserer Analyse für gerechtfertigt hielten. Wir müssen uns jetzt die Frage stellen: was für eine Art Krieg ist das? Bis heute besteht das erklärte Kriegsziel nicht darin, und es scheint auch tatsächlich nicht beabsichtigt zu sein, die irakischen Truppen zu vernichten, oder gar das Baath-Regime zu stürzen. Es geht im Moment wohl darum, Positionen zu klären, den Druck zu erhöhen. Der Krieg, den wir gerade erleben, ist kein "totaler Krieg". Sein Ausmaß scheint genau kalkuliert, um bestimmte politische Ziele zu erreichen. Aber es gibt viele Möglichkeiten der Entwicklung, jeder Krieg kann sich zur Revolution wenden. Die US-Regierung macht sich sehr viele Gedanken, wie sie das Freisetzen revolutionärer Möglichkeiten verhindern kann.
Unsere Analyse, daß es nicht um die irakische Armee an sich und nicht um Kuwait geht, sondern um die Etablierung einer US-Präsenz für lange Dauer im Nahen Osten und die Militarisierung der Ölproduktion, ist also nicht völlig widerlegt. Es geht um die Vorbereitung einer größeren Veränderung der Preise für Energie, die durch die direkte Präsenz der US-Armee abgesichert werden muß. In diesem Sinn sehe ich auch eine tiefere Verbindung dieses Krieges mit den Interventionen der USA in Panama und Peru: Maßnahmen, um die Produktion und den Fluß der grundlegendsten Waren, d.h. zum Beispiel auch der Drogen, zu militarisieren und dadurch zu kontrollieren.
Unsere Analyse war nur nicht radikal genug. Das amerikanische Proletariat ist in den letzten 15 Jahren entwertet worden: das betrifft die Löhne, das betrifft in fürchterlichem Umfang die sozialen Bedingungen. Wir haben uns in der Fähigkeit des amerikanischen Kapitals geirrt, jetzt und in dieser Geschwindigkeit eine solche militaristische Kampagne durchzuziehen, in der das *Leben* von tausenden amerikanischer Proletarier entwertet werden kann. Das deutet darauf hin, daß der Angriff auf das amerikanische Proletariat ein Ausmaß annehmen wird, das mich persönlich doch überrascht.

Denkt Ihr nicht, daß diese Entwicklung das Entstehen revolutionärer Möglichkeiten in der Golf-Region ziemlich unwahrscheinlich gemacht hat, vor allem deswegen, weil die arabischen Massen sich jetzt auf die Seite Saddam Husseins und seiner Baath-Partei stellen?

Es stimmt, wenn sich soziale und politische Bedürfnisse auf eine solche Weise ausdrükken, wird eine revolutionäre Wendung des Krieges fraglich. Natürlich ist Saddam Husseins Baath-Partei keine revolutionäre Partei, im Gegenteil. Die Wahl zwischen ihr und einem Emir von Gnaden der USA ist offensichtlich keine revolutionäre Alternative. Auf der anderen Seite muß man die ernsten Probleme sehen, vor denen beispielsweise die USA in dieser Situation stehen.
Sie bieten dem irakischen Proletariat: nichts. Sie bieten dem palästinensischen Proletariat, das einen wesentlichen Teil der erdölproduzierenden ArbeiterInnen stellt: nichts.
Sie bieten niemandem einen auch nur halbwegs ernsthaften Deal bezüglich sozialer Verhältnisse für den Fall an, daß sie siegen, oder der Sieg wenigstens groß genug ist, um in Saudi Arabien bleiben zu können. Das macht die Situation so revolutionär.
Was immer auch die militärischen Konsequenzen eines solchen Krieges sein werden, müssen Milliarden Dollar investiert werden, um die Ölproduktion wieder in Gang zu bringen. Und gleichzeitig wird dem Proletariat gesagt werden, daß es nicht mehr so viel wert ist.

Ist dieser Krieg das Beispiel der "neuen Weltordnung"?

Das erste Beispiel in dieser Größenordnung. Allerdings gehört in diese Reihe auch die Invasion von Panama, die ein wichtiger Schritt in dieser Entwicklung war. Die USA übernehmen die Rolle, die Militarisierung der Weltproduktion der grundlegenden Waren voranzutreiben. Insofern sehen wir jetzt eine unter vielen anderen Formen der zukünftigen Beziehungen zwischen dem US-amerikanischen Militär und dem Proletariat.

Wie sieht es zur Zeit mit dem amerikanischen Klassenkampf aus?

Das ist ein anderer Aspekt des Krieges. Die US-Regierung hat keinerlei Angebot in Richtung Sozialpakt im Zusammenhang mit diesem Krieg gemacht. Sie glauben, sie kriegen diesen Krieg umsonst. Im Zweiten Weltkrieg, im Korea-Krieg, sogar im Vietnam-Krieg wurde eine allgemeine Veränderung, Verbesserung der sozialen Verhältnisse für die Zeit danach versprochen. So etwas gibt es jetzt nicht. Das ist deshalb so wichtig, weil der Krieg am Anfang einer Phase steht, wo in den verschiedensten Bereichen der Reproduktion radikale Kürzungen vorgenommen werden: von der Erziehung bis zum Bereich von Sozialhilfe und anderen Zahlungen. Der Klassenkrieg wird z. Zt. ganz einfach so geführt: der Staat gibt nirgends nach, er erwartet vom Proletariat, daß es im Wortsinne Krieg führt. Das wird zu einer großen sozialen Krise führen, ganz egal, wie der Krieg am Golf ausgeht.

Wie sieht es mit der Antikriegsbewegung in den USA aus?

Die Antikriegsbewegung hat sehr große Verbreitung gefunden, nicht nur in den großen Zentren, sondern auch in vielen kleinen Städten, sogar auf dem Land. Es gibt keine einheitliche Reaktion auf den Krieg, anders als die kurzfristigen Reaktionen auf die Intervention in Panama oder auf die Bombenangriffe auf Libyen. Es gibt viele Debatten und viele Diskussionen, der Aufbau einer wirklich breiten Bewegung beginnt.
Im Moment finden die Aktionen, mit wenigen Ausnahmen, noch sehr im legalen Rahmen statt. Die Bewegung hat in einer sehr legalistischen Art und Weise versucht, die anderen Seiten der Geschichte darzustellen. In einigen Städten hat es Verkehrsblockaden gegeben. Nur wenige Teile der Bevölkerung, des Proletariats sind beteiligt. Aber viele Aktivisten sind sich klar darüber, daß man darüberhinaus gehen muß, vor allem im Bereich der Information.

Es gibt viele Debatten und viele Diskussionen, der Aufbau einer wirklich breiten Bewegung beginnt.

Wie ist die Zusammensetzung der Bewegung?

Was man zur Zeit sagen kann – vor einer Woche waren die ersten großen Demonstrationen – ist: es sind junge Leute, vorwiegend weiße SchülerInnen und StudentInnen, junge weiße ArbeiterInnen, die im Zentrum dieser Bewegung stehen. Das Verhältnis zwischen der Bewegung und der Schwarzen Community ist immer noch offen. Die Mehrheit der Truppen sind Schwarze oder Hispanier und die Stimmung unter den Schwarzen über den Krieg ist im Moment sehr gemischt. In Boston z.B. hat es im "Schwarzen" Viertel ein Teach-in an der Oberschule gegeben, wo viele junge schwarze Leute waren. Was allerdings im Süden oder Südwesten der USA los ist, weiß ich überhaupt nicht.
Beachten muß man noch, daß es heute eine große Zahl von Menschen aus dem Nahen Osten in den USA gibt; bald wird die islamische Bevölkerung der USA so zahlreich wie die jüdische sein. Viele Menschen aus dem Nahen Osten, aus Asien, Afrika leben in den USA, und sie kommen aus jenen Ländern, aus denen auch die Arbeitskraft am Golf kommt. Die Debatte hier ist also schon multinational.
In Detroit zum Beispiel wurzelt eine starke Opposition gegen den Krieg grade in der dortigen islamischen Community.

In Eurer Broschüre macht Ihr den Vorschlag eines Kampfes gegen höhere Preise für Energie. Was versteht Ihr darunter, wer sind die Subjekte eines solchen Kampfes?

Tja, wie soll das realisiert werden. In den USA gibt es natürlich eine lange Geschichte von Kämpfen um die Energiepreise. 1979 zum Beispiel gab es einen landesweiten Trucker-Streik gegen die hohen Benzinpreise. Der war sehr bedeutend und hat auf nationaler Ebene weite Teile des Proletariats miteinbezogen. Vorstellbar sind auch andere Formen der Auseinandersetzung, legalistische Formen, wie wir sie nennen, die davon ausgehen, daß der Staat die Energiepreise bestimmt. Die Preise für Benzin oder Heizöl sind hier doppelt, oft drei- bis viermal so hoch wie anderswo. Das zeigt, daß diese Preise sehr empfindlich sind gegenüber lokalen Kämpfen.
Es ist sicherlich eine sehr langfristige Strategie und es geht darum: Wie wird der Produktionsprozeß der Energie kontrolliert in der nächsten Zeit. Preise für Waren werden nicht auf dem Markt, nicht an den Warenterminbörsen in Chicago oder London bestimmt, sondern können sehr direkt durch Kämpfe auf der Straße oder den Autobahnen beeinflußt werden. Dieser Krieg wird unter anderem geführt, um höhere Energiepreise durchsetzen und aufrechterhalten zu können. Dazu gehört aber auch, daß gewährleistet wird, daß die Konsumenten, für die Energie einen Teil ihrer Produktion und Reproduktion darstellt, diesen Preis auch zahlen. Es ist gut vorstellbar, daß auch auf dieser Ebene die gegenwärtigen Verhältnisse unterminiert werden. Allerdings ist zur Zeit kein entsprechender Kampf zu sehen. Weder von den Truckergewerkschaften noch von unabhängigen Truckern kamen Proteste gegen die Preiserhöhungen vom Herbst letzten Jahres.

Euer Text beinhaltet eine sehr optimistische Einschätzung der Bedeutung und Kampfstärke des erdölproduzierenden Proletariats. Woher nehmt Ihr diesen Optimismus?

Wir haben versucht, die Umrisse der Kämpfe und der Möglichkeiten des erdölproduzierenden Proletariats zu zeichnen. Das ist keine Frage von Optimismus. Der Gesamtproduktionsprozeß von Erdöl ist sehr verletzlich durch die Arbeiter, leicht zu stoppen, gleichzeitig stecken da riesige Investitionen drin. Offensichtlich hat das Proletariat diese Krise verursacht, offensichtlich hat es verstanden, sich auszudrücken, zeitweise in sehr kämpferischer Form. Ob überhaupt bei der gegebenen Situation Optimismus angebracht ist, weiß ich nicht. Aber die Situation ist auch für den Kapitalismus nicht erfreulich. Weil das Kapital sein Geschäft nicht mehr nach der Methode "eins nach dem anderen" betreiben kann, geht es jetzt zum Krieg über. Ich denke, daß es diese Medizin nicht nur für die Erwartungen bezüglich der Energie, sondern auch für viele anderen Erwartungen der Menschen vorsieht. Sie nennen das die "Periode nach dem Kalten Krieg"; wir haben es die Periode der "Neuen Einzäunungen" {"new enclosures"} genannt.
Durch all das werden Möglichkeiten begründet, von denen ich natürlich nicht weiß, ob sie genutzt werden können. Die Antwort des Proletariats auf seine Entwertung war extrem scharf. Wie will das Kapital den Mehrwert aus der Ölproduktion gewaltig erhöhen, ohne gleichzeitig dem erdölproduzierenden Proletariat der Welt auch nur den geringsten Deal anzubieten? Das ist schwierig, kritisch: eine Sache für Kriege. Die Existenz von Saddam Husseins führt leicht zu Verwirrung über den Sinn dieser Kriege. Er spielt eine perfekte Rolle in dieser Hinsicht. Möglicherweise wird sich der Brennpunkt auf andere Teile dieser Region verschieben. Dieser Krieg ist nur ein Schritt auf dem Weg, den das Kapital gehen will. Und dabei kommt es nicht so sehr auf die Präzision der Waffen oder den Umfang der militärischen Präsenz an sich an.
Kriege anzuzetteln ist keine leichte Entscheidung für die Planer des Kapitals. So viele Möglichkeiten der Entwicklung können nicht vorausgesehen werden. Daß sie das trotzdem gemacht haben, zeigt meiner Meinung nach, daß wir die Stärke des proletarischen Widerstands und der proletarischen Kämpfe unterschätzt haben.

Daß sie das trotzdem gemacht haben, zeigt, daß wir die Stärke des proletarischen Widerstands und der proletarischen Kämpfe unterschätzt haben.

Das heißt also, daß die Arbeit des erdölproduzierenden Proletariats unter der direkten Kontrolle der Gewehre stattfinden wird?

Ja, das scheint mir völlig klar zu sein. Aber das ist für die Produzenten und das Produkt sehr gefährlich. Es drückt aus, wie extrem die Situation geworden ist. Wie gesagt, nirgendwo im Nahen Osten wird dem Proletariat auch nur das geringste angeboten. Weder in Ägypten, noch in Palästina, schon gar nicht in Saudi Arabien. Noch nicht mal eine wesentliche Strukturänderung des Staates Kuwait wird ins Auge gefaßt.

Aber gerade die amerikanischen Bergarbeiter haben doch mit ihren Kämpfen am Ende des Zweiten Weltkriegs gezeigt, daß mit Gewehren keine Kohle zu fördern ist...

Allerdings. Und wir werden in naher Zukunft erleben, ob man mit lasergesteuerten Raketen Erdöl aus dem Boden holen kann...
23.1.91

MIDNIGHT NOTES – BOX 204 - JAMAICA PLAIN, MASSACHUSETTS - 02130 USA

Die Neuerfindung Kuwaits

Die Frage nach dem Ziel der Besetzung Kuwaits durch den Irak scheint schon beantwortet: Irak konnte den größten Teil seiner Auslandsschulden streichen, und Irak konnte halbwegs glaubwürdig mit historischen Rechten über ungerechte Kolonialgrenzen argumentieren. Kuwait wird nur als wehrloses Opfer der irakischen Aggression gesehen.

Das amerikanische *Time*-Magazin vom 24.12.90 führt durchaus noch andere Gründe an, warum es sich lohnen könnte für Kuwait zu sterben. Die irakische Invasion wird zur 'goldenen Gelegenheit' erklärt: «*Durch eine schreckliche Tragödie hat Kuwait die seltenste aller Gelegenheiten bekommen: eine wahre zweite Chance.*» Die Argumentation ist einfach und klar: Abgesehen von wenigen Gebäudeschäden hatte Kuwait bei der irakischen Invasion keinen Schaden genommen. Dabei ist das Land eigentlich eh nur eine Firma - *Kuwait Inc.*. Trotz der drittgrößten Ölreserven der Welt, wird mehr an Investitionsgewinnen verdient als an der Ölproduktion. Die wichtigen Bank- und Finanzunterlagen wurden zu 85 Prozent aus dem Land geschmuggelt und der Rest bis Ende Oktober rekonstruiert. *Kuwait Inc.* arbeitet jetzt offshore, im Exil.

Während die *Kuwait Petroleum Corp.* (*KPC*) sich um die Ölgeschäfte kümmert, hat *Kuwait Investment Office* (*KIO*), das zweite Standbein, mindestens 100 Milliarden Dollar im Ausland angelegt (u.a. gehören ihnen zehn Prozent von BP, 14% von Daimler-Benz und 23% von Hoechst). Die Verwaltung sitzt im Sheraton-Hotel in den saudischen Bergen und in Washington, wo Finanzminister Khalifa und ein kuwaitischer Weltbankdirektor versuchen «*Kuwait neu zu erfinden*» (*Time*).

Die kuwaitische Gesellschaft war streng hierarchisch aufgebaut: Unter der Bevölkerung von ca. 2,1 Millionen waren 800.000 kuwaitische Staatsbürger, von denen wiederum nur 85.000 ein Scheinparlament wählen durften. Die Bevölkerung wurde mit einem modernen Sozialstaat und relativ hohen Löhnen bei Laune gehalten. Die Kuwaitis erhielten darüberhinaus günstige Kredite und garantierte Staatsjobs.

Die ArbeitsimmigrantInnen lebten wegen der unbezahlbaren Wohnungen in Slumsiedlungen, denen sie selbst Namen wie "Westbank" und "Gaza" gaben, rund um die Zweimillionenstadt Kuwait City errichtet. In regelmäßigen Rezessionswellen verloren sie Arbeit und Einkommen, wurden sie vertrieben und so laufend neu zusammengesetzt. Ständig in Bewegung sollte die Produktivität hoch gehalten, die sozialen Netze zerrissen und Kämpfe unterdrückt werden. Kein Wunder, daß viele PalästinenserInnen die irakische Invasion zu längst fälligen Plünderungen nutzten.

Jetzt soll das Land völlig umgekrempelt werden. Das innere Apartheidsystem und andere "demokratische Mängel" sind aber nicht der Ansatzpunkt für die Planer. Für sie war Kuwaits Gesellschaft aus ganz anderen Gründen "krank". Die Kuwaitis selbst seien «*über jede Vorstellung hinaus verdorben*» gewesen, sagt der kuwaitische Botschafter in den USA. Sie hätten alles auf *ba'dain* (morgen) verschoben, außer bei *KPC* und *KIO* habe niemand mehr richtig gearbeitet, und «*jede wirkliche Veränderung wurde aufgeschoben*». Und arabische und amerikanische Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler stellten 1982 fest: «*Wahrscheinlich ist die verheerendste negative Wirkung des Ölreichtums und der von ihm ausgelösten Kettenreaktion der fast völlige Zusammenbruch der Arbeitsethik in der arabischen Welt. Leicht verdientes und leicht ausgegebenes Geld untergräbt den Wert der produktiven Arbeit... Eine gesunde Einstellung zur Arbeit ist sowohl in den kapitalreichen als auch in den kapitalarmen Ländern untergraben worden. Überall wird weder harte Arbeit im gerechten Verhältnis belohnt noch schlechte Arbeit im gerechten Verhältnis bestraft.*»

1982 wurde der Ölpreis radikal gesenkt. Die Gewinne der aktuellen Preiserhöhungen soll nicht wieder im *ba'dain* versickern. Daher soll ein Leistungssystem eingeführt werden, die Uni zerschlagen und die Mehrzahl der Kuwaitis in Berufsausbildungen geschickt werden. Kuwait selbst soll das High Tech-Dienstleistungszentrum der arabischen Welt werden.

Aber der Schlüssel für *New Kuwait* ist eine Massenvertreibung, denn, so der Botschafter, «*wie kriegt man die Leute tatsächlich dazu, daß sie aufhören faulzusein?*» Antwort: «*Nichts verändert sich, wenn sich nicht alles verändert. Also nimmt man ein Land, das vor August mehr als zwei Millionen Einwohner hatte und schafft es mit einer Million neu... Die meisten, die bisher die echte Arbeit gemacht haben, müssen gehen. Dann gibt es keine Wahl. Wir anderen müssen die harte Arbeit machen.*»

Die Planer sind sich so sicher, Zugriff auf Kuwait zu haben, daß nur ein Schluß in Frage kommt: Sie brauchten diese Invasion. Ihre eigentliche «*Frage ist also, ob Kuwait, die Nation, New Kuwait werden kann*», damit ein Land, das «*wie Israel ein gutes Land in schlechter Nachbarschaft war, ein großes werden kann*».

200 Milliarden lockere Schlappen

Heute, Ende Januar, ist klar: Die USA haben diesen Krieg gebraucht. An dieser Stelle ist die Analyse der MIDNIGHT NOTES falsch. Wir müssen uns fragen, *warum* die USA diesen Krieg so dringend brauchten:

Der Golfkrieg setzt weltweit einen Einschnitt in den Klassenbeziehungen. Um die wirklichen Kriegsziele zu verstehen, gucken wir uns im folgenden schlaglichtartig die Situation in der Golfregion selber, der UdSSR, den USA und der BRD/Europa an. Wir kommen zum Ergebnis, daß in allen vier Regionen die kapitalistische Entwicklung an Blockierungen gestoßen war, bei denen "faules Geld" und "Faule Kredite" eine große Rolle spielen. Über höhere Ölpreise, militärische Niederschlagung der revolutionären Drohung der Arbeiterklasse in der Golfregion und der SU, Militarisierung der Produktion soll der Krieg einen neuen "Boom" unter Einbeziehung der SU als Zugpferd ermöglichen und vorbereiten. Dazu ist die Disziplinierung der metropolitanen Arbeiterklasse genauso notwendig wie die Modernisierung der Regimes in der Golfregion. Daher der Versuch eines mörderischen Blitzkrieges, denn das Kapital führt einen Zweifrontenkrieg, den es nur gewinnen kann, wenn die militärischen Auseinandersetzungen kurz bleiben und das metropolitane Proletariat ruhig hält.

I Golf: Krieg und Arbeitsmarkt

1)
Die Regimes der gesamten Golfregion halten sich mit zwei Maßnahmen an der Macht: Zum einen mit militärischer Unterdrükkung (von den 17 Mio. Irakis sind 1 Mio. Soldaten, Bullen, oder Angehörige anderer Repressionsapparate), zum anderen mit einer relativ guten Versorgung der einheimischen Bevölkerung, ohne diese in großem Umfang in die Produktion oder Landwirtschaft zu treiben. Die Stabilisierung Saddam Husseins hätte die Fortsetzung dieser aus den Petrodollars finanzierten "unproduktiven" Klasseneinkommen bedeutet. Vor allem die Scheichtümer und Emirate (einschließlich Saudi-Arabien) erwiesen sich als untauglich, die Verwertung zu garantieren, weder die Verwertung der einheimischen, noch der immigrierten Arbeiterklasse.

2)
Der Irak ist das modernste Regime mit der am besten funktionierenden Verwaltung und Infrastruktur. Durch das Embargo zwang das Kapital dem Irak zudem die Rekrutierung eines LandarbeiterInnenproletariates auf, das die Ernährung bis zur nächsten Ernte gesichert hätte (junge Männer konnten Landarbeiter werden statt Soldat). Das ist die Stoßrichtung des Angriffes für die gesamte Region.
Der Irak hatte mit seiner "Integrationsfigur" Saddam Hussein eine "stabilisierende Funktion" in der Region inne, dies aber eher auf "staatspolitischer Ebene", beispielsweise in der Kontrolle und Niederschlagung der KurdInnen.

3)
Bereits seit drei Jahren sind die Wachstumsraten in der Ölregion rückläufig. Das liegt nicht nur am fallenden Ölpreis, sondern vor allem daran, daß die multinationale Arbeiterklasse für die Ölregimes "zu teuer" geworden ist. Löhne, Kosten für Unterbringung und Verpflegung für die Arbeiter aus anderen arabischen Ländern, aber auch aus Indien, Pakistan, Korea, Bangladesh, die vermehrt ihre Familien in die Golfregion nachziehen ließen, überstiegen das, was einheimische ArbeiterInnen kosten würden. Diese aber sind vollkommen unmotiviert und nicht bereit, auf den Baustellen, in der Landwirtschaft oder im Gesundheitswesen zu ackern. Mit "Qualifizierungsmaßnahmen" war es bislang nur Libyen gelungen, mit einer Steigerungsrate von jährlich 5,5 Prozent libysche ProletarierInnen in Produktion und bezahlte Reproduktion zu treiben.

4)
Der Aufmarsch soll die Wanderungsbewegungen in neue Bahnen lenken; Strukturen, die sich gebildet haben, wieder zerreißen. Die aus dem Irak verjagten Ägypter bspw. sollen die Jemeniten und Palästinenser in Saudi-Arabien ersetzen. Die Vertreibung der MigrantInnen, die ihre Jobs nicht einfach aufgeben wollten, führte im Irak zu bewaffneten Auseinandersetzungen, bei denen mindestens hundert Ägypter umgebracht wurden.

5)
Der Schlag gegen den Irak ist auch ein Schlag gegen die Ölfürsten am Golf, deren Staatengebilde *modernisiert* werden sollen, bevor es in der Region zum offenen Aufstand des Proletariates kommt (siehe den Kasten zu Kuwait). Kaum waren die ersten Bomber über Irak, verlautete aus Washington, alle Golfstaaten würden sich demokratisieren müssen, und das geht wohl von der Schrumpfung der unproduktiven Vetternbürokratie bis zur Einführung einer demokratischen Arbeitsgesetzgebung. In Jordanien wird vollkommene Demokratie ausbrechen unter Einbeziehung der Palästinenser. Die US-Armee wird aus Europa weitgehend abgezogen werden, um in Regionen wie dem Golf unmittelbar die Kontrolle zu übernehmen. Das ermöglicht es, die "aufgeblähten Heere der lokalen Regimes einer sinnvolleren Arbeit zuzuführen": der Mehrwertproduktion auf Baustellen und Plantagen, in noch anzusiedelnden Fabriken. Daß das funktionieren kann, hat Saddam Hussein während des Embargos bewiesen (Rekrutierung von jungen Männern als Landarbeiter).

II Alte und neue Hegemonialmächte

1) Sowjetunion: Kredite - Arbeiterkampf - Militär

Mit dem Ende des Kalten Krieges drohte die Situation in der Sowjetunion aus dem Ruder zu laufen. Andererseits ermöglichte es die unmittelbare Übernahme der militärischen Kontrolle in Regionen wie dem Golf durch die USA – finanziert nicht mehr vom US-Staat, sondern seinen ökonomisch stärkeren Juniorpartnern.

Für das multinationale Kapital ist es wichtig, daß die Sowjetunion nicht auseinanderfällt, einerseits wegen der mittlerweile 70 Mrd. Dollar, die in letzter Zeit an Krediten in die UdSSR flossen, und die eine zerbrechende SU nicht mehr zurückzahlen könnte. Andererseits, was viel wichtiger ist, zeigten sich Tendenzen im Arbeiterkampf in der SU, den sogenannten Nationalismus für Forderungen nach mehr Lohn und ein besseres Leben zu nutzen. Die Erdölarbeiter von Tjumen forderten in ihren Kämpfen im vergangenen Jahr, den Erlös aus den Erdölfeldern in Gestalt von Konsumgütern unter sich verteilen zu können. Eine in Dollar auszuzahlende Lohnerhöhung bekamen sie von der Russischen Föderationsregierung bereits zugestanden.

Der Militäreinsatz im Baltikum schlägt vor diesem explosiven Hintergrund wohl den Sack, um den Esel zu treffen: die Drohung geht in Richtung der für die gesamte Sowjetunion überlebenswichtigen Erdölproduktion.

Die Ausfuhr von Erdöl als hauptsächlichem Devisenbringer ist für den sowjetischen Staat so wichtig wie nie, nur über diese Devisen kann er die Kontrolle über die Lebens- und Produktionsmittel erlangen, die die Voraussetzung für die Durchsetzung der Verwertung gegen die Arbeiterklasse darstellt.

Deshalb werden auch angesichts des Angriffs auf das Baltikum die Kredite nicht gestrichen, die sowohl die BRD wie die EG in diesem Jahr der SU zur Verfügung stellen werden.

Höhere Ölpreise sind für die Sowjetunion überlebensnotwendig. Fünf Jahre nach Ausrufung der Perestroika mußte das Projekt zur Durchkapitalisierung der Sowjetunion gestoppt werden, da es nicht gelungen war, ein *von Produktions- und Lebensmitteln freies Proletariat* zu schaffen. Um eine Arbeiterklasse hervorzubringen, die nicht mehr über Lebensmittel aus der Schattenproduktion verfügt, muß die SU-Regierung einerseits die Schattenwirtschaft angreifen, die zu einer von den Arbeitern "mitbestimmten" Ökonomie jenseits der staatlichen Kontrolle wurde. Andererseits muß der Staat in die Verfügungsgewalt von Lebensmitteln kommen.

Die Bekämpfung der Schattenwirtschaft mittels Fabrikrazzien wurde dem KGB übertragen, um die Verfügung der ArbeiterInnen über die Lebensmittel und die Produktionsmittel zu zerschlagen. Diese Operationen wurden in ihrer Wirkung extrem verschärft durch die Entwertung der großen Rubelnoten. Darunter leiden zunächst natürlich am meisten die RentnerInnen und alle anderen Schichten, die keinen direkten Zugang zu Waren haben. Der Angriff trifft aber auch die Arbeiter, die ihre gestiegenen Löhne zum Einkaufen der "Luxusgüter" der Kooperativen benutzen konnten. Über die Kürzung des Geldvolumens um 30% greift der sowjetische Staat diese "Parallelstrukturen" an.

Der Staat selber kann aber über Lebensmittel nur verfügen, wenn er zusätzlich welche importiert. Die dafür notwendigen Devisen können nur durch höhere Ölpreise aufgebracht werden.

Zum zweiten wird die SU mit den Devisen aus dem Erdölverkauf daran gehen, die Förderanlagen zu modernisieren.

2) USA: Faule ArbeiterInnen – faule Kredite

Der Boom in den 80er Jahren ging von der Arbeiterklasse in den USA aus, die wesentlich mehr konsumierte, als in den USA produziert wurde. Diese Güter wurden (hauptsächlich) von den Exportindustrien in Japan und der BRD produziert. Über den Export dieser Güter schöpfte das japanische und das BRD-Kapital die Löhne und Einkommen in der USA ab.

Aber in den 80er Jahren wurden diese Waren zunehmend mit Geld bezahlt, das gar nicht "erarbeitet", sondern gepumpt war. Das US-Kapital hatte die Löhne der ArbeiterInnen drücken können, aber der Konsum blieb gleich – und wurde durch eine staatlich geförderte Verschuldung der Arbeiterklasse mit amerikanischen Ausweis finanziert. Abgedeckt wurde dieser Mechanismus aus den Exportprofiten des japanischen und BRD-Kapitals, indem deutsche und japanische Banken gewaltige Summen in den USA anlegten. Im gesamten Kreislauf war somit der springende Punkt die Verschuldung der US-ArbeiterInnen. Und alles drehte sich drum, diese Verschuldung als Zwang zur Arbeit einzusetzen, so daß wieder mehr und besser gearbeitet würde.

Diesen Zweck durchkreuzte die Arbeiterklasse in den USA ab Mitte der 80er Jahre an mehreren Fronten:

- Die Schulden waren so hoch, daß viele sie nicht mehr zurückzahlen konnten. Damit verloren sie ihre Wirkung als Zwang zur Arbeit.
- Die illegalen Einwanderer setzten höhere Löhne durch. Selbst zu einem erhöhten Lohn fanden sich 1987 kaum ArbeiterInnen für die Obst- und Gemüseernte in Oregon. Nicht anders erging es den Textilklitschen in Los Angeles. Mc Donalds klagte 1988 über Probleme mit den Löhnen in allen Ballungsräumen.
- In allen Industriezweigen wurde von den Arbeitern zunehmend Schrott produziert. Das Kapital hatte eine hohe Flexibilität und niedrigere Löhnen durchgesetzt, aber was nutzt ein Just-in-Time-System, wenn just in time nur Müll kommt. Die Montagebänder standen immer häufiger, weil kein Material da war.

Mit mehreren Maßnahmen versuchten Notenbank und Finanzministerium, die Geldströme weg vom Klassenkonsum hin in die Modernisierung der Produktion zu lenken. Teilweise gelang dies auch, 1988 war ein Rekordjahr von BRD-Direktinvestitionen in den USA. Aber dennoch konnte das Kapital das "Problem der Qualität nicht lösen". General Motors investierte 77 Mrd. $, machte 32 Fabriken dicht – die Schrottproduziererei bekamen sie nicht in den Griff.

Als gegen Ende der 80er Jahre wieder Massenstreiks im Bergbau, dem Gesundheitswesen und im Transportsektor aufgenommen wurden, brachen wohl die Hoffnungen zusammen, diese Arbeiterklasse über ihre Schulden jemals wieder ausreichend zur Arbeit treiben können. Die US-Notenbank benutzte die Zinserhöhungen in der BRD, um ihrerseits die Zinsen anzuheben und die Investitionen wie die Verschuldung im allgemeinen zu verteuern. Damit stellte sie die Weichen in eine tiefe Rezession.

3) Die BRD in Europa

In den 80er Jahren war es dem Kapital in der BRD als einzigem in Europa gelungen, gegen die Arbeiterklasse kontinuierlich eine Produktivität durchzusetzen, die über den Lohn- und Einkommenszuwächsen lag. Dies drückte sich in der sogenannten "Geldwertstabilität" aus, das heißt, das Kapital in der BRD hatte es nicht nötig, hohe Löhne durch Inflation abzuschöpfen, und damit die Kosten auch für die Produktionsmittel in die Höhe zu treiben. Über die Mechanismen des Europäischen

Währungssystems wurden den anderen europäischen Staaten Einsparungen bei den Sozialausgaben und Lohnsenkungen aufgezwungen.

Das Tempo der "Wiedervereinigung", das dem Kapital hauptsächlich von den Bewegungen der DDR-Arbeiterklasse aufgezwungen wurde (siehe unser Thesenpapier in Wildcat 51), führt nun zu massiven Verdauungsproblemen: Das vergrößerte Deutschland hat sich übernommen. Nach der Einverleibung der DDR sollte die BRD nicht nur in Westeuropa die treibende Kraft spielen, sondern auch für die Kapitalisierung der Sowjetunion die Führungsrolle übernehmen. Statt eines Ausbaus der Produktionskapazität und einer Erhöhung der Exportgewinne zur Finanzierung für eine derartige Operation, gehen die Exporterlöse zurück, der Import von Konsumgütern steigt enorm, für Investitionen wird das Geld zu teuer. Der BRD-Staat war nämlich gezwungen, riesige Summen in das Einkommen und die Löhne der Arbeiterklasse zu stecken. Der allergrößte Teil der Gelder, die in die ehemalige DDR fließen, ging als Arbeitslosengeld, Sozialhilfe, Gesundheitsversorgung, Kindergeld, Renten etc. in die Taschen der ProletarierInnen. Der BRD-Staat wird sich alles in allem allein in diesem Jahr um schlappe 200 Mrd. DM neu verschulden.

Die BRD wird Ende diesen Jahres auf ausländisches Kapital angewiesen sein, um die "Einheit" zu finanzieren. Dazu wird sie den Mechanismus der festen Wechselkurse in Europa – ganz ähnlich wie das die USA zu Zeiten von Bretton Woods praktizierten – zur Abschöpfung der europäischen Kapitalmärkte nutzen. (Das heißt, die "Stärke der DM" ausspielen: niedrig stehende Währungen müssen das Geldvolumen einschränken, um die Parität zu halten – dadurch können Sparprogramme aufgezwungen werden; die BRD kann aber von der "harten Währung DM" viel mehr drucken, ohne daß sie im Kurs sinken wird.)

Der aktuelle Boom in der BRD rührt zum einen vom gesteigerten Konsum der Arbeiterklasse her, zum anderen von den Infrastrukturinvestitionen in der DDR (Kommunikationssysteme, Verkehrsinfrastruktur, Energieversorgung). Finanziert wird das hauptsächlich über die zunehmende Staatsverschuldung. Die BRD zieht damit immer mehr Importe aus Europa an, umgekehrt geht der Export zurück. Über die Verschiebung in der Leistungsbilanz der BRD wird aus dem größten Gläubigerstaat in Europa der größte Schuldner. Wie gefährlich diese Entwicklung für das Kapital ist, merkt es spätestens an dem Tag, wo es die Schulden eintreiben muß. Das zeigt auch die Entwicklung in anderen Ländern: In Spanien trieb der Klassenkonsum das Staats- und das Handelsbilanzdefizit in astronomische Höhen. Die Einführung des EG-Steuer- wie Arbeitsrechts stieß in Spanien und Griechenland auf massive Streiks und Generalstreiks. In England rennt die Regierung seit einem Jahr den Lohnsteigerungen mit einer massiven Inflation hinterher, die Versuche, die Sozialausgaben mittels der Polltax auf die Arbeiterklasse abzuwälzen, stießen auf massive Proteste.

III Das Geld - das Öl

1)

Die vermehrte Zahlungsunfähigkeit von Unternehmen in den USA ist ein Grund für die Krise der US-Banken und der Banken in Japan. Des weiteren wurde damit klar, daß kein Geld mehr in die Fortsetzung des Booms investiert werden könnte. In Erwartung, daß die Produktion auf dem bisherigen Ausbeutungslevel noch weiter ausgedehnt werden könnte, waren Ende der 80er Jahre hunderte von Mrd. Dollar in den Gewerbe- und Industrieimmobilienmarkt geflossen. Die hierfür von den Banken aufgelegten Kredite platzen nun, da sich das Kapital aus der Verwertung in den USA zunächst zurückzieht.

Der Golfkrieg koordiniert und verstärkt diese Richtungsänderungen der weltweiten Geldkapitalströme:

- Die erneute "Ölkrise" bremst die Kapitalströme in Investitionen schroff ab, indem durch eine Verteuerung des wichtigsten Rohstoffes Öl die Produktion im allgemeinen immens verteuert wird. Die erste Reaktion auf Saddam Husseins Einmarsch in Kuwait war dementsprechend ein erneuter Börsencrash. Dies traf die japanischen Banken besonders hart, da sie den Kurswert ihrer eigenen Aktien als Eigenkapital bewerten dürfen. Das Eigenkapital der japanischen Banken, den größten der Welt (40,4% der globalen Kredite kommen aus Japan), sank damit rapide ab. Eine gewisse Höhe an Eigenkapital gilt aber als Voraussetzung für die Teilnahme am internationalen Kreditgeschäft, das heißt, die japanischen Banken waren durch den "Ölschock" gezwungen, ihre internationalen Aktivitäten weiter einzuschränken.

Durch einen unruhig gehaltenen Dollar wird die Entwertung des aufgeblähten Weltgeldes fortgesetzt. Die riesige

nach Rendite im Geldkapitalmarkt suchende Liquidität ist die Grundvoraussetzung für die Finanzierung des Klasseneinkommens durch Staatsverschuldung. Bei schwankendem Dollar wird die Geldanlage in den USA für Ausländer unrentabel, bei jedem Fall des Dollar verlieren sie immense Beträge. Der Innerbankenhandel auf dem Eurodollarmarkt, der wie eine Geldschöpfung jenseits der Notenbanken wirkte, wird eingeschränkt. Das aber bedeutet, daß die Geldmenge sich wieder mehr der tatsächlichen Produktion annähern wird. Als Folge davon wird das "Geld knapp".

Durch eine Verknappung der Liquidität soll das hochverschuldete industrielle Kapital weltweit dazu gezwungen werden, die Schulden nicht mehr durch neue Schulden zu decken, sondern sie bei den Arbeitern einzutreiben. Der Konzentrationsprozeß in den 80er Jahren wurde, nicht nur in den USA, über Kreditaufnahme finanziert. Der Schuldendienst der Unternehmen fraß einen immer größeren Teil der Profite. Umgekehrt gelang es nicht, diese geschmälerten Profite durch eine Verschärfung der Ausbeutung bei den ArbeiterInnen einzutreiben. Mehr und mehr Unternehmen geraten daher in Zahlungsverzug.

2)

Wenn Profite, die mit kreditfinanzierten Investitionen aus der Arbeiterklasse herausgepreßt werden sollen, nicht gemacht werden können, zerplatzt das Geld, wird entwertet. Der Kredit ist weltweit in einer Krise, weil ihn die Arbeiterklasse benutzt hat, um ihr Einkommen zu erhöhen. Deshalb wird die weltweite Liquidität abgebaut, um die Kreditvergabe zu verringern. Mit der erneuten Ölkrise holt sich das Kapital also das Geld von der Arbeiterklasse, das dieser über die sogenannte Schuldenkrise nicht abgeknöpft werden konnte. Mit der Ölkrise versucht das Kapital wieder zu "echter Liquidität" überzugehen, das heißt zu Geld, das "erarbeitet" wurde.

Das Kapital selbst übernimmt anstelle des Staates mit der Erhöhung der Ölpreise wieder vermehrt die Kontrolle über die Abschöpfung der Löhne der Arbeiterklasse. Die staatliche Wohlfahrtspolitik wird eingeengt, weil der Spielraum für höhere Energiesteuern eingeschränkt wird. Das trifft vor allem den BRD-Staat (und dämpft damit seine Begeisterung für den Golfkrieg). Nach der immensen Erhöhung des Sozialbudgets als Folge der deutschen Einheit werden durch die Kriegskosten und -folgen die Spielräume für Steuererhöhungen zusätzlich verengt. Mit den angekündigten Kriegssteuern zahlen die deutschen ArbeiterInnen unmittelbar die Schulden des US-Staates ab.

Die lange Vorbereitungszeit für den Krieg am Golf brauchte das Kapital nicht nur für den Aufmarsch der GIs. In dieser Zeit legten sich die Industrieländer, allen voran die USA und die BRD, immense Ölvorräte an, mit denen sie nun selbst in den Ölmarkt eingreifen. Mit Beginn des Krieges pumpten die in der *Internationalen Energieagentur* zusammengeschlossenen Industrieländer soviel Öl auf den Markt, daß der Preis abrutschte. Das Ziel des Golfkrieges ist jedoch nicht ein fallender Ölpreis, sondern ein steigender. Das bedeutet aber, den Krieg am Golf zu führen und gleichzeitig die Arbeiterklasse in den Metropolen und im Trikont mit immensen Lohn- und Einkommenssenkungen anzugreifen. Einen derart homogenen Frontverlauf kann sich das Kapital wohl nicht leisten, denn das wäre die «revolutionäre Möglichkeit», von der George Caffentzis spricht.

Seit Saddam Husseins Einmarsch in Kuwait schwimmen die Ölregionen am Golf wieder in Geld, da sich der Preis für Rohöl verdoppelte (Saudi Arabien hatte für 1990 28 Mrd.$ Staatseinnahmen geplant und nahm 93 Mrd.$ ein). Bisher war dieses Geld in die Industrialisierung der Region geflossen. Aber die MigrationsarbeiterInnen verursachten immer höhere Kosten, und die einheimische Bevölkerung ist nicht "motiviert", sich proletarisieren zu lassen. Seit der Besetzung Kuwaits und verstärkt mit dem Krieg wurde den MigrationsarbeiterInnen einfach fristlos gekündigt.

Die zusätzlichen Einnahmen aus den erhöhten Ölpreisen der Ölfürsten fließen hauptsächlich in die Finanzierung des US-Defizites. Aber durch die Geldknappheit der Banken und die hohen Zinsen wird nicht mehr das Einkommen der Arbeiterklasse finanziert, sondern der Militärhaushalt. Die USA vermieten praktisch ihre Truppen ans internationale Kapital. Zusammen mit der Entwertung der Schulden des US-Staates durch einen immer weiter heruntergefahrenen Dollar wird dies die Verschuldung des US-Staates enorm verringern. Bei den Kriegszuschüssen handelt es sich ja nicht um "Beteiligungen an den Kosten", denn diese Kosten sind ja (was das verballerte Kriegsmaterial betrifft) längst vom US-Defizit bezahlt. Kriegssteuern bei uns sind also ein direktes Eintreiben der Schulden bei der Klasse. An den Kürzungen des Militäretats hält die Bush-Regierung trotz Golfkrieg weiter fest.

Schlußbemerkung:

Die USA haben den Krieg gebraucht. Aber sie haben damit auch eine Dynamik losgetreten, bei der keinesfalls feststeht, ob das multinationale Kapital als Sieger draus hervorgehen wird. In den USA verschärft der Golfkrieg die Rezession. Auch in der BRD wird der Krieg benutzt, um Steuern einzuführen, Abgaben zu erhöhen und ganz allgemein mehr aus uns rauszupressen – Dinge, über die bei der Regierungsbildung wochenlang gestritten wurde, ohne zu befriedigenden Lösungen zu kommen. Der Truppenaufmarsch hat schon jetzt zur Sammlung von Geld funktioniert. Gelingt es, dem Proletariat der Industriestaaten mit der Begründung Krieg nochmal Geld aus der Tasche zu ziehen, dann rückt ein Szenario in greifbare Nähe, das Kohl «Marshall-Plan für die Golfregion» genannt hat: die Kombination von militärischer Besetzung und Wirtschaftsförderung, wie sie die USA schon in Westdeutschland nach dem 2. Weltkrieg erfolgreich vorexerziert haben.

Diskussionspapier

Ökokapitalismus –

Die Sichtweise des Kapitals von "Ökologie", von "Umweltverschmutzung", von "Natur" ist nicht unsere. Es ist kein "Menschheitsproblem", sondern ein Teilaspekt des Klassenkampfs.
Viele ArbeiterInnen haben keinen Bock auf die Lebensbedingungen hier, aber sie sind täglich gezwungen, zu arbeiten und produzieren dabei die "Verschmutzung". Die Öko-Bewegung thematisiert den Dreck, auch den Anspruch auf ein besseres Leben - aber nicht den Zwang zur Arbeit; im Gegenteil: sie sucht die Lösung genau innerhalb dieses Systems, in der Arbeit.

Klasse - "Umwelt"

Menschheitsproblem?

In der Entstehungszeit des Kapitalismus war es kein Vergnügen, in einem Arbeiterviertel zu wohnen, nebendran die Gerberei, ein Klo für 200 Familien, die Luft völlig verdreckt. Die Einführung der Steinkohle ermöglichte den massenhaften Betrieb von Dampfmaschinen und damit einen gewaltigen Sprung in der kapitalistischen Entwicklung. Vorausgegangen war, ähnlich wie heute mit dem Öl, eine sogenannte Holzkrise. Die ArbeiterInnen hatten nun mit dem Rhythmus der Maschinen und der völlig verdreckten Luft zu kämpfen.

Die Lebensbedingungen haben sich in den letzten 100 Jahren auf unterschiedliche Weise verändert. Die Luft in Manchester ist heute wahrscheinlich sauberer. Dafür gibt es neue Gifte und gefährlichere Orte. Die Veränderungen der Produktion, mit ihren spezifischen Giften und ihrer jeweiligen Art der Verschmutzung, sowie deren Ausmaß sind das Ergebnis von konkreten Klassenkämpfen.
Die Bilanzen des "Club of Rome", Global 2000, "WorldWatch", die ganzen wissenschaflichen Analysen verschleiern mit dem abstrakten Begriff "Umwelt" diesen Zusammenhang. Sie stellen "Umweltverschmutzung" nicht als Problem konkreter Lebensbedingungen und konkreter Kämpfe dar, sondern als "Menschheitsproblem".

Kämpfe und Sparsamkeit

Ende der Sechziger gab es eine weltweite Bewegung: Black Panthers, Vietnam, Hippies, Kämpfe der MassenarbeiterInnen, Studenten, Hausfrauen. Diese Bewegung war auch "ökologisch". Allerdings nicht in Sinne der heutigen "Ökologie", der Grünen und der Ökologiebewegung. Nicht mit einem isolierten Thema "Umweltschutz" - sondern als grundlegende Kritik an den Lebensverhältnissen im Kapitalismus. Die Kritik richtete sich auch gegen die offizielle "Arbeiterbewegung", die Gewerkschaften, die lediglich die Ware Arbeitskraft im bestehenden System verwalten, und alles was drüberrausgeht, plattmachen.
Die Ökologiebewegung entstand in den 70er Jahren.
Viele von uns haben sich an solchen Bewegungen gegen die Zerstörung der "Umwelt" beteiligt. Dabei ging es meistens um die Verhinderung von kapitalistischen Großprojekten wie den AKWs, der WAA in Wackersdorf, der Startbahn West, der Daimler - Teststrecke in Boxberg. In den Bewegungen haben sich viele politisiert - und den Niedergang der Bewegungen erlebt. Die praktische Konfrontation vor Ort stand im Vordergrund. Die Frage nach grundsätzlichen gesellschaftlichen Zusammenhängen von "Umwelt(-zerstörung)", Arbeiterklasse und dem System wurde allenfalls abstrakt thematisiert (Profitinteressen des Kapitals, "Atomstaat"). Wer von uns wäre '85 im Tränengasnebel an der Startbahn West schon auf die Idee gekommen, mit den MalocherInnen des Frankfurter Flughafens zu schaffen, und zu überlegen, wie die Fließbänder in den Güterumschlaghallen lahmgelegt werden können?
In den Bewegungen waren und sind nicht nur Linke und Leute aus den "Mittelschichten" aktiv. Die Bürgerinitiativen setzen sich quer durch alle Schichten der Bevölkerung zusammen. Der Winzer am Kaiserstuhl, die Arbeiterfamilien, die den Dreck im Betrieb und zuhause aushalten müssen, die jungen Malocher von Opel Rüsselsheim, die an der Startbahn den Frust einer ganzen Woche Fließband abreagieren, die Kohlearbeiter in der Oberpfalz, für die die WAA keine Antwort auf die Schließung der Maxhütte war.

Aber sie organisieren sich nicht als ArbeiterInnen, sondern als "Bürger", als Bewohner eines Stadtteils oder als Anwohner einer Fabrik... Wenngleich viele Bewegungen ihre organisatorische Kraft aus dem Alltag schöpfen - ihre Ziele bleiben begrenzt. Sie thematisieren nicht die Gesamtheit des Lebens zwischen Gestank in der Fabrik und Gestank nach Feierabend, zwischen der Sterilität eines Großraumbüros und genauso steriler "Grünfläche".
In den BIs und der Ökobewegung drückt sich auf widersprüchlich Art der Klassenkampf aus; der proletarische Anspruch auf ein besseres Leben wird aber rausgerissen aus dem Zusammenhang, abgetrennt vom Kampf gegen die Arbeit, sowohl theoretisch, als auch praktisch.
Die Vorschläge basieren meistens auf Verzicht, Sparsamkeit und vor allem mehr Arbeit. Damit bleiben sie innerhalb der kapitalistischen Logik und richten sich gegen die ArbeiterInnen.

Ökokapitalismus

Seit einiger Zeit ist der Ökologismus "von unten", die Bewegungen gegen AKWs, die Bürgerinitiativen, der alltägliche Ärger auf Lärm und Dreck nicht mehr die einzige Seite. Auch die Politiker und die Industrie sind inzwischen, von einigen "schwarzen Schafen" abgesehen, grün geworden.
Begonnen hat diese Entwicklung in großem Umfang 1972, als Wissenschaftler des MIT (Mass. Institute of Technology), bezahlt u.a. von VW eine Studie namens "Die Grenzen des Wachstums" in Millionenauflage veröffentlichten. In diesem Buch wird der drohende Untergang der Menschheit durch "Umweltverschmutzung, Bevölkerungsexplosion, Nahrungsmittelknappheit, Energiekrise..." angedroht, wenn alles so weitergeht. Es war damit eine ideologische Reaktion auf die weltweiten Klassenkämpfe Ende der 60er Jahre/ Anfang der 70er.
In den folgenden Jahren blieb es nicht bei der Ideologie. Weg von den alten, großen, "schweren" und dreckigen Schornsteinindustrien hin zu modernen, kleinen, dezentralen und angeblich sauberen High-Tech-Industrien, "sanfter" Chemie - und zu "umweltverträglichen Dienstleistungen", war das Motto des Kapitals. Teilweise hat diese Entwicklung auch stattgefunden. Der wirkliche Grund dieser Umstrukturierungen war allerdings nicht die "Umweltverschmutzung", sondern die Klassenkämpfe, die in die Bahnen kapitalistischer Innovation gelenkt und damit gestoppt werden sollten. Diese Entwicklung wurde dann als der Weg zur "Lösung des globalen Umwelt- und Energieproblems" verkauft und damit zum Ausgangspunkt des "ökologischen Kapitalismus".

Mit dieser Utopie des "ökologischen Kapitalismus" ist es dem Kapital gelungen, eine gewisse neue Legitimationskraft bezüglich "Umwelt" zu gewinnen, Innovationen durchzuziehen und sich in einigen Bereichen unter dem Markenzeichen "ökologisch" zu erneuern. Diese Entwicklung basiert auf der Fähigkeit des Kapitalismus, die Kreativität der ArbeiterInnen - auch und gerade wenn sie sich ursprünglich **gegen** das Kapital entwickelt - aufzunehmen und umzusetzen in materielle Weiterentwicklung oder auch in neue Herrschaftsideologie. Was in den 70er Jahren noch als Hirngespinste irgendwelcher Freaks galt, ist heute - zum Teil - Regierungspolitik und im Ergebnis weit entfernt von den antikapitalistischen Motiven der "Erfinder". Die Kritik der Hippies an der "Megamaschine", an der "Zivilisation", an der Hektik des kapitalistischen Alltags in der Stadt, prägt inzwischen die kapitalistische Leitlinie zur Stadtplanung - die "Dezentralität" und das Konzept der "kleinen, überschaubaren Einheiten". Die Solarenergie, vor einigen Jahren noch ein eigenbrötlerischer Versuch einer praktischen Kritik an AKWs, entwickelt sich rasant zum Energiekonzept der Zukunft. Sicher ist es kein Zufall, daß ausgerechnet in Wackersdorf eine Recyclingfabrik für BMWs und die größte Solarzellenfabrik der Welt gebaut wird. Ähnliches gilt für viele technische Entwicklungen, Ideen, Vorstellungen. Selbst der PC, der Computer für alle, ist eine Entwicklung von Freaks. Solche Sachen sind spektakulär - aber die beschriebene Entwicklung ist ein massenhafter Prozeß, der tagtäglich in jeder Fabrik stattfindet.

Umweltschutz, Recycling, Arbeit

In den letzten Jahren werden in fast jedem Betrieb "Umweltschutzbeauftragte, Umweltkommissionen" u.a. eingerichtet. Der "Umweltschutz" der Geschäftsleitungen und Betriebsräte knüpft an den "Arbeitsschutz" an. Die ArbeiterInnen haben als einzige die nötigen Erfahrungen im Umgang mit Giftstoffen, mit riskanten Produktionsvorgängen usw ... Mit ihrem Selbstschutz, oftmals aber auch mit einer drüberrausgehenden Sorge um mögliche Folgen von Chemieunfällen o.ä. verhindern sie noch schlimmere Verschmutzungen. In seiner "Ökologie" ist das Kapital auf die ArbeiterInnen angewiesen. Ihr "Umweltschutz" ist Bestandteil ihrer Ausbeutung und ermöglicht überhaupt erst das Funktionieren der Produktion. Wie beim Arbeitsschutz werden Verhaltensweisen, die im eigenen Interesse der ArbeiterIn liegen, aufgenommen und in die Aufrechterhaltung ihrer Ausbeutung umgesetzt. Der Widerspruch, der in diesem Verhältnis liegt, wird dann deutlich, wenn's nicht klappt, wenn's Pannen gibt; das berühmte "menschliche Versagen", wenn der Arbeiter das falsche Ventil öffnet und der Dreck in den Rhein läuft.

Im Kapitalismus sind die ArbeiterInnen gezwungen, den Dreck zu produzieren, der sich gleichzeitig in Form von Vergiftung, Verschmutzung usw. gegen sie richtet. Der "ökologische Kapitalismus" gibt vor, die Probleme, die er mit seiner Arbeit produziert, durch noch mehr Arbeit wieder zu lösen.

So hat auch Recycling seinen Grund nicht in der "Begrenztheit der Rohstoffe" und dem "Müllnotstand". Für das Kapital ist Recycling wichtig, um die hohen Löhne in den Grundstoffindustrien anzugreifen. Eisen, Plastik, bis vor kurzem Uran... Das Problem des Kapitals sind die Bewegungen der Arbeiter dieser Industrien, in südafrikanischen Minen, auf Ölfeldern im Iran, in Stahlwerken in Lothringen. Der "Müllnotstand" wird uns in den Zeitungen als die apokalyptische Vorstellung des "Wir ertrinken im Müll" und als Appell an "umweltbewußtes Verbraucherverhalten" nahegebracht. In Wirtschaftszeitungen wird das offener angesprochen: in den letzten Jahren haben sich die Deponiekosten verzehnfacht, es ist einfach zu teuer. Um eine Tonne Müll so zu entsorgen, daß nicht irgendwelche Umweltschützer auf der Barrikade stehen, ist viel Energie und eine große Menge Arbeit nötig, mit hohen Löhnen...

Kein Wunder, daß eine der kapitalistischen Antworten auf diese "Krise" die Ausdehnung der Recyclingkette in den Bereich unbezahlter Arbeit (Hausarbeit) ist. Glas zum Container bringen, Müll im dualen System nach Wertstoffen sortieren. Aus der Sicht des weiterverarbeitenden Recyclingbetriebs stellt sich aber das "Problem der Akzeptanz" dieser unbezahlten Arbeit: in den Stadtteilen der Mittelschichten und der Reichen wird die Mülltrennunug akzeptiert, in den proletarischen Stadtteilen ist das Müllfließband dreckig, Pampers zwischen "Wertstoffen", nicht recyclebare Zusammensetzungen (denen die Stadtverwaltung mit einer neuen Bußgeldverordnung beizukommen versucht).

Wenn viele ProletarierInnen mit Pampers in der Wertstofftonne und anders auf "Ökologie" scheißen, kein "Umweltbewußtsein" haben, steckt dahinter die Erfahrung, daß der Ökologismus des Kapitals nichts an den Lebens- und Arbeitsbedingungen ändert. Im Gegenteil - daß jede Bewegung der ArbeiterInnen in diese Richtung sofort ausgebeutet wird und in mehr Arbeit, höheren Preisen, stärkerer Kontrolle mündet.

"Natur"?

"Wir behandeln die Natur so, wie wir die Arbeiter vor hundert Jahren behandelt haben... Damals haben wir in unserer Kalkulation keine Kosten für die Gesundheit und die soziale Sicherheit der Arbeiter gehabt und heute rechnen wir keine Kosten für die Gesundheit und Sicherheit der Natur... Umweltschutz wird in den nächsten 50 Jahren vielleicht das, was der Aufstieg des Wohlfahrtsstaates in den letzten 50 Jahren war..." (The Economist, amerik. Wirtschaftszeitung). In dieser Dimension wird das unter den Kapis diskutiert. Der Widerspenstigkeit der Ware Arbeitskraft, den Rebellionen und Aufständen der ArbeiterInnen in der Anfangszeit des Kapitalismus begegnete das Kapital u.a. mit dem Aufbau des Sozialstaates. Heute scheint es so, wie wenn die "Natur" widerspenstig geworden und der "ökologische Kapitalismus" unsere letzte Rettung sei. Doch das Kapital kennt keine Natur, außer in der Form von Waren; als Bedingung, um die wichtigste Ware, die Arbeitskraft, zu erhalten und bei Laune zu halten. Das ist mit "Natur" gemeint.

Über den "Umweltschutz" werden immer weitere Bereiche der Reproduktion kapitalisiert. Wenn der Fluß oder der Baggersee zu dreckig sind, um darin zu baden, gibt es ja noch das Laguna-Bade-Center, vollklimatisiert. Selbst die Luft wird knapp und indirekt (über Entschwefelungsanlagen, Filter, Kat...) zur Ware, für die man bezahlen, sprich arbeiten, muß.

Fragen...

Wie kann es laufen, daß ArbeiterInnen gegen dreckige Luft, schlechtes Wasser und die neuen Zäune kämpfen, ohne die kapitalistischen Lösungen zu akzeptieren, die immer Warenform annehmen, für die immer bezahlt werden muß. Ohne sich in Institutionen einbinden zu lassen, die nach solchen Lösungen suchen? Ohne daß ihre Initiativen vom Kapital aufgegriffen werden und im nächsten Atemzug wieder gegen sie gewendet werden? Was machen gegen die miesen Jobs in der Ökoindustrie? Was tun gegen die "ökologische" Umstrukturierung im Betrieb?

Etliche wichtige Themen in diesem Zusammenhang fehlen: Was ist "Ökologie in der 3. Welt"? Nicht umsonst wird im Katastrophenszenario der Planer und Wissenschaftler des Kapitals die sog. "Bevölkerungsexplosion" als die entscheidende Entwicklung der nächsten Jahre benannt. Was hat es mit den "ökologischen Katastrophengebieten" im Osten auf sich? Was passiert in Kattowitz, in Bitterfeld, in Halle, in Nordböhmen...

Bei den Streiks der sibirischen Bergarbeiter im letzten Jahr spielten wohl "ökologische" Forderungen eine wichtige Rolle.

Dieser Artikel soll der Anfang einer Diskussion sein, viele Aspekte sind noch nicht ausdiskutiert. Es wäre gut, wenn Kritik käme, Gedanken von anderen Leuten, Erfahrungen in "Öko"-Initiativen, mit "Arbeitsschutz" in Fabriken, in der Recyclingindustrie...

Kämpfe von TeilzeitarbeiterInnen

Dies ist ein Interview mit zwei Teilzeitjobbern, die versucht haben ihre Arbeitsbedingungen, zusammen mit ihren KollegInnen, zu verbessern. Diese Kämpfe sind für uns wichtig, weil solche oder ähnliche Bedingungen überall zu finden sind. JedeR die "irgendwie" jobbt kennt diese Probleme, hat sich bestimmt schon oft überlegt, wie man/frau was machen kann. Hier nun die Schilderung von Konflikten in einer Arzneimittelspedition und in einem Gastronomiebetrieb.

Kleinkrieg im Arzneimittelgroßhandel:
Ralf arbeitete bei einem Arzneimittelgroßhandel als Fahrer in einer Stadt, in der Gegend bei Straßburg, die sich anschickt, zum "District of Europe" zu avancieren. Es ist eher eine traditionelle Industriestadt und daher nicht mit der Klassenzusammensetzung Freiburgs vergleichbar.
Die Teilzeitfahrer waren eine kleine Minderheit in diesem Betrieb mit insgesamt ca. 150 Beschäftigten. Sie fuhren nachts und am Wochenende, um zumindest teilweise davon leben zu können. Als das Unternehmen nun die Nachtschicht über Subunternehmer fahren ließ, blieb für sie nur die kohlemäßig unattraktive Tagschicht. Die Geschäftsleitung schaltete auf stur, entweder ... oder ...
Die Jobber taten sich zusammen und stellten eine satte Nachforderung für nicht bezahlten Urlaub, Feiertage für die letzten zwei Jahre. Alles klappte, aber nun begann der alltägliche Kleinkrieg. Es hagelte Abmahnungen und Ralf zog es nun vor, nicht zuletzt aus Gründen des Kündigungsschutzes, aber auch in Absprache mit den Kollegen, es als Betriebsrat zu versuchen.
Es nutzte nicht viel: Kündigung, Hausverbot, Wiedereinstellung über Arbeitsgerichtsprozeß, Berufung, insgesamt ein dreiviertel Jahr bezahlten Urlaub und jede Menge Ärger.
Als die juristischen Verfahren abgeschlossen waren, kam der Clou. Der gesamte Betriebsrat, dem die Geschäftsleitung in der Zeit mächtig eingeheizt hatte, trat zurück. Ralf wird nicht mehr in den Betriebsrat gewählt, nicht zuletzt wegen einer gewaltigen Verleumdungskampagne. Durch die hohe Fluktuation sieht er auch wenig Chancen dauerhaft etwas zu tun. Was folgt ist des Malochers Abgesang: Krankfeiern, so lange es geht!

Die Kacke war am dampfen!
Der Obstgarten, eine Bio-Schnellgaststätte, funktioniert, genau wie die übrige Branche mit einem sehr hohen Anteil an TeilzeitarbeiterInnen, mit einer hohen Fluktuation. Von 30 bis 50 Leuten waren gerade 6 Vollzeitkräfte mit den üblichen Arbeitsrechten wie Urlaub, Lohnfortzahlung usw. Wie oft in solchen Arbeitsverhältnissen lief der Laden aber nur, weil die Teilzeitkräfte ihre Arbeit in einem hohen Maß selber organisierten, also Arbeitszeiten absprachen, einteilten usw. Eine solche "Personalplanung" bringt zu bestimmten Zeiten Engpässe mit sich, die regelmäßig auf die Spülküche abgeschoben wurden, wo auch die meisten Teilzeitarbeiterinnen malochten.
Als sich eine Frau eine Sehnenscheidenentzündung holte und für einige Zeit ausfiel, beschlossen ein Teil der Arbeiterinnen vom Chef die Lohnfortzahlung und eine Lohnerhöhung einzufordern. Dies wurde beim wöchentlichen Stammtisch der Teilzeitarbeiterinnen beschlossen.
Jetzt schlug die Stimmung um: Der Chef selbst übernahm jetzt die Planung der Arbeitszeiten, auf die Forderungen reagierte er überhaupt nicht. Lohnfortzahlung war aber inzwischen von der Gewerkschaft vorm Arbeitsgericht eingeklagt worden. Das dauert bekanntlich, macht die Atmosphäre in so einem Laden, zwischen stinkenden Küchenabfällen und einem Chef der sich zwischen Finanzamt und renitenten Arbeiterinnen schon arg in der Zwickmühle wähnt, gewiß nicht einfacher. Es hagelte Kündigungen gegen vermeintliche Rädelsführerinnen, 5 insgesamt. Der Gewerkschaftsapparat, einmal in Fahrt gebracht, war auch nicht untätig: ein Betriebsrat sollte gegründet werden, den die Teilzeitarbeiterinnen natürlich auch für ihre Zwecke nutzen wollten.
Zu den Kündigungsprozessen haben die Jobberinnen kräftig mobilisiert, ein Flugi vor dem Obstgarten verteilt, die Kolleginnen angesprochen. Viele kamen, einige waren als Zeugen geladen. Bei diesem Termin ist auch besagtes Flugblatt zur Sprache gekommen, worauf der Gewerkschaftsvertreter sich schleunigst von Form und Inhalt distanziert hat. Alle, bis auf eine, die noch keinen Kündigungsschutz hatte, wurden wieder eingestellt.
Der Laden wurde umstrukturiert, das Verhältnis zur übrigen Belegschaft wurde indifferenter.
Eine gute Gelegenheit für Sabotage, langsames Arbeiten und andere Späße, für die, die es drauf anlegen. Aber keine Aussichten auf die wohlverdiente Rente oder sonst wie alt zu werden in so einem Laden.

Wie kam es, daß ihr euch im Betrieb zusammengeschlossen habt? Welche Bedingungen haben euch zusammen gebracht?

Petra: Der Auslöser war, daß sich eine Frau eine Sehnenscheidenentzündung holte und wir bis dahin ohne Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle gearbeitet hatten. Es ging auch darum, daß diese Frau von dem Geld leben mußte, und es abzusehen war, daß dies eine längere Sache ist, wo sie ohne Geld ist.

Was es erleichtert hat, daß wir uns zusammenschließen konnten, war die Tatsache, daß wir unseren Arbeitsablauf zusammen organisieren mußten. Das wichtigste aber war, daß die Arbeit so beschissen war, daß es uns auch egal war, wenn wir wirklich rausgeschmissen worden wären. Wir brauchen die Kohle, aber weil wir die Kohle brauchen, wollen wir auch bestimmte Rechte. Nicht mehr fürn Urlaub vorschaffen müssen.

Glaubst du, daß ihr ohne die Geschichte mit der Sehnenscheidenentzündung genauso gehandelt hättet?

Am höheren Lohn hätte sich bestimmt nix entzündet. Aber wir hatten vorher schon Zeitungsartikel im Betrieb aufgehängt, in denen stand, daß Teilzeitkräfte einen Urlaubsanspruch haben. Da wollten wir gezielt Informationen weitergeben, die auch eine gewisse Unruhe schüren könnten.

Du redest von eurer Gruppe in der Spülküche. Wie waren denn die Bedingungen der anderen?

Petra: In dem Betrieb gab es nur 6 oder 7 Vollzeitkräfte und der Rest waren Teilzeitkräfte, die aber für den Betrieb einfach nötig waren. Eigentlich hatten die Jobberinnen im Service dieselben Bedingungen. Gleichen Lohn, keine Lohnfortzahlung.

Darüber habt ihr euch im Betrieb aber unterhalten, das ist besprochen worden?

Petra: Das wußten wir voneinander. Die haben genauso mit so Sachen kämpfen müssen, wie Arbeit auf Abruf, oder weggeschickt zu werden, wenn's mal keine Arbeit gab. Aber durch die Arbeitsteilung und die räumliche Trennung war es sehr schwer, einen Draht zueinander zu kriegen. Wo es viel schwieriger war, waren die Vollzeitkräfte. Das waren Frauen die Familie hatten, verheiratet waren, zwischen 40 und 50 Jahren alt, und die hatten natürlich auch ihren Anspruch auf Pausen, bezahlten Urlaub ...

Warum war es denn mit den Vollzeitkräften schwieriger? Ich könnte mir vorstellen, daß die grad am Anfang auch neugierig auf euch waren.

Petra: Nee, das war immer ne abgeschlossene Gruppe. Sie hatten auch andere Arbeitszeiten, die sich höchstens eine Stunde überschnitten haben.

Und was es nocheinmal erschwerte war, daß wir am Band arbeiteten. Im Konfliktfall war es sogar so, daß sie sich zum Aushorchen und zum Denunzieren haben benutzen lassen, bis zu Falschaussagen vor Gericht. Ich habe nicht verstanden, daß sie, die ihre Rechte hatten, es nicht verstehen konnten, daß wir dieselben Rechte beanspruchten. Aber auch wir hatten diese Spaltung im Kopf und wir haben nichts dagegen getan.

Es geht ja nicht drum, die große Einheit der Arbeiterklasse herbeizureden, aber so ist das ja krass. Warum habt ihr nichts dagegen unternommen?

Petra: Das kann ich dir nicht beantworten. Es gab aber auch gezielte Interessenkonflikte in der Art, daß sie uns Arbeit zugeschoben haben mit dem Argument, daß sie eh schon 'ne Stunde länger arbeiten, als sie müßten. Wenn sie länger da bleiben mußten, haben sie das nicht als Überstunden bezahlt gekriegt. Und wir mit Stempelkarte haben natürlich nicht eingesehen, warum wir uns abhetzen sollten. Gerade das Thema Überstunden war für die Vollzeitkräfte total wichtig und für uns überhaupt nicht.

Haben die etwas gemacht in diese Richtung, gegen die Überstunden?

Petra: Nee, es gab von denen keine Initiative.

Ralf, erzähl doch mal, von euren Bedingungen. Außerdem stellen wir uns das als Fahrer noch viel schwerer vor wie z.B. bei Petra.

Ralf: Im Gegensatz zum Betrieb bei Petra waren da die Studis schon etabliert. Du bist angerufen worden bei Krankheit, Urlaubsvertretung, ... aber ohne irgendwelche Rechte. Als Fahrer ist es dann schwierig, wenn die einzelnen Fahrer keine gemeinsamen Arbeitszeiten haben. Bei uns war es so, daß alle Fahrer 3 bis viermal am Tag zusammenkamen zum Laden usw..

Ihr habt euch also in den Pausen, beim Laden usw. verständigt?

Ralf: Nee, das haben wir außerhalb gemacht. Erstens ist es während der Arbeit zu stressig

und außerdem gibt es ja überall spitze Ohren. Wir haben uns in den Wohnungen oder der Kneipe getroffen. Dort haben wir dann aufgelistet, was wir noch alles zu kriegen hätten. Aber von Bedingungen, sich zusammenzuschließen zu reden, find ich in der Phase nicht ganz richtig, weil es eher darum ging sich zu wehren, als sich was zu erkämpfen.

Der Chef hat sich nicht mehr getraut, mir irgendwas vorzuenthalten.

Wie war euer Verhältnis mit den Vollzeitkräften? Kannst du darstellen, wie sich die einzelnen da verhalten haben?
Ralf: Es gab die weitverbreitete Ansicht bei den Festangestellten, daß die Studenten nicht von der Arbeit leben müssen. Dies war insofern richtig, weil es nach Abschaffung der Nachtarbeit eine Spaltung unter den Teilzeitjobbern gab. Die einen haben gesagt mir ist das eh egal, ich schaffe nur Samstags und die anderen waren wirklich drauf angewiesen. Für die Festen war es aber völlig klar, daß es nicht ok ist, die TZK ohne jegliche Rechte zu belassen. Das war auch wichtig für später bei der Betriebsratswahl, daß alle sagten, es ist wichtig, daß dort Leute sitzen müßten, die zumindest die grundsätzlichen Rechte durchsetzen. Daraus leitete sich auch für uns die Linie ab, daß es ok ist, die legale Schiene zu fahren und zu versuchen, einen von uns in den Betriebsrat zu kriegen.

Du sagtest, der Konflikt betraf alle. Heißt das alle TZK oder auch die festangestellten Fahrer, oder alle Betriebsangehörige?
Ralf: Es ging um alle in der Abteilung Fuhrpark. Durch den Wegfall der Nachtarbeit verdienten ja auch die festangestellten Arbeiter, die wegen der Kohle nachts arbeiteten, weniger. Und was noch wichtiger war, war die Umstrukturierung.

Wir hatten alle die Befürchtung, wenn jetzt keiner in den Betriebsrat geht und dort auf den Putz haut, dann sind wir demnächst alle unsere Arbeitsplätze los. Das war auch der Grund, warum viele aus dem Fuhrpark, mich in den Betriebsrat gewählt haben.

Noch eine Zwischenfrage an beide: wie haben denn z.B ältere Malocher, Stammarbeiter, die ja oft gesundheitliche Probleme haben und dann krank sind, auf sowas wie Arbeitsverweigerung in Form von massivem Krankmachen oder Sabotage reagiert?
Petra: Mit Krankmachen war ja bei uns zuerst nichts drin, weil wir nicht abgesichert waren. Und später haben wir gesagt, wir machen nur noch Dienst nach Vorschrift und denken nicht mehr mit. Die Frauen aus der Küche haben das garnicht mitgekriegt, weil die da schon Schluß hatten. Und die anderen aus'm Service hat's anscheinend nicht interessiert.
Ralf: Bei uns gab's ja auch erstmal keine Lohnfortzahlung. Als ich dann aus dem Betriebsrat wieder draußen war, hab ich blau gemacht was nur ging. Aber ich habe von niemandem gehört, daß das nicht ok gewesen sei.

Wie wolltet ihr eure Forderungen durchsetzen? Hattet ihr und/oder eure KollegInnen Erfahrungen in Arbeitskämpfen?
Petra: Erfahrungen in Arbeitskämpfen hat von uns niemand gehabt. Wir sind auch die Lohnfortzahlungsgeschichte sehr halbherzig angegangen, nachdem wir gemerkt haben, daß wir denen gerichtlich kommen müssen und daß man bei Arbeitsgerichtsprozessen für seine Kosten selber aufkommen muß. Wir sind dann erstmal zur Gewerkschaft gegangen.

... weil es eher darum ging sich zu wehren, als sich was zu erkämpfen.

Habt ihr euch denn irgendwelche Gedanken gemacht, wie man das anpacken könnte?
Petra: Später, als ich dann rausgeflogen bin, haben wir uns solche Sachen überlegt wie Bummelstreik oder alle mal am gleichen Tag krankmachen. Das haben wir auch mal hingekriegt. Wir haben auch gedacht, daß an dem Tag, an dem wir dann die Flugblätter verteilt haben, der Laden ein Stück weit lahmliegt.Die Flugblattaktion fand ich ziemlich wichtig. Der Chef hat dann auch ziemlich viel Muffe geschoben von wegen Einkommensverluste und der Konflikt hatte dadurch auch ne breite Öffentlichkeit.

Hat diese Öffentlichkeitsarbeit etwas verändert, wurde dadurch mehr Druck ausgeübt?
Petra: Das hat schon was bewirkt. Der Chef hat sich nicht mehr getraut, mir irgendwas vorzuenthalten.
Ralf: Bei mir in der Firma wurde übertariflich bezahlt. Die Gewerkschaft hatte kein Bein drin, es gab jedes Jahr Lohnerhöhungen, deshalb war die Streikkultur so wenig ausgeprägt, weder von der Stammbelegschaft, noch von den Flexiarbeitern.
Petra: Also bei uns war das auch nicht so. Wir wurden ja praktisch mit unseren 10 DM auch übertariflich bezahlt.
Ralf: Wenn jemandem das Geld nicht gereicht hat, hat er Überstunden gemacht. Das kannst du im Kleinbetrieb so ohne weiteres nicht machen. Also Überstunden statt Kampf für mehr Kohle, z.T. mit Tricks wie langsam fahren, was vergessen etc..

Wie haben die Bosse auf eure Aktionen reagiert und hat sich daraufhin was in eurem Vorgehen und/oder euren Forderungen geändert?
Ralf: Es gab Einschüchterungen mit Abmahnungen. Die Kapis sind sehr viel genauer geworden, wenn sie irgendwas von dir wollten. Das kann positiv oder negativ sein, je nachdem.

Petra: Bei uns gab's auch Abmahnungen und jede Menge Schikanen. Was doof ist, der Chef durch die ganzen Aktionen was gelernt in Bezug auf Formalitäten, um ArbeiterInnen loszuwerden. Was nett war, unser Chef hatte einen Horror vor der Gewerkschaft. Das haben wir natürlich beim Briefeschreiben ausgenutzt, von wegen "Kopie an Gewerkschaft". Aber am Schluß ging das soweit, daß der Mann mich körperlich angegriffen hat und das war der Punkt für mich, zu gehen. Ich hab' dann noch eine Abfindung gefordert und auch gekriegt. Daß er nicht versucht hat zu handeln zeigt, daß ich wohl zu bescheiden war.

Was habt ihr nicht erreicht? Habt ihr noch Kontakt zu irgendwelchen Leuten? Wie sieht's jetzt im Betrieb aus?
Ralf: Ich finde es sehr schade daß sich der Betriebsrat selber nicht ernst genommen hat. Als Institution im Betrieb, die in gewissen Grenzen durchaus was machen kann.

Könnte das nicht damit zusammenhängen, daß das Stammarbeiter sind und die längerfristig denken, als diese 4 Jahre Betriebsratstätigkeit, nach denen sie dann wieder normal malochen müssen. Du denkst, daß ein Betriebsrat ein politisch-taktisch einsetzbares Instrument ist?!
Ralf: Mir war wichtig, daß wir durch unsere BR-Arbeit zeigen, daß die Bosse bei vielen Dingen ohne die Institution Betriebsrat garnichts machen können. Deshalb ist es sinnvoll, sich zu informieren. Danach würde für mich erst die Phase beginnen, daß man politisch überlegt, was will man, ob man im Betriebsrat arbeiten will, um politische Forderungen durchzusetzen.

Petra, was hatte sich bei euch verändert?
Petra: Etwa 3 Monate nachdem wir wieder eingestellt waren, gab es eine klammheimliche Lohnerhöhung. Plötzlich stand auf dem Lohnzettel mehr drauf. Wobei es klar war, daß da mehr die Frauen aus dem Service dahinter steckten. Was ich sehr übel finde ist, daß nur wir 4, die rausflogen und wieder eingestellt werden mußten, die Lohnfortzahlung, Urlaubsgeld, ... gekriegt haben.

Ich denke die Einforderung von selbstverständlichen Rechten hat keine politische Sprengkraft.

Aber du hast doch erzählt, daß während der Gerichtsverhandlung 30 oder 40 Leute aus dem Betrieb anwesend waren. Hat das nicht auf die Frauen gewirkt, sich ihre Rechte zu holen?
Petra: Das ist natürlich schon ein Witz. Aber viele Frauen waren auf dem Sprung und nur noch wegen dem Prozeß da. Durch die hohe Fluktuation war nach 2 bis 3 Monaten ein völliger Personalwechsel. Unser Fehler war, daß wir von uns aus, nicht alle Leute neu angesprochen haben und wir uns damit abgefunden haben, was wir für uns erreicht hatten. Wir haben zwar einzelne angesprochen, aber sie haben auch gesehen, was das für Konsequenzen.

Wie war das mit der Gewerkschafterin im Betriebsrat? Konnte die das nicht durchsetzen ?
Petra: Sie hatte den Anspruch, das im Betrieb durchzusetzen. Aber im Endeffekt ist es die Entscheidung der einzelnen Leute. Mittlerweile denke ich, daß die Einforderung von selbstverständlichen Rechten keine politische Sprengkraft hat. Es war ein gewisser Erfolg, daß wir wieder in den Betrieb hineinkamen, aber es ging politisch nicht darüber hinaus.

Das Ganze ist wohl eher ein Problem der Fluktuation. Die Leute gehen doch lieber gleich in die Fabrik, wo solche Rechte eine Selbstverständlichkeit sind, bevor sie sich auf einen längeren Hickhack einlassen.
Ralf: Von Unternehmerseite her ist die Fluktuation ein gutes Mittel. Wenn nach 2 Jahren die Belegschaft ausgewechselt ist, kann er genau da weitermachen wo er aufgehört hat.
Petra: Was du da über die Fabrik gesagt hast, gilt für Frauen nur bedingt. Normalerweise kommst du da vom Regen in die Traufe. In Freiburg kannst du als Frau auswählen zwischen Kinderhüten und Putzen.

Was du da über die Frauen erzählt hast, find ich ziemlich typisch für die Freiburger Situation; Teilzeitarbeit, Flexiverhältnisse. Daher denk ich auch, daß solche Konflikte auf die ganze Klassenrealität bezogen eine andere Dimension bekommen, wie wenn man nur den Zoff in einem einzelnen Laden betrachtet.
Petra: Klar, wenn du dir anguckst wie ganze Branchen davon profitieren, gewinnt das Ganze auch an politischer Sprengkraft. Sowas wie Kündigungsschutz z.B.: Mit uns ist ne Frau rausgeflogen, die genau dasselbe wie wir gemacht hat. Das Problem war, daß sie nur ein knappes halbes Jahr im Betrieb war, da war dann nichts zu holen. Die zweite Grenze an die wir gestoßen sind waren die strukturellen Veränderungen im Betriebsablauf. Als wir wieder eingestellt waren, hat er einfach die Schichten umgestellt. Da gab's nur noch eine Tag- und eine Spätschicht, dazwischen war ein Loch, daß er mit Festangestellten gefüllt hat. Du bist also nicht mehr auf deine 8 Stunden gekommen.

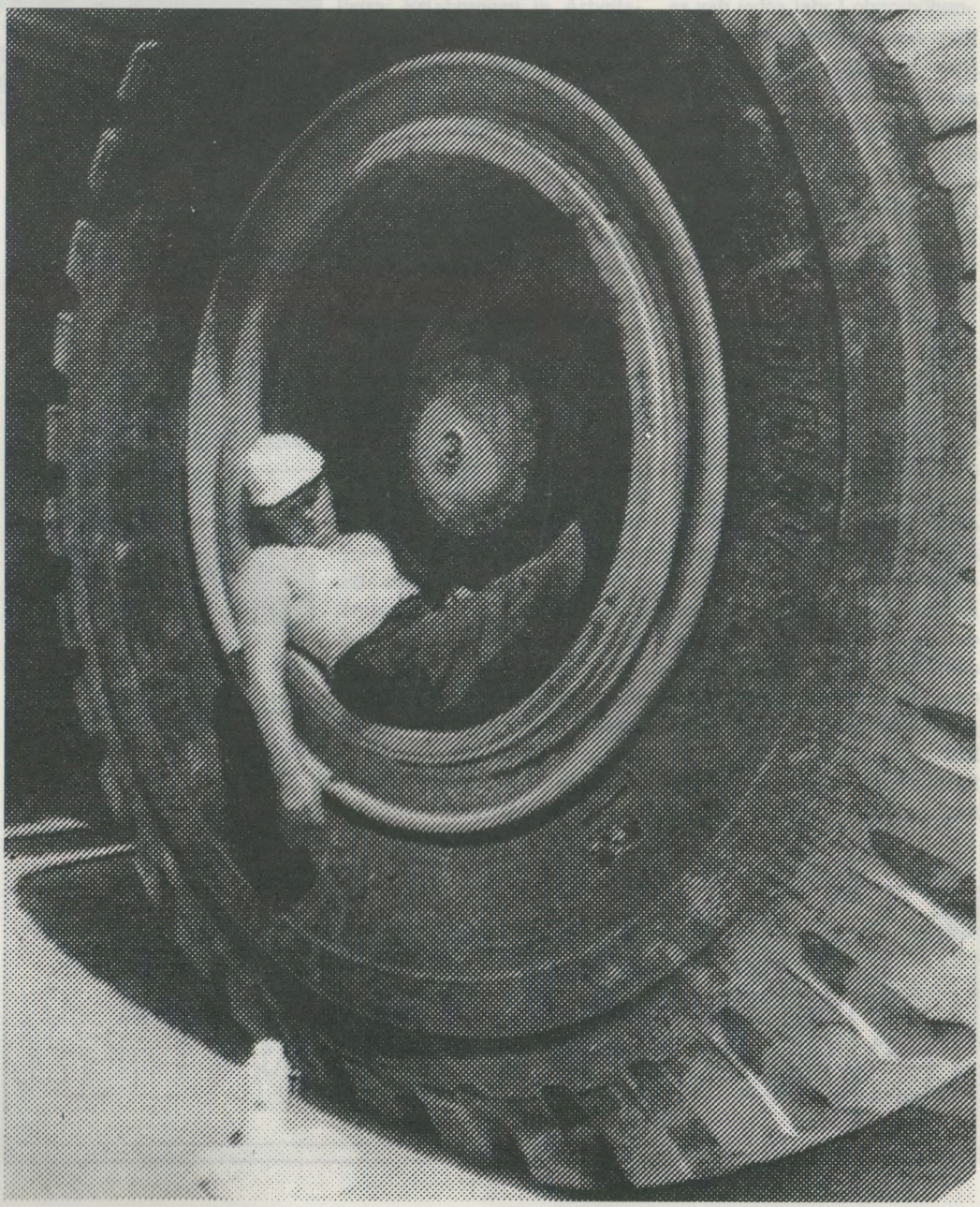
Ralf, du hast ja auch einmal ein Flugblatt verteilt. Hast du was mitgekriegt an Reaktionen?
Ralf: Das war ein Flugblatt, das sich gegen meine ehemaligen Kollegen aus dem Betriebsrat wendete. Ich fand's ne Verarschung der Leute, die der Betriebsrat da getrieben hat. Zurückzutreten, aber sich für die Neuwahlen wieder aufstellen zu lassen. Darum forderte ich eine Betriebsversammlung, damit sie da Rechenschaft ablegen. Ich glaube, daß es ein Minimum in der Betriebsratsarbeit ist, zu sagen, da ist der Chef und da sind wir.

Aber das war jetzt ja alles nachdem es keine Konflikte mehr mit Lohnfortzahlung und so gab...
Ralf: Das ist schon richtig, aber es gab genügend andere Konflikte wie z.B. Mutterschutz. Es war reine Glückssache, wer in den Mutterschutz durfte.

Fängt man nach so einem Konflikt immer wieder von vorne an?
Petra: Für den Obstgarten kann ich sagen, daß es da im Moment schlimmer aussieht wie vorher. Es sind zunehmend Leute, die schwarz arbeiten. Die müssen sich noch ganz andere Dinge gefallen lassen.

Ist es so, daß diese Konflikte den Laden eher bereinigen und es hinterher alles noch viel schlimmer aussieht oder ist das was Spezielles für die Gastronomie?
Ralf: Die Ergebnisse von Auseinandersetzungen können auch von der Größe des Betriebs abhängig sein, ob solche Schweinereien weiter passieren. Deshalb würde ich schon unterscheiden wollen, ob das ein recht kleiner Betrieb ist mit starkem personalen Bezug, sind die Leute weg, sind auch die Ideenträger weg, und die Gegenseite wird auch wieder mutiger alles zurückzuschrauben. In relativ großen Betrieben übernimmt sowas der Betriebsrat. Ich könnte mir auch andere Strukturen vorstellen von Gruppen, wo klar ist, wir gucken, daß die Scheiße nicht rückwärts geht. Aber, was klar ist, es müssen Strukturen da sein, wenn man nicht ganz verarscht werden will.
Petra: Für den Obstgarten kann man sagen, daß die Betriebsratsstrukturen eher negativ zu bewerten sind. Also, allein Betriebsrat bewirkt noch nichts. Ich denke, es hätte schon noch anders laufen können, wenn wir nochmal mit ganz viel Power alle Neuen angesprochen hätten. Dann hätte der Betriebsrat auch anders ausgesehen. Jetzt überlege ich, ob die internen Strukturen die einzigen Möglichkeiten sind, oder ob man grad in Betrieben mit vielen Jobbern, die oft wechseln, die aber vor Ort bleiben, ob man da nicht so auf Städteebene eine Struktur hinkriegen könnte. Gerade um auch Öffentlichkeitsgeschichten mit mehr Unterstützung hinzukriegen.

Was für Erfahrungen nehmt ihr mit in den nächsten Job?
Ralf: ... 'nen Haß im Bauch!
Petra: Ja, versuchen Fronten aufzubrechen. Viel konsequenter gegen Leute vorgehen, die sich auf die Gegenseite stellen. Zu lernen weniger zu arbeiten; langsamer oder Dienst nach Vorschrift. Wir haben monatelang versucht die Arbeit am Band zu packen und waren genervt, wenn wir's nicht schafften. Aber irgendwann haben wir uns dann selbst zur Ruhe gezwungen und dann war es uns auch egal, ob die Arbeit zu schaffen ist oder nicht...



TaxifahrerInnen Berlin: Lust auf mehr

"Die Erfolge haben uns nicht zufriedengestellt, sondern machen Lust auf mehr: Kontakte zu anderen Betrieben, zu FahrerInnen aus dem Osten, gegen die Streichung der Berlinzulage und natürlich mehr Lohn sind Punkte, an denen es für uns weitergehen wird." war das vollmundige Ende des Taxiartikels in der letzten Wildcat.Was daraus geworden ist, bzw. noch werden kann, wollen wir hier kurz darstellen.

Zunächst zum "Taxidienst am Südstern":

> 2. Auf Anregung einiger Fahrerinnen und Fahrer wird studentischen Fahrern ab sofort Lohnfortzahlung im Krankheitsfall über die pauschale Provision hinaus gewährt. Erforderlich ist dafür eine ärztliche Bescheinigung, die spätestens am 3. Tag nach Erkrankung im Betrieb vorliegen muß. Die Lohnfortzahlung wird max. 6 Wochen gewährt.
>
> INFO DER GESCHAFTSLEITUNG TAXIDIENST AM SUDSTERN

Diese Versammlung verlief widersprüchlich. Einerseits wollten wir noch einmal bis zum Letzten gehen, um die Lohnfortzahlung auch für AushilfsfahrerInnen ohne Studistatus durchzusetzen, wofür wir dann ziemlich schnell eine zumindest mündliche Zusage bekommen haben. Andererseits war deutlich, daß bei uns die Luft raus war. Wir hatten uns keine weiteren Ziele gesteckt und viele wollten im Betrieb erstmal wieder Ruhe einkehren lassen.

Dadurch sind auch die unter uns FahrerInnen entstandenen Strukturen zusammengebröckelt, so daß wir dem Gegenangriff auf unsere Arbeitsbedingungen nicht genug entgegensetzen konnten. Eine neue Schaltung des Taxilichts (zur Eindämmung von Schwarzfahrten) konnte der Chef zwar genausowenig durchsetzen wie die Anhebung des Kilometerschnittes, aber dafür hat er es bis jetzt geschafft, alle Sicherungskästen zu verplomben und das Fahrzeugangebot zu verknappen. Was für ihn höhere Produktivität bedeutet, heißt für uns, daß wir uns immer früher auf unsere Arbeitsschichten einstellen sollen, wodurch unser Leben immer stärker davon bestimmt wird. Andere Reaktionen vom Unternehmer waren eher selektiv.

In diesem Zusammenhang hatten wir schon einmal eine Betriebsratsdiskussion geführt, mit der Überlegung, dadurch eine Kontinuität herzustellen. Aber ein Betriebsrat war keine Lösung, da es uns nie in erster Linie um die Durchsetzung irgendwelcher Rechtsansprüche ging. Das entscheidende für uns waren immer die Prozesse von Selbstorganisierung, die in den Kämpfen stattgefunden haben. Es gibt zwischen den Profitinteressen des Unternehmers und unserer Abneigung gegenüber der Arbeit nichts zu vermitteln, und in den Auseinandersetzungen um Krankengeld oder mehr Lohn ist deutlich geworden, wie wir eine Kraft entwickeln können, die dieses Verhältnis grundsätzlich in Frage stellt und auflösen kann. Dabei nützt uns ein Betriebsrat genausowenig wie die Gewerkschaft, sondern müssen wir unsere Interessen schon selbst in die Hand nehmen.

Das haben wir immer mit "Strukturen" gemeint, um die es uns eigentlich geht. Und um die geht es auch, wenn wir jetzt versuchen, Kontakte zu anderen Betrieben zu kriegen. Zum ersten Treffen kamen 3o-4o FahrerInnen, wobei sich eine Gruppe gefunden hat, die jetzt eine berlinweite Versammlung vorbereitet.

Die Mobilisierung soll unter dem Motto "Angleichung der Arbeitsbedingungen auf höchstem Niveau" laufen. Wenn es bisher in einem Betrieb Urlaubsgeld, im anderen Weihnachts- oder Krankengeld und im nächsten dafür ein 13.tes Monatsgehalt gab, so fordern wir jetzt alles auf einmal für alle Betriebe. Weitere zentrale Punkte sind: 1o%ge Erhöhung der Umsatzprovision, Vergütung der Ausbildungszeit und eine zusätzliche Lohnerhöhung, die der Kürzung der Berlinzulage entspricht.

Entscheidend für die Durchsetzbarkeit des 3o Punkte umfassenden Forderungskataloges wird die berlinweite Fahrerinnenversammlung sein, die im Februar oder März stattfinden wird.

Ach ja, auch der TIK (ein großes Taxiunternehmen in der Schönleinstrasse) sieht sich neuerdings gezwungen, Kranken-, Urlaubs- und Weihnachtsgeld für Studis zu bezahlen. Allerdings versucht der Betrieb, diese Leistungen durch saftige Lohnkürzungen zu finanzieren, indem er die Arbeitsverträge ändern will. Unter den FahrerInnen regt sich jedenfalls erster Widerstand.

> Dies ist ebenso wie die Kündigung des Vertrages mit Shell ein erster Erfolg unserer Auseinandersetzungen mit dem Betrieb, entspricht aber nicht den Forderungen, die auf den FahrerInnenversammlungen aufgestellt worden sind, denn es ist immer betont worden, daß wir keine Privilegien für Studis erkämpfen wollen, sondern Lohnfortzahlung für alle, die vom Taxifahren leben müssen. Nach der jetzigen Regelung bleiben m i n d e s t e n s 8 FahrerInnen von der Lohnfortzahlung ausgeschlossen (bei ca. 100 regelmäßig Fahrenden). In der Hoffnung, daß diese es nicht wagen, ihren Mund aufzumachen, versucht der Betrieb uns auf Grund deren unsicheren Arbeitsverhältnissen zu spalten. SO NICHT, Herr Arndt!
> Darüberhinaus halten wir an der auf den FahrerInnenversammlungen beschlossenen Forderung fest, die Lohnfortzahlung n i c h t mit Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen zu erkaufen. Diese Verschlechterung besteht darin, daß der Betrieb die Lohnfortzahlung an einen Kilometerschnitt koppelt,der schrittweise auf DM 1,30 angehoben werden soll.
>
> Wir halten die Auseinandersetzungen derzeit noch nicht für beendet, sondern beanspruchen nach wie vor:
> - Lohnfortzahlung für alle
> - keine Anhebung des Kilometerschnitts
> - keine anderen Verschärfungen der Arbeitsbedingungen
> - sofortige Zurücknahme aller Kündigungsandrohungen
>
> Die FahrerInnenversammlung

Das folgende sind Auszüge aus einem Buch, das demnächst in Italien unter dem Titel "Autogestione" (Selbstverwaltung) erscheinen wird. Der Genosse, der das grad schreibt, setzt sich darin mit dem realen Verhalten der Klasse in diesem Jahrhundert auseinander und kritisiert von da aus immer wieder die Mythen, die linke Strömungen daraus gemacht haben. Vor allem eben ist das Buch eine Kritik der anarchistischen Mythen von "Selbstverwaltung" und die Suche danach, wo sich in den Kämpfen der Klasse Fähigkeiten, Wissen und Zusammenhänge entwickeln, die in die Richtung gehen, daß die Leute ihre Geschichte selber machen. In den Manuskripten zu dem Buch haben wir auch Passagen zur operaistischen Parole "Kampf gegen die Arbeit" gefunden, die sich streckenweise wie eine Kritik am Plakat, das in der letzten Wildcat lag, lesen. Deshalb haben wir sie übersetzt und zwei Kapitel zu einer Art "Leserbrief" zusammengestrichen. - Wir möchten damit die Diskussionen weiterführen, die unser Plakat ausgelöst hat. Bitte schreibt uns auch Eure Erfahrungen damit! (Übrigens: wir haben noch einen großen Stapel übrig, der noch verklebt werden kann - für diesen Zweck könnt Ihr größere Mengen für 15 Pfg pro Stück plus Portokosten bei der Berliner Adresse bestellten)

Zum "Kampf gegen die Arbeit"

Die großen Arbeiterkämpfe der 60er und 70er Jahre sprengen an vielen Punkten den Unternehmerdespotismus, und drücken andererseits die Gleichgültigkeit der Arbeiter gegenüber jeder Art von alternativer Leitung der Produktion aus.

Die Arbeitermacht entwickelt sich als Aneignung (von Lohn und freier Zeit innerhalb und außerhalb der Fabrik, besser leben und ein besseres Verhältnis untereinander ...) und überläßt dem Kapital die Aufgabe, eine von der Klassenautonomie über den Haufen geworfene Produktion zu reorganisieren. Die Gleichgültigkeit der Arbeiter gegenüber der Produktion ist sowohl Ausdruck einer Phase der Klassenautonomie als auch Merkmal und Grenze eines ganzen Kampfzyklus.

Neben den Kämpfen in den Fabriken haben die Arbeiter mit ihren Aktionen die ganze Gesellschaft verändert, den Sozialstaat neu definiert, erweitert und verändert. Die Klasse hat eine tiefe Veränderung in ihrem kollektiven Bezug auf Ausbildung, Sozialunterstützung und Wohnung durchgemacht, also im Bezug auf die ganze gesellschaftliche Reproduktion.

Die Unternehmer und der Staat wurden durch den Druck der Kämpfe zu Veränderungen gezwungen. Aber angesichts dieses Gegenangriffs trug gerade die proletarische Haltung, konkret Erkämpftes zu verteidigen und sich nicht in glorreiche revolutionäre Abenteuer zu stürzen, zur Pazifizierung bei.

Eine "objektive" Grenze der kapitalistischen Art, den gesellschaftlichen Konflikt so zu regulieren, ist die Möglichkeit und das Interesse des kollektiven Kapitals, die Kosten zu übernehmen. Daher die Blockade der Politik der reformistischen Dämpfung des gesellschaftlichen Konflikts in den 80ern, der Wiederaufbau von sozialen Unterschieden sowohl zwischen den Klassen als auch in der Klasse selbst ... {Aber zurück zu den Arbeiterkämpfen in den 70ern.}

Bezüglich der Frage, wie wir uns den Übergang von der auf Lohnarbeit basierenden Gesellschaft zu einer gesellschaftlichen Ordnung ohne Ausbeutung vorstellen, haben die autonomen Kämpfe der 60er/70er Jahre einen gesellschaftlichen Mythos hervorgebracht, der in seiner Stärke mit dem Mythos des Generalstreiks in den ersten Jahrzehnten dieses Jahrhunderts vergleichbar ist, nämlich den Mythos von der VERWEIGERUNG DER ARBEIT.

Daß diese Parole zu einem Mythos wurde, liegt daran, daß sie einerseits tatsächliches soziales Verhalten zum Ausdruck bringt, andererseits von dessen besonderen Merkmalen abstrahiert, und somit dieses Verhalten als Hebel zur Abschaffung des gegenwärtigen Zustands ausmacht.

Wenn man einen Mythos in seine Bestandteile zerlegt, zerstört man seine Legitimität und Benutzbarkeit. Die VERWEIGERUNG DER ARBEIT beispielsweise setzte sich Anfang der 70er in Italien aus dem traditionellen Arbeiterwiderstand gegen die Rhythmen und die Arbeitszeiten, den Schwierigkeiten bei der Integration von ländlichen Einwanderermassen in die Fabrik, dem Widerspruch zwischen dem Niveau der Ausbildung und den ausgeübten Arbeitsaufgaben, der Wahrnehmung eines möglichen, freieren Lebens und ähnlichen Widersprüchen zusammen. Diese Feststellungen sind richtig und bestätigen den materiellen Inhalt der Parole - aber sie brechen die politische Synthese auf, die in ihr steckt, und stellen damit ihre Brauchbarkeit für die direkte politische Initiative in Frage.

Für die Herausbildung von Arbeitermilitanten wäre es sicher nützlicher gewesen, das Thema der VERWEIGERUNG DER ARBEIT anders zu stellen, aber die am unmittelbarsten anzuwendende Parole fand eben am einfachsten Verbreitung.

Genaugenommen ist der Mythos von der VERWEIGERUNG DER ARBEIT eher ein Problem politischer Gruppen als der ganzen Klasse. Andererseits sind gesellschaftliche Mythen keine zufälligen Produkte intellektueller Gruppen, sondern spiegeln präzise gesellschaftliche Gegebenheiten wieder. Die VERWEIGERUNG DER ARBEIT beispielsweise spielt auf die Erfahrung der Arbeiter an, daß der gesellschaftliche Reichtum tatsächlich nicht an die konkrete Arbeit des einzelnen Arbeiters oder des einzelnen Arbeiterkollektivs in der Fabrik gebunden ist. Und schon die banale Feststellung, daß der größte Teil der Lohnabhängigen keine direkt produktive Arbeit verrichtet, daß ein beträchtlicher Teil des proletarischen Einkommens sich nicht gegen direkte Arbeit austauscht (soziale Dienste, Fürsorge, Vorsorge usw.) hat beeindruckende Zerrüttungen der gesellschaftlichen Moral zur Folge.

Das gesellschaftliche Subjekt, an das sich der Mythos richtet, ist der unqualifizierte Arbeiter der großen tayloristischen und fordistischen Fabriken, der Massenarbeiter. Diese gesellschaftliche Figur wird als Zentrum des proletarischen Universums betrachtet, als Subjekt par eccelence, als Teil der Klasse, dessen Kampf sowohl die zentralen Punkte der kapitalistischen Akkumulation angreifen kann und sich schnell ausweiten kann - sei es durch die Gleichartigkeit der Bedingungen, sei es durch politische Ansteckung von anderen gesellschaftlichen Bereichen (wie Öffentlicher Dienst, Techniker, Angestellte, Arbeitslose, Prekäre, Frauen, Marginalisierte usw.).

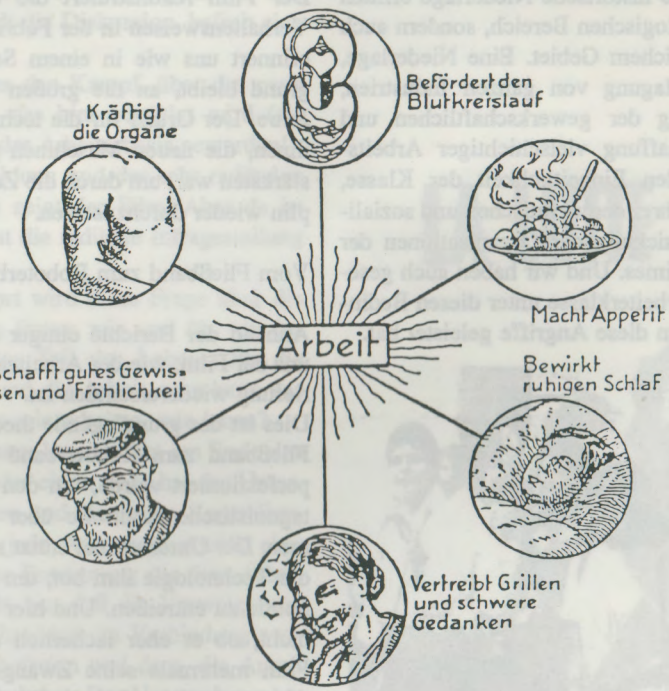
Es gibt also eine Umkehrung der Perspektive: als Subjekt, das Kämpfe und Identität hervorbringt, wird nicht mehr die gewerkschaftliche und politisierte Arbeiterklasse gesehen, sondern gerade diejenigen, die in der traditionellen Kultur der Linken als Barbaren betrachtet werden, die es zu den Regeln des Klassenkampfs und der demokratischen Integration zu erziehen gilt.

Folglich wird auch das Verhältnis Fabrik/-Gesellschaft neu definiert ausgehend von der Fähigkeit und dem Bedürfnis der Arbeiter, jenseits institutioneller Vermittlungen viele Bedürfnisse (Wohnung, Verkehr, Ausbildung, Sozialstaat) direkt anzugehen und dadurch in der Lage zu sein, andere proletarische Schichten einzubeziehen.

Die Studenten etwa wurden als Arbeitskraft in der Ausbildung betrachtet, denen man den Kampf gegen das Studium und für gesellschaftlichen Lohn vorschlug.
Das theoretische Modell, der gesellschaftliche Mythos der VERWEIGERUNG DER ARBEIT begleitet also die Herausbildung einer ganzen Generation von Militanten, vor allem in Italien, aber nicht nur dort und geht weit über den Bereich derjenigen hinaus, die daraus ein explizites und ausformuliertes allgemeines Modell gemacht haben.
Hier flossen vor allem am Schluß die unterschiedlichsten Entwicklungen zusammen: von der Apologie des Absentismus bis zu derjenigen der Kleinkriminalität, vom Vorschlag des Lohns für Hausarbeit bis zu dem des garantierten Mindesteinkommens.
Natürlich sind die theoretisch/politischen Forcierungen in der zweiten Hälfte der 70er Jahre nicht das Gedankenprodukt einiger Individuen, sondern stehen in Verbindung zu bedeutenden Veränderungen sowohl in der Produktionsstruktur wie im Konflikt zwischen den Klassen. Aber die Kämpfe, die sich heute entwickeln, werfen neue theoretische und politische Fragen auf und erlauben ganz einfach keinen neuen gesellschaftlichen Mythos ähnlich dem der VERWEIGERUNG DER ARBEIT und dem des Massenarbeiters.
Wir müssen uns klarmachen, daß eine einzelne gesellschaftliche Verhaltensweise, wie potent auch immer sie sein mag, nicht den Problemen gerecht werden kann, die in ihr selber zum Ausdruck kommen. Folglich kann sie wiederaufgesogen werden und sich zersetzen, wenn die Bedingungen, die sie hervorgebracht haben, geschichtlich überholt sind.
Deshalb nützen uns Versuche wenig, sie künstlich auf den Beinen zu halten... damit könnten höchstens neue Apparate begründet werden, Avantgarden einer Armee, die nicht existiert.

FRANKREICH: STREIKS IN DER PLASTIKINDUSTRIE

Die Haute-Loire liegt zwischen Lyon, Clermont-Ferrand und St.Etienne. 7000 Leute, das wären 40% der ArbeiterInnen aus der Region, arbeiten in der Plastik-und Textilindustrie. In den letzten 20 Jahren wurde die Plastikindustrie mit 2600 Beschäftigten umfassend restrukturiert. Milliardeninvestitionen führten dazu, daß die Region inzwischen voll ist mit kleinen, aber ultramodernen Chemiebetrieben. Damit ist ist die Haute-Loire einer der bedeutensten Produktionsstandorte der Kunstoffindustrie in Europa.



Es gibt keine Gewerkschaftstradition in diesen Betrieben. In fast allen High-Tech-Klitschen sind die Gewerkschaften nur mit einer Handvoll Organsisierter vertreten.
Ein Teil der Chemiearbeiter war früher in den "traditionellen Industrien" beschäftigt,und mit deren Untergang arbeitslos geworden. Ihre Kampferfahrungen setzt sich in den neuen Jobs nicht als gewerkschaftliche Organisierung um. Neben ihnen trifft man viele "hochqualifizierte" Arbeiter, Leute die Abi haben, aber nicht aus der Region wegwollten und deshalb lieber als normale Malocher arbeiten gehen. Sie verdienen nur ein paar hundert Francs mehr als den gesetzlichen Mindestlohn. In der Textilindustrie, in die sich die Streikbewegung auszuweiten begann, arbeiten überwiegend Frauen.
Am 25. Oktober '90 machte die Gewerkschaft eine Protestkundgebung gegen die Entlassung eines Gewerkschafters vor dem Fabriktor von Januel, einer Kunststoffabrik mit 220 Beschäftigten. Sie schlagen ein zehnminütige Arbeitsniederlegung vor. Nach anfänglichem Zögern - die meisten hatten noch nie in ihrem Leben gestreikt - entwikkelt sich ein 12-tägiger Streik dem sich sogar das Verwaltungspersonal anschließt. Die Gewerkschaft fordert ein dreizehntes Monatsgehalt, Prämien für längere Betriebszugehörigkeit und einen Inflationsausgleich. Die Fabrik wird besetzt und die Produktion lahmgelegt. Zwei Flugblätter werden gemacht: eines informiert die ArbeiterInnen der anderen fünf Fabriken der Firma und eines richtet sich an alle Plastikarbeiter der Gegend. Am 27. Oktober findet erstmals eine Vollversammlung der Plastikarbeiter in der Haute-Loire statt - anschließend eine Demo. Die Arbeiter eines zweiten Betriebes schließen sich dem Streik an. Dort werden neben dem Inflationsausgleich eine 35%ige Nachtschichtzulage und 500 f Lohnerhöhung gefordert. Durch die Versammlung, die Demonstration und Flugblätter in Kneipen, Supermärkten usw. weitet sich der Streik in fast alle Plastikfabriken der Region aus. Im November sind schließlich die ArbeiterInnen von 17 kleinen Fabriken mit insgesamt ca. 2000 ArbeiterInnen im Streik. Schließlich wurden die meisten Forderungen erfüllt. Die Streiks in der Haute-Loire fanden allesamt in Privatbetrieben statt. Das ist deshalb von Bedeutung, da in den letzten Jahren fast ausschließlich ArbeiterInnen des öffentlichen Dienstes und der Staatsbetriebe kämpften.

nach: Rouge

Das Come-Back der Arbeiterklasse

(aus "Voyages au pays de la Peuge", Broschüre zum Film über den Peugeot-Streik im Herbst 89)

Heute ist es aus der Mode gekommen, sich für die Fabriken, für die Arbeiter, für die Streiks zu interessieren. Wie oft haben wir — manchmal mit ironischem, manchmal mit ungeduldigem Unterton — gehört, daß die Fabrikarbeit sich nicht von anderen Beschäftigungen unterscheide, daß sie nicht besonders interessant sei, und daß es jedenfalls keinen Sinn habe, sie ins Zentrum der politischen Aufmerksamkeit zu stellen. Was kann man darauf antworten?
Zunächst ist nicht zu bestreiten, daß die Arbeiterklasse heute anders ist als vor 10 oder 15 Jahren, vor der massiven Automatisierung der Anlagen und vor der Flexibilisierung der Beschäftigung, also bevor der Unternehmer durch einen gigantischen technologischen Sprung das Kommando über die Produktion zurückerobert hat.
Darüberhinaus stimmt es, daß gegen Mitte der 70er Jahre die Arbeiterklasse in Westeuropa eine historische Niederlage erlitten hat und zwar nicht nur im technologischen Bereich, sondern auch auf politischem und gesellschaftlichem Gebiet. Eine Niederlage, die konkret so aussieht: Zerschlagung von ganzen Industrien, Massenentlassungen, Abschaffung der gewerkschaftlichen und politischen Begünstigungen, Schaffung vielschichtiger Arbeitsmärkte, Zerstörung der kulturellen Einheitlichkeit der Klasse, Diskreditierung und Beleidigung ihrer demokratischen und sozialistischen Kampftraditionen, Verquickung der Organisationen der Arbeiterklasse mit totalitären Regimes. Und wir haben auch gesehen, wie wichtige Bereiche der Arbeiterklasse unter diesen Bedingungen heroisch Widerstand gegen diese Angriffe geleistet hat.

Wer könnte die Widerstandskämpfe der Stahlarbeiter von Lothringen vergessen, die der britischen Bergarbeiter, der Bandarbeiter von FIAT in Turin? Aber der Widerstand war unmöglich und wurde niedergeschlagen, mit ein paar guten Worten und viel Gewalt. Die Arbeiterklasse wurde gespalten und — vor allem — isoliert von anderen Schichten der gesellschaftlichen Arbeitskraft, die sich zuvor auf sie bezogen hatten, um ihre eigenen Interessen zu verteidigen und um die Gesellschaft zu verändern.
Die Arbeiterklasse ist also aus der Mode — und nicht mal mehr Journalisten und Politiker wollen in Organisationen der Arbeiterklasse Karriere machen.
Aber — jenseits aller Ideologie und aller soziologischen Betrachtung — gibt es noch immer einen sehr wichtigen Bereich der gesellschaftlichen Arbeitskraft, die in den Fabriken konzentriert ist. Diese Frauen und Männer arbeiten noch immer wie Tiere und schaffen einen wichtigen Teil des gesellschaftlichen Reichtums. Diese Frauen und Männer verdienen noch immer Scheißlöhne. Sie sind unglaublich rechtlos. Und diese Leute kämpfen und rebellieren, fahren fort zu kämpfen und zu rebellieren. Wenn auch isoliert, ignoriert oder beschimpft, die Arbeiterklasse ist trotzdem da, inmitten der gesellschaftlichen Prozesse, aus denen Reichtum und Macht entstehen. Und gegen diese Ausbeutung zeigt sie immerfort ihre antagonistische Lebendigkeit.
Jeden Tag.

In diese heutzutage unbekannte Welt führt uns der Film der Freunde von "IM'Media" und der "Association XXIème Siècle". Er zeigt uns die Fabrik wie sie heute ist, die unwirkliche Welt der Roboter und der wimmelnden Aktivität der Arbeiterarbeit.
Er führt uns ein in diesen gewaltigen produktiven Apparat, der einerseits Ergebnis der Automatisierung, Informatisierung und Disziplinierung der Arbeitsorganisation in den letzten 15 Jahren ist — und andererseits das Terrain, auf dem sich neue Verhaltensweisen und neuer Widerstand gegen die Arbeit äußert in einem Crescendo vom alltäglichen Antagonismus bis zum Massenkampf, zum Streik der neuen Fabrik gegen den alten Unternehmer.
Der Film rekonstruiert die Geschichte dieser antagonistischen Verhaltensweisen in der Fabrik vor der Umstrukturierung, und er erinnert uns wie in einem Schattenlicht, das immer im Hintergrund bleibt, an die großen Massenkämpfe der 60er und 70er Jahre. Der Grund für die technologischen Veränderungen liegt in ihnen, die neuen Maschinen gingen dorthin, wo der Kampf am stärksten war, um durch die Zersetzung der Arbeitskraft die Disziplin wieder durchzusetzen.

Vom Fließband zum Roboterband

Anhand der Berichte einiger außergewöhnlicher Menschen zeigt uns der Film, wie der Arbeiterantagonismus gegen die Umstrukturierung wiedererstanden ist.
Dies ist der grundlegende theoretische Punkt: den Übergang vom Fließband zum Roboterband zu erklären. Wie der Taylorismus perfektioniert wurde, um den Arbeitern ihr Wissen und ihre antagonistische Kontrolle über den Produktionszyklus wegzunehmen. Der Unternehmer stützt seine Macht auf die Möglichkeit, die die Technologie ihm bot, um den Arbeitern alle politische Autonomie zu entreißen. Und hier ist endlich das Schwein! Man weiß nicht, ob er eher lächerlich oder abstoßend wirkt, wenn er im Film mehrmals seine Zwangs- und Erpressungssysteme erklärt. Aber außerdem sind da die Arbeiter! Sie erklären, wie man auf allen Ebenen der neuen Hierarchien, mit denen der Unternehmer sie spalten wollte, gegen die Produktion kämpfen kann, gegen die Einsamkeit der Arbeit und für die Wiederherstellung der Einheit im Kampf. Bestimmte Rezepte sind bekannt, seit es die Fabrikarbeit gibt: Verhaltensweisen wie Sabotage, Passivität, Zuspätkommen, Verweigerung der Arbeit auf unterster Ebene, Absentismus, Undiszipliniertheit bei der Ausführung.
Aber die Analyse geht weiter: die Verweigerung der Arbeit ist allgemein. Sie gilt für den Arbeiter, der die ganze Fabrik als Widerspruch erlebt zwischen dem Zwang zu arbeiten um zu leben und dem Wunsch, seine Arbeit anders zu gestalten, nicht mehr ein Tier zu sein. Sie gilt für den Leiharbeiter, der bei der Arbeit etwas lernen und sich gesellschaftlich verwurzeln möchte in einem Leben, das zum Nomadismus gezwungen ist — und ganz im Gegenteil nur als Überausgebeuteter benutzt wird, der elementarsten Rechte beraubt, in schmierige "Hotels" geworfen, der erpreßt wird, um ihm jede Möglichkeit von Solidarität zu nehmen. Und schließlich äußern auch Facharbeiter ihre Verweigerung der Arbeit und ihren Wunsch, aus der Fabrik abzuhauen, diejenigen also, die der Unternehmer als seine Perlen in der neuen Disziplin der Ausbeutung betrachtet. Diese "umstrukturierten" Arbeiter haben viel gelernt in der neuen Arbeitsorganisation, sie alleine kennen noch

den Produktionszyklus, und sie müssen ständig Entscheidungen treffen: warum, fragen sie sich also, werden dieses ständige Anhäufen von Wissen, diese Mehrfachfunktionen, diese Verantwortlichkeit nicht bezahlt? Wir arbeiten immer mehr und wir sind immer weniger, sagen sie uns. Und sie fragen sich nun, weit ab von jeder Ideologie, einfach indem sie nachdenken über ihre Fähigkeit, zu arbeiten, zu entwerfen, zu leiten: Wozu ist der Unternehmer in der Fabrik? Wofür ist er gut? Arbeiter oder Unternehmer, einer von beiden ist zuviel; und da der Unternehmer nicht abhauen will, sagt uns der Facharbeiter, gehe ich eben, nach Deutschland, in die Schweiz, dorthin, wo ich wenigstens ein bißchen freier und ein bißchen besser bezahlt bin.

Das Leben und die Arbeit überlagern sich

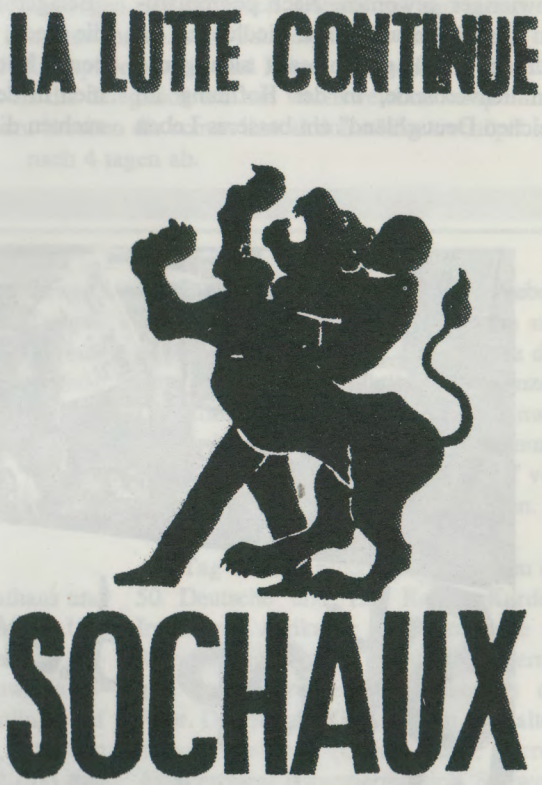
In diesem allgemeinen Rahmen entsteht der Massenkampf. Ein banaler Lohnstreik? Um höhere Löhne zu bekommen als dieses Elend, was man jeden Monat einsteckt? Sicherlich ja. Aber in dieser ausgesprochenen Frage stecken tausend unausgesprochene: nach Würde, nach Freiheit, nach Erkenntnis. Und diese Fragen nehmen im selben Maße zu wie der Massenkampf.
Im Kampf, in den neuen Formen von Gesellschaftlichkeit und Solidarität, die er schafft, vertieft sich die Diskussion, befreit sich das Wissen, äußern sich Begierden.
Natürlich gäbe es viel zu sagen über den Kampf, über das neue Verhältnis zu den Gewerkschaften, das hier bestätigt wird (sie sind endlich "Transmissionsriemen" der Arbeiterbasis geworden!), über die neuen Formen der Entscheidung und der sehr radikalen Demokratie, die sie tragen: all dies zeigt der Film. Aber da ist noch mehr: was am meisten zählt, ist die radikale Infragestellung der Arbeit.
Warum und wie arbeiten? Und sofort wird diese Frage über die Arbeit wieder zur gesellschaftlichen Frage: wie und für was leben? Die Arbeit ist ein wesentlicher Teil des Lebens, für die Arbeiter überlagern sich das Leben und die Arbeit, man kann das eine nicht vom anderen trennen; also wie arbeiten, wie leben?
Wer die Geschichte der Arbeiterklassen kennt, steht am Ende des Films vor einem Paradox. Denn auf der einen Seite hat der Unternehmer in den 70er Jahren gewonnen und ein neues Kontrollsystem aufgebaut, das den Arbeitern jede Autonome entriß; aber andererseits stimmt es auch, daß diese Enteignung aus dem Arbeiter einen freieren Menschen gemacht hat, daß die Verweigerung der Arbeit als Zwang zugenommen hat, daß die Verbindung zwischen dem Wunsch, das Leben zu befreien und dem, die Arbeit zu befreien, sich vertieft und entwickelt hat. Der Unternehmer hat die Schlacht der 70er Jahre gewonnen, aber heute haben die Arbeiter eine neue Front eröffnet, die, bevor sie sich in Kämpfen äußert, aus Wünschen, Bedürfnissen, aus neuen Hoffnungen auf Befreiung besteht.
All dies steckt im Film von "IM'Media" und des "XXIème siècle"; aber es gäbe noch so viele andere Filme zu drehen. Man müßte auf all die Arbeiterprofile zurückkommen, die wir hier sehen: auf den angelernten Arbeiter, den Leiharbeiter, den Mehrzweckfacharbeiter, und sie in ihren Bewegungen und in der Arbeitergesellschaft betrachten, in der sie leben, in der sie sich bilden und ihre Hoffnung auf Erneuerung entwickeln. Man müßte all dies betrachten getrennt nach Hautfarbe, Alter und Geschlecht. Ich bin sicher, diese Untersuchung würde in dieser wunderbaren historischen Phase, die wir erleben in der Fabrik und in der Gesellschaft, in unseren Nationen und auf der Oberfläche der Erde, all denen helfen, die denken, daß gerade — materiell und notwendigerweise — neue Möglichkeiten der Revolution und des Kommunismus entstehen. Und daß die Arbeiterklasse bald wieder in Mode kommt.

Toni Negri

Paris, Oktober 1990

Zwei Anmerkungen:
Transmissions-Riemen ist an der Stelle etwas unklar: Sehen es die Arbeiter endlich so? Da ist ja was dran: die Gewerkschaften werden nicht mehr "bekämpft" wie von den Linksradikalen in den 70ern, man versucht auch nicht mehr, sie zu verändern, wie die traditionelle Gewerkschaftslinke, man läßt sie links liegen - und "sie sollen ihre Arbeit tun und für uns verhandeln" — aber "Transmissionsriemen der Arbeiterbasis"??
Zweitens spricht der Autor am Ende von der "Befreiung der Arbeit". Wir alle haben in den letzten Jahren immer wieder viel Wert darauf gelegt, daß wir die Arbeit nicht befreien können und wollen — daß wir uns stattdessen von der Arbeit befreien wollen. Ist das eine flapsige Formulierung, oder drückt sich hier gegen Ende ein politischer Schwenk in Richtung "Alternativproduktion" und/oder "selbstverwaltete Betriebe" an? ...

Der Video kann ausgeliehen werden über:
Medienwerkstatt
Konradstr.20
7800 Freiburg



Widerstand gegen die "Saubere Lösung"

Im letzten Jahr flüchteten viele Roma und Sinti in die BRD. Anfang Januar 90 kommt es zum Bettelmarsch in NRW, mit dem 5000 Roma und Sinti ihr Bleiberecht einfordern. Das wird zugesagt, aber bereits im September auf nur tausend Menschen beschränkt, im Dezember 90 ganz gestrichen. Stattdessen sollen sie im Zuge der "Reintegration" nach Skopje verschubt werden. In diesem berüchtigten Ghetto leben zehntausende Roma in einem Gewirr von Hütten aus Wellblech, Pappkartons und Brettern. Es gibt kein Wasser und Strom; kaum jemand der dort lebt und gesund wäre, mit Milizüberfällen ist ständig zu rechnen. "Freiwillig" geht kein Roma oder Sinti nach Skopje!

Seit einem halben Jahr versuchen wir in Hagen zusammen mit Flüchtlingen praktische Gegenwehr gegen Rassismus, Pressehetze, Behördenwillkür und Rechtsbrüche der Staatsorgane zu organisieren.

Die Flüchtlinge sind vor allem Roma, die im Sommer 1990 aus Rumänien in die BRD geflohen waren. Dort war ihr Überleben nach dem Sturz Ceaucescus noch schwieriger geworden. Nach pogromartigen Überfällen auf Roma-Siedlungen im Frühjahr 1990, entschlossen sich ganze Familienverbände, in der Hoffnung im "reichen Deutschland" ein besseres Leben zu finden, zur Flucht. Aber hier wurden sie sofort mit der ganzen Brutalität des deutschen Sozialstaats und Asylrechts konfrontiert.

Wir hörten zuerst von den ca. 200 Roma durch Pressehetze gegen sie. Die Roma waren in Gruppen mit LKWs und Zügen nach Hagen gekommen und hatten politisches Asyl beantragt. Jetzt war von einer "Belagerung der Stadt durch die Roma" die Rede, Seuchen sollten sie mitschleppen, 2 Mio. weitere Roma säßen in Rumänien in den Startlöchern... Zunächst versuchten die Sozialdemokraten gemeinsam mit der Verwaltungsspitze eine kalte Massenabschiebung: ca. 50 der Roma wurden einfach wieder zurückgeschickt, das Unternehmen scheiterte an der ungarisch-österreichischen Grenze, da die Roma glücklicherweise keine Pässe hatten.

Zurück in Hagen wurden alle in einem Zelt-Lager mitten in einem Industriegebiet außerhalb der Stadt eingepfercht und isoliert. Sie bekamen zu essen, wurden medizinisch kontrolliert und von einem privaten Dienst bewacht. Das Lager durften sie allerdings noch verlassen. In der ersten

Woche wurden die Erwachsenen einer Anhörung durch extra angereiste Beamte des Zirndorfer Asyl-Bundesamtes unterzogen.

Anfangs traten die Romas offensiv auf. Sie forderten Wohnungen, Arbeit oder 1500 DM Sozialhilfe pro Monat und Familie. Für den Rotkreuz-Eintopf bedankten sie sich nicht untertänigst. In der Stadt traten sie in größeren Gruppen beim Betteln auf. Zu der Zeit haben wir, eine handvoll Menschen, mit den Roma Kontakt aufgenommen. Außer den staatlichen Institutionen kümmerte sich niemand um die Flüchtlinge. Der Anfang war pragmatisch, die Forderungen der Roma waren eindeutig: sie wollten in der BRD bleiben, forderten nach wie vor eine Verbesserung der Wohnsituation und Barauszahlung der Sozialhilfe (statt Essen und 70.- Taschengeld pro Erwachsenen im Monat). Später verlangten sie eine Arbeitserlaubnis. Wir veröffentlichten die Forderungen in der örtlichen Presse und sammelten Unterschriften für eine Zeitungsanzeige. Dabei mußten wir feststellen, daß auch Linke Probleme hatten, diese Forderungen zu unterstützen: "ein Bleiberecht für die 200 könnte weitere zum Nachkommen anregen" (wie wahr!), außerdem seien diese Leute hier nicht integrierbar (das Betteln stört!), und stattdessen müßten die Schlepperorganisationen bestraft werden. Und es gab Bedenken, sich öffentlich hinter diese Forderungen zu stellen. Zu Recht: Mehrere UnterzeichnerInnen wurden wochenlang telefonisch oder brieflich bedroht.

Als nächstes organisierten wir zusammen mit den Roma eine Informationsveranstaltung über ihre Situation in Rumänien und ihre Vorstellungen für ein Leben hier.

Gleichzeitig wurden die Asylanträge in Schnellverfahren als "offensichtlich unbegründet" abgelehnt; die Roma sollten innerhalb von zwei Wochen abgeschoben werden. Wir haben den Roma von Anfang an gesagt, daß sie kaum als politische Flüchtlinge anerkannt werden. Das Asylrecht dient keinesfalls dazu Flüchtlingen hier eine Überlebenschance zu geben.

Die Behandlung seitens der Behörden sollte das Leben der Flüchtlinge möglichst so brutal gestalten, daß sie das Land "freiwillig" verlassen. Das entspricht dem Konzept der Landesregierung und der meisten Kommunen. Wir haben über diese Strategie mit den Flüchtlingen diskutiert: daß sie deshalb in Zelten leben müssen, keine Sozialhilfe ausgezahlt bekommen etc.

besetzung des autobahnzolls im südbadischen weil

am 9. november blockieren rund 800 roma den autobahngrenzübergang weil/-basel für 30 stunden und bleiben weitere 3 tage auf dem lkw-parkplatz vor der grenze.
sie sind, hauptsächlich aus nrw, angereist, um in genf mit vertretern des un - flüchtlingskommissariats zu verhandeln. die einreise in die schweiz wird ihnen verwehrt.
an der grenze abgewiesen und üblen durchsuchungen ausgesetzt, beginnen die romas mit einer blockade der autobahn. die bullen halten sich zurück, weil sie an einen freiwilligen abzug wegen des naßkalten wetters glauben. aber die romas harren aus, machen feuer auf der autobahn und versuchen sich in mitgebrachten decken warmzuhalten. das rote kreuz fühlt sich für demonstranten nicht zuständig, verteilt erst spät nachts decken für die kinder und stellt 2 kleinere beheizte zelte am hang auf, in dem auch gerne die bullen verweilen. ansonsten hält sich das drk an die bullenstrategie. unterstützung in form von kohle, essen, kleidung, decken, windeln für die kleinkinder, einige wenige zelte erhalten die romas von solidarischen menschen und linken gruppen aus der region. die romas freuen sich natürlich, wollen aber außer öffentlichkeitsarbeit keine weitere einmischung in ihre sache.
die romas brechen die autobahnblockade ab, nachdem ihnen gespräche mit dem flüchtlingskommissariat zugesichert werden. eine fährt delegation nach genf. sie besetzen dann den lkw-parkplatz des Zolls. überrascht von der hartnäckigkeit der romas, ändern die bullen ihre strategie, sie fahren massiv auf, riegeln den parkplatz ab, überwachen ihn mit videokameras, drohen mit polizeilicher räumung, beginnen mit ed-behandlungen und einzelnen Festnahmen und bieten in ihren kampfanzügen das bekannte martialische bild. die romas sind wenig beeindruckt, halten sich mit fußballspielen warm und haben genügend mit dem eiskalten wetter zu kämpfen. als die delegation nur mit wachsweichen versprechungen aus genf zurückkommt brechen die romas ihre aktion völlig erschöpft nach 4 tagen ab.

Die Situation im Lager eskalierte derweil: nach zwei Monaten mit starken Temperaturschwankungen in den Zelten (am Tage bis zu 50 Grad, nachts 5-10 Grad), dem ungewohnten Essen etc., waren fast alle Kinder krank. Ärzte des Hagener Gesundheitsamtes selektierten: welche Kinder "dürfen" ins Krankenhaus, welche sind noch nicht krank genug ...

Deswegen besuchten wir das Rathaus und Sozialamt, um Druck für neue, feste Unterkünfte zu machen. Aber erst als der Regen das Lager zu einer Schlammwüste gemacht hatte, wurden die Flüchtlinge auf feste Unterkünfte verteilt. Die Situation dort war allerdings genauso schlecht (bis zu 8 Leute in 12qm-Zimmern). Weil, entgegen den Behauptungen der Stadt, genügend Wohnraum vorhanden war, besetzten wir kurzzeitig eine seit Jahren leerstehende Schule. Aus Sicherheitsgründen beteiligten sich keine Flüchtlinge.

Die Stadtverwaltung nahm die Roma zum Anlaß, die Situation aller Flüchtlinge zu verschlechtern. Die Empfehlung des Sozialministers Heinemann, nur noch Sachleistungen an Flüchtlinge zu vergeben, wurde in Hagen auf andere Gruppen ausgeweitet. Sie wollen auf diese Weise den Zuzug weiterer Flüchtlinge begrenzen. Daraufhin traten Kurden in einen einwöchigen Hungerstreik. Er brach zusammen als die Streikenden zwangsweise auf verschiedene Unterkünfte verteilt wurden.

Am Tag der deutschen Einheit störten ca. 50 Deutsche und 150 Roma, Kurden, Iraner und Afrikaner die Feierstunde im Rathaus, verbreiteten lautstark Forderungen und erzwangen den Abbruch der Feier. Die meisten Gruppen aus dem alternativen Spektrum (Grüne, Jusos, liberale Asylgruppen) distanzierten sich. Sie wollten auf Verhandlungen und Appelle setzen. Nach dem 3.10. meldete die Zeitung, daß Beschäftigte des Sozialamtes sich von den SozialhilfeempfängerInnen zunehmend bedroht fühlen. Sie verlangten zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen wie Trennscheiben, die ihnen auch sofort zugestanden wurden.

Nach der Aktion im Rathaus mobilisierten wir mit mehrsprachigen Flugblättern für eine internationale Demonstration am 9.

November. Es beteiligten sich ca 150 Flüchtlinge und nur 450 Deutsche.

Mitte Dezember entschied das Verwaltungsgericht, daß die Roma bis zum Abschluß der Asylverfahren in Hagen bleiben können. Seitdem verstärkt die Stadt den Druck auf die Roma, damit sie "freiwillig" zurückkehren. Erwachsenen wird dafür 200 DM Kopfgeld geboten, für Kinder 100 DM. Einige Familien hielten die Isolation und beschissene materielle Lage nicht mehr aus und kehrten zurück.

Die Landesregierung hat im Dezember, entgegen ihrer Zusage, allen Roma das Bleiberecht verwehrt. Die Roma aus Osteuropa haben hier keine Chance, auch nicht als billige Arbeitskräfte. Davon gibt es gerade genug, und viele der Roma haben sich erfolgreich der kapitalistischer Produktion entziehen können, sie gelten darum als unbrauchbar.

Zur Zeit versuchen wir weiterhin, gemeinsame Aktionen zur "Barauszahlung der Sozialhilfe an alle Flüchtlinge" zu entwikkeln. So banal diese Forderung klingt, sie ist inzwischen sozialer und politischer Sprengstoff.

Hagen, 14.1.1991

besetzung der stiftskirche in tübingen

aus protest gegen die neueste politische entwicklung und der ablehnung ihrer asylanträge und zum schutz vor abschiebungen besetzen ca. 200 romas an weihnachten die stiftskirche in tübingen. sie fordern von der ba.-wü. regierung ein garantiertes bleiberecht. die ev. kirche duldet die anwesenheit der romas, unterstützt die meisten forderungen, versucht jedoch gleichzeitig durch eine räumungsfrist, die romas zum gehen zu bewegen. erst nachdem sie dem stuttgarter innenministerium eine einzelfallprüfung nicht nur der in der kirche anwesenden romas abringen, und der oberkirchenrat weitere unterstützung anbietet, verlassen die romas am 16. januar die kirche. außerdem wird zugesagt, daß während der zeit der einzelfallprüfung keine abschiebungen der antragssteller erfolgen wird.

Infos zur Sozialpolitik der Bundesregierung

Im Windschatten der Golfkrise hat sich die neue Regierung gebildet. Im Vergleich zu dem Morden im Mittleren Osten scheinen diese Ereignisse nur grauer politischer Alltag zu sein. Tatsächlich geschieht dabei zur Zeit nichts überraschendes, - trotzdem gibt es einige Änderungen, die erwähnenswert sind.

Punkt: "Asylrecht"

Es geht in erster Linie um eine Beschleunigung des Asylverfahrens. Außerdem heißt es:

"Das Arbeitsaufnahmeverbot für Asylbewerber wird abgeschafft....
Saisonarbeitserlaubnisse für Ausländer sollen großzügiger erteilt werden."

Die Hoffnungen, mit dem Umbruch im Osten genügend Arbeitskräfte für die Scheißarbeit zu bekommen, die hier niemand mehr machen will - Gastronomie, Landwirtschaft, Bau etc. - sind gescheitert. Die genannten Branchen jammerten auch nach dem Fall der Mauer immer weiter über ihre Schwierigkeiten Leute zu bekommen. Das Arbeitsverbot für Asylbewerber war schon immer eine Methode, die Löhne in bestimmten Bereichen niedrig zu halten. Wer illegal arbeitet, kann nicht so leicht Lohnforderungen stellen. Die Aufhebung des Arbeitsverbots wird daher zu Lohnsteigerungen führen, aber sie ist für den Staat notwendig, um die Kontrolle über diesen Arbeitsmarktsektor zu behalten. Mit dem neuen Ausländerrecht geht es ihm nicht in erster Linie darum, nun alle Ausländer rauszuschmeißen - wie in der Kampagne dagegen an die Wand gemalt wurde. Es geht darum, die Einwanderung und das Sozialverhalten ("Integration") besser kontrollieren zu können. Dazu gehört die Arbeitserlaubnis. Die verstärkte Anwendung von Saisonarbeitserlaubnissen verbindet die Kontrolle der Einwanderung mit den spezifischen Arbeitskraftbedürfnissen z.B. von Landwirtschaft und Gastronomie. (s.USA, Italien)
Die Ausländerbeschäftigung soll ausgedehnt werden.

Aber der Staat will auch auf keinen Fall die Arbeitsmarktreserven in der eigenen Bevölkerung brach liegen zu lassen - auch wenn dies zu politischen Konflikten führen wird.

Punkt "Arbeitsmarkt":

"..Die Koalitionsparteien setzen unter Federführung des Bundesarbeitsministers eine Koalitionsarbeitsgruppe zur Bekämpfung des Mißbrauchs bei Arbeitslosigkeit ein. Die Arbeitsgruppe legt Vorschläge vor, wie dem Mißbrauch bestehender Hilfen und Vergünstigungen durch eine nicht ausreichend an Arbeit interessierte Minderheit entgegengewirkt werden kann."

Der Arbeitsverweigerung soll es härter an den Kragen gehen. Und um das durchsetzen zu können, soll bis Ende 1992 endlich die "gewerbsmäßige private Arbeitsvermittlung" ermöglicht werden. Von privater Arbeitsvermittlung wird erwartet, daß sie effizienter als die Arbeitsämter ist. Es gibt schon eine ganze Palette von Zwangsmaßnahmen: vom Paragraph 19, der Zwangsarbeit auf dem Sozi, bis hin zur "Übungsfirma", wo das Arbeitsamt die Leute reinzwingt.
Auf der anderen Seite soll vor allem die Arbeitsmarktreserve "Frauen" erschlossen werden. Das Sonderprogramm "Wiedereingliederung von Frauen nach der Familienphase" wird verlängert. Zur Wiedereingliederung von Pflegekräften wird ein zusätzliches Sonderprogramm geschaffen. Die weiter zugespitzte Personalsituation in den Krankenhäusern und Altenheimen vor Augen, wird den ArbeiterInnen in der weißen Fabrik Honig ums Maul geschmiert: "Die Pflegeberufe sind materiell und ideell aufzuwerten. Die vorhandenen Berufsbilder sind zu überprüfen und den veränderten Bedingungen anzupassen."
Zur Flankierung einer höheren Frauenbeschäftigung wird die Freistellung von der Arbeit zur Pflege kranker Kinder von 5 auf 10 Tage erhöht, und die Altersgrenze der Kinder auf 12 Jahre angehoben.
Außerdem wird der Bezug von Erziehungsgeld (faktisch eine Subventionierung von Teilzeitarbeit) auf 24 Monate und der Erziehungsurlaub mit Beschäftigungsgarantie auf 3 Jahre verlängert.
25. Januar 1991, alle Informationen nach FAZ.

Hamburg: Streik der Eisenbahner

Am 28.11. 90 kam es im Betriebswerk Hamburg 2 (BW 2) der Deutschen Bundesbahn zu einem spontanen Streik. Neben der Solidarität mit den streikenden Reichsbahnern, richteten sich ca. 150 Arbeiter mit dem Streik gegen Privatisierungspläne, die Teile der Wartung und der Reparatur betreffen. Einen Tag später griffen die Kollegen des Betriebswerks für die S-Bahn (GSB) die Idee auf und legten ebenfalls am Morgen ihre Arbeit nieder.

Schon seit Jahren ist Personalabbau und Privatisierung in der DB in der Diskussion. Nach Vorstellung einiger Planer sollen von dem Abbau von über 100.000 Arbeitsplätzen besonders die Betriebswerke betroffen sein. Hier in Hamburg wären vor allem die S-Bahn und das Reisezugwagenwerk (zwischen 200 und 400 Beschäftigte) betroffen.

Die Unternehmensführung weist alle Vorwürfe von sich und bestreitet sämtliche Privatisierungspläne. Auch die "Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands" (GdED) unternimmt alles, um die Arbeiter im Dunst stehen zu lassen und schafft dadurch der DB-Leitung Raum, ihre Pläne durchzuziehen. Bekannt geworden sind angebliche Privatisierungsabsichten des Rangierbahnhofs in Maschen bis 1992.

Es schwelt seit einiger Zeit in den beiden Betriebswerken: Vor allem im BW 2, wo viele türkische Arbeiter sind, brechen nach dem Streik die Diskussionen nicht ab.

Im Stellwerk dagegen ist nicht so viel los. Die halbstündige Arbeitsniederlegung am 29.11. fand im gewerkschaftlichen Rahmen statt und brachte, außer einer Meldung in der Zeitung, wenig.

Der Nettoverdienst eines Schlossers liegt mit 1800 DM weit unter dem eines Metallarbeiters in der Industrie; bei Rangierern und Gleisarbeitern fehlen akzeptable Zulagen. Mit solchen Angeboten hat es die DB schwer "motivierte" Leute auf dem Arbeitsmarkt zu finden. Zumindest von einigen Kollegen wird dann auch die Beschränktheit des Streiks und die Gewerkschaftskampagne kritisiert. Die GdED reagiert auf diesen Unmut, der hauptsächlich aus den Ballungszentren kommt, mit der Vertröstung auf die im Frühjahr laufenden Tarifverhandlungen. Sie fordert dafür eine Lohnerhöhung von 10%, eine Ballungsraumzulage, 250 DM für Azubis und eine besondere Erhöhung des Rangierlohns. Trotz der Privatisierungspläne sollen vorerst zur Bewältigung der Engpässe und des erhöhten Verkehrsvolumens 12.600 Neueinstellungen erfolgen. Im letzten Jahr hatte die DB große Schwierigkeiten, Lokomotivführer zu bekommen.

KnastPerspektiven

Nach der Revolte in den Knästen beginnen jetzt die Diskussionen, wie der Kampf weitergeführt werden könnte. Wir haben dazu ein Interview mit Thomas Braven gemacht. 1989 hat er ein Buch veröffentlicht, in dem er seine reichhaltigen Erfahrungen aus dem Knastalltag beschreibt. Über den ständigen Kampf gegen Knast, Zwangsarbeit, die korrupten Schließer und Pfaffen und nicht zuletzt die Versuche abzuhauen, nach dem Motto: der beste Gefangene ist ein "Ehemaliger".
Seine Beteiligung am HS 88/89, die verschiedenen Aktionen gegen den Knast, kurz: die Weigerung das Eingesperrtsein zu akzeptieren haben ihm den Status besonders "gefährlicher Gefangener" beschert. "Gefährliche Gefangene" unterliegen einem ganzen Rattenschwanz von Haftverschärfungen. Das reicht von Besuchen nur mit Trennscheibe, Fesseln an Händen und Füssen, sobald er die Zelle verlässt, Ausschluss von Gemeinschaftsveranstaltungen, bis zur verschärften Postzensur.

Was hast du für Haftbedingungen seit dem letzten Hungerstreik? In welchem Umfang ist das System der Sonderhaftbedingungen auch auf "soziale Gefangene" ausgeweitet worden?

Die machen jeden Monat was Neues dazu. Grad sind sie dabei, Postkarten oder Briefe anzuhalten, die farbige oder schwarze Aufdrucke haben. Ich behaupte, was hier praktiziert wird, ist Teil des Gehirnwäscheprogramms. Einmal die totale Isolation, wo enge emotionale Beziehungen erfolgreich abgebrochen oder ernsthaft abgeschwächt werden können. Die permanente Bespitzelung, wo du dir vorkommst wie in nem Glashaus. Die systematisch verzögerte Weiterleitung und Aushändigung der Post, wozu auch Anwalt- und Strafvollzugsbeauftragtenpost gehört, die nicht selten 14 Tage angehalten wird und regelmäßig so beschädigte Umschläge hat, daß der Inhalt zu überprüfen ist. Das Aussprechen von Besuchsverboten, oder daß Briefe, in denen ich über die Haftbedingungen schreibe, angehalten werden. Wo nur Zugang zu Literatur zugelassen wird, die das gewünschte neue Verhalten unterstützt oder sich zumindest neutral verhält. Und wo sie dann frech in ihren Stellungnahmen verlauten lassen, daß die Haftbedingungen solange aufrecht erhalten werden, wie ich in meiner Haltung verharre. Wo sie dich in zweideutige Situationen bringen. So haben sie mir z.B. über den Pfaffen ausrichten ließen, ob ich nicht in den Hamburger Raum verlegt werden möchte, also die Möglichkeit einer Atempause, und er hat gleich hinzufügt, daß, wenn ich dem nicht zustimmen würde, der Druck hier noch zunehmen wird. Was dann auch unmittelbar eintrat, indem der Bezug der Bücher auf zwei im Monat reduziert wurde. Oder die Anwendung von Techniken zur Charakterschwächung und die Monopolisierung der Wahrnehmung. Das bis ins einzelne zu beschreiben sprengt den Rahmen.

Die Sonderhaftbedingungen sind in den letzten Jahren fester Bestandteil des Normalvollzugs geworden. Selbst die kleinen Knäste verfügen über Trennscheibenbesuchszellen, Sicherheitszellen und Einzelhofgang kann problemlos durchgeführt werden. Die meisten Knäste verfügen über einen extra Hof. Alles Andere ist eh jederzeit und überall praktizierbar, weil dafür keine besonderen baulichen Voraussetzungen notwendig sind.

Die Revolten sind nur ein Schritt...

Im letzten Jahr hat sich wohl in den Knästen einiges verändert, welche Perspektive haben diese Knastaufstände?

Die Perspektiven die sich durch die Revolten eröffnet haben sind m.E. vielfältiger Natur. Einmal das unmittelbare Erleben, daß im kollektiven Kampf die Machtstrukturen in denen der/die Einzelne gefangengehalten wird nicht mehr greifen. Daß untereinander neue Beziehungen wachsen und daß im Dialog mit den UnterstützerInnen der Kämpfe von draußen eine Politisierung stattfindet. Daß begriffen wird, daß die Revolten nur ein Schritt im Ganzen sein können, sozusagen der Beginn. Denn bislang ist es auch immer noch so, daß die meisten nicht über den "Tellerrand" gucken, so als ob der Knast der Nabel der Welt ist. Die Perspektive, daß permanent drangeblieben wird, die Revolten planvoller ablaufen in Zukunft, denn die Erfahrung nimmt ihnen niemand mehr, und daß im Laufe dieser Lernprozesse begriffen wird, daß ohne unsre Mitarbeit gar nichts läuft, daß wir also bestimmen, wie wir die Zeit im Knast verbringen und daß es an uns liegt, ob sie jemand abspritzen. Spätestens seit Straubing wissen sie, daß auch der Untersuchungsausschuß eine Luftblase ist.

Die zentrale Forderung war Amnestie, wohl als Reaktion auf die Teilamnestie in der alten DDR. Klar, daß jede/r erst mal raus will, aber ist dabei die Ausbeutung durch Knastarbeit, Abspritzen durch Medikamente u.ä., nicht zu weit in den Hintergrund gerückt?

...sozusagen der erste Schritt

Das stimmt, die Zwangsarbeit zu frühkapitalistischen Löhnen und die heimliche, zwangsweise Verabreichung von Psychopharmaka wurden in den Hintergrund gedrängt, weil sich die Revolten an der Amnestie orientierten, anstatt an den Schweinereien anzusetzen und diese laut zu benennen... Aber das ist ein Zeichen, daß die Köpfe noch nicht soweit waren und, daß es weiter thematisiert werden muß.

Einige RAF-Gefangene haben sich an den Aufständen beteiligt. In Straubing haben die Gefangenen Rolf Heisler zum Sprecher gemacht. Deutet sich die Aufhebung der alten Trennung an?

Wie Rolf Heisler sich verhalten hat, war toll. Ich kann das nicht mit Bestimmtheit sagen, ob das das Signal für die Aufhebung der alten Trennung war, denn Rolf hat diese Haltung schon früher verkörpert, wie mir geschrieben wurde. Richtig aber ist, daß seit dem letzten bundesweiten Hungerstreik neue Beziehungen entstanden sind. Ich für meinen Teil muß sagen, daß zu den Gefangenen aus dem Widerstand mehr Nähe besteht. Kann aber keine Einschätzung insgesamt geben, weil ich dafür einfach zu wenig Informationen hab.

In den VOGELPERSPEKTIVEN ziehst du eine eher negative Bilanz des Hungerstreiks, «wenn man eine solche Form wählt, muß man ihr auch gerecht werden». Trotzdem ist auch dieses Mittel zuletzt, wenn auch weniger spektakulär, in den Aufständen eingesetzt worden. Wie siehst Du das jetzt?

Meine negative Äußerung beruhte vor allem darauf, daß der Hungerstreik über drei Monate geführt wurde und ohne erkennbare Zugeständnisse abgebrochen wurde. Heute erscheint das in einem anderen Licht, nachdem bekannt wurde, daß was in Bewegung kam.

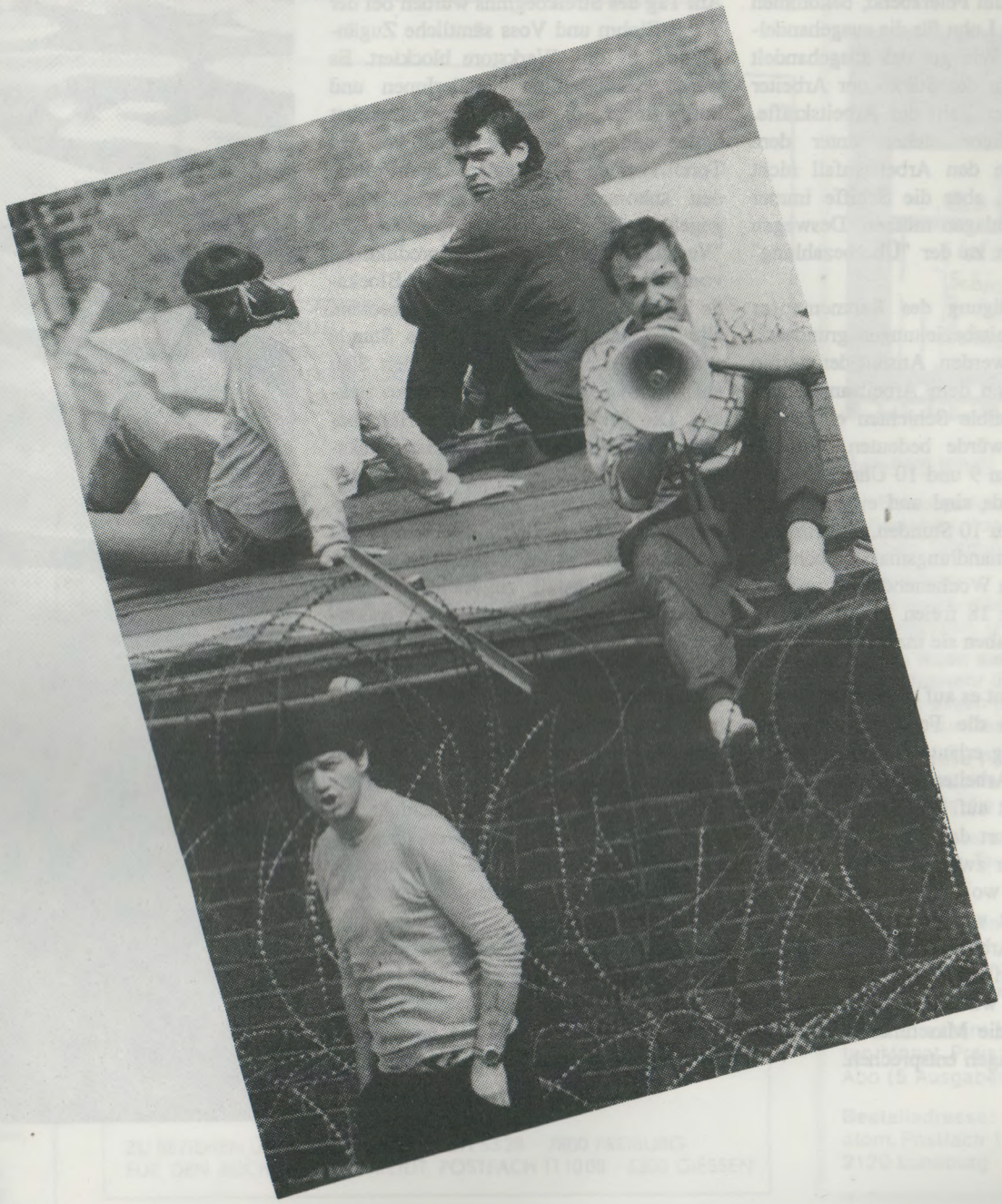
Was könnten andere Kampfformen, wie z.B. massenhafte Arbeitsverweigerung, im Knast bewirken?

Es ist das Druckmittel an sich, weil damit der Knastbetrieb lahmgelegt ist. Das ginge ja so weit, daß auch die Verpflegung über eine Fernküche geliefert werden müßte. Ich bin sicher, daß auf diese Weise alles durchgesetzt werden könnte, also auch, daß die Betriebe an die Gefangenen übergeben werden oder an sie vermietet würden, damit sie selbstbestimmt arbeiten können, wenn sie das wollen. Für sie ist das in erster Linie eine Kostenfrage und das ist genau unsere Stärke, wenn das mal begriffen und umgesetzt wird.

Auch in den VOGELPERSPEKTIVEN taucht irgendwo die Forderung nach Bezahlung der Knastarbeit nach Tariflohn auf. Wie ist in dem Zusammenhang die Initiative der SPD in Bad.- Württemb. zu verstehen?

Der Unterschied meiner Forderung zu der parlamentarischen Initiative der SPD ist, daß die angestrebten Zielen verschieden sind. In beiden Fällen ist es aber nur Mittel zum Zweck. Ich würde das heute so nicht mehr fordern. Meine Überlegung war, auf diese Weise die Masse bewegen zu können, dafür zu kämpfen. Wenn die Bereitschaft dafür da gewesen wäre, so glaubte ich, wäre es ein Leichtes, sie für mehr zu gewinnen. Ich meine heute, daß sie von Anfang an das Ziel (selbstbestimmtes Arbeiten) haben müssen, um es letztlich auch erreichen zu können, weil sonst nur eine marginale Gruppe soweit ist, daß auch umzusetzen. Und sollten diejenigen weg sein, bricht alles zusammen. Ich kenne die Initiative der SPD von vor ca. zwei Jahren. Das heißt ja nicht, daß wir durch Tariflohn mehr Kohle haben. Schaut euch nur mal an, wie die in den offenen Abteilungen gemolken werden. Die zahlen für ne Zelle, für zwei jeweils rund 400,- DM Miete. Auf diese Weise holen sie sich die Kohle. Unter uns hätte das noch eine Spaltung zur Folge. Ich habe in fast 10 Jahren Knast nie was von der SPD gehört, wenn es um die Schweinereien ging, die nach wie vor ablaufen. Ihre Initiative kann also alles andere bedeuten, als für uns zu sein. Damit würden sie den Kämpfen auch sehr viel Boden entziehen; mach das erstmal wieder klar, wenn jemand, der eh fast nix hat, über ein paar Mark mehr verfügen kann. Das ist es, was ich dahinter sehe.

(Dezember 1990)



Der Hafen bewegt sich...

Die Arbeiter der Hamburger Lagergesellschaft (HHLA) führen seit dem 23.1.91 einen Bummelstreik gegen die Ankündigung der "Deutschen Seehäfenbetriebe" flexible Schichten einzuführen. Die Arbeitgeber haben den Rahmentarifvertrag Ende letzten Jahres, als ersten der drei bestehenden, gekündigt.

Die Arbeitsbeziehungen im Hafen sind stark an das Schichtsystem gekoppelt. Die Schiffe sind nicht immer zu Schichtbeginn am Kai, manchmal warten die Arbeiter Stunden auf ein Schiff und Arbeit, wird ein Schiff früher fertig, ist Schichtende. Die Arbeitsleistung wird pro Schicht und Schiff neu ausgehandelt. Häufig wird eine Arbeitszeit von mehreren Schichten vereinbart, tatsächlich kann die Arbeitszeit viel weniger als die vereinbarte Schichtdauer betragen. Die Arbeiter haben dann Feierabend, bekommen aber den vollen Lohn für die ausgehandelten Schichten. Wie gut das ausgehandelt wird, hängt von der Stärke der Arbeiter ab, und von der Zahl der Arbeitskräfte. Die Hafenbetriebe stehen unter dem Druck, daß sie den Arbeitsanfall nicht planen können, aber die Schiffe immer schneller umschlagen müssen. Deswegen waren sie auch zu der "Überbezahlung" bereit.

Mit der Kündigung des Rahmentarifes sollen die Arbeitsbeziehungen grundsätzlich verändert werden. Anstatt der starren Schichten sollten dem Arbeitsanfall entsprechende flexible Schichten eingeführt werden. Das würde bedeuten, Arbeitsbeginn zwischen 9 und 10 Uhr, wenn die Schiffe schon da sind und eine Schichtdauer von bis zu 10 Stunden. Gleichzeitig wurde als Verhandlungsmasse noch die Einführung von Wochenendarbeit und die Streichung von 18 freien Tagen dazugepackt, beides haben sie inzwischen wieder zurückgezogen.

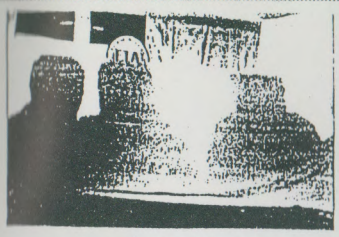
Am 23.1. kommt es auf einer Betriebsversammlung, wo die Forderung von der Geschäftsleitung erläutert wurden, zu Tumulten, und Arbeiter rufen zur Arbeit nach Vorschrift auf. Nach einer Abstimmung wird sofort damit begonnen. Überstunden in einer zweiten Schicht oder am Wochenende, wo bisher 50-60% der Arbeit geleistet wurden, werden verweigert, und die Arbeitsschutzbestimmungen werden peinlich genau eingehalten. Nach einigen Tagen wird auch etwas nachgeholfen, damit die Maschinen nicht mehr den Bestimmungen entsprechen.

Bereits in den ersten Tagen konnten viele Schiffe nicht mehr abgefertigt werden und wurden an andere Seehäfen oder Terminals anderer Gesellschaften umgeleitet. Die HHLA-Arbeiter forderten die völlig überraschte Gewerkschaft auf, den Streiks an andere Terminals auszuweiten. Die lehnte ab. Arbeiter von Eurokai haben allerdings selbst begonnen umgeleitete Schiffe langsamer zu bearbeiten und lehnen ebenfalls die zweite Schicht ab.

Inzwischen versuchte einer der Aktivisten, von der Gewerkschaft bearbeitet, wieder zu "ordnungsgemäßeren Arbeiten" anzuhalten, wurde aber von den Arbeitern nicht ernstgenommen, der Streik geht weiter.

...nichts läuft mehr

Am Tag des Streikbeginns wurden bei der Werft Blohm und Voss sämtliche Zugänge und die drei Werkstore blockiert. Es waren hauptsächlich SchülerInnen und StudentInnen, die die Aktion vorbereitet hatten und vor der Frühschicht vor den Toren standen. Mit Lautsprechern wurde den ankommenden Arbeitern bekanntgegeben, daß das Ziel der Blockade die "Verhinderung einer Tagesproduktion" von Kriegsmaterial sei. Durch die Blockade blieb die Frühschicht im Stau stecken. Die Hafenarbeiter, die ne halbe Stunde später anfangen, blieben durch den Stau auf dem Weg zu ihren Einsatzorten stekken. Die Arbeit in den meisten Hafenbetrieben verzögerte sich wegen der Blockade um zwei Stunden. Die Frühschicht auf der Werft fiel ganz aus. Nach der Verhandlung mit dem Betriebsrat wurde von der Geschäftsleitung volle Lohnzahlung trotz Schichtausfall zugesichert. Damit ließ sie die Bewegung vor den Werkstoren auflaufen. Denn genau das hatten die BlockiererInnen gefordert. So gab's für sie jetzt keinen Grund mehr, hier zu bleiben. Am nächsten Tag wurde die Spaltung klar, nur die Arbeiter, die sich im Laufe des Tages nochmal bei der Werft gemeldet hatten, sollten die Schicht gelöhnt kriegen. Bis an die Werkstore kamen während der Blockade die Leute, die unbedingt rein und arbeiten wollten. Zwischen denen und den SchülerInnen und StudentInnen gab's ne Konfrontation, aber keine Diskussion. Und die, mit denen 'ne Auseinandersetzung hätte laufen können, waren am anderen Ort. Sie standen im Stau und hatten es auch nicht eilig, zur Schicht zu kommen. Wozu auch. Da wars doch besser, die Zeit für sich zu nutzen, sich an anderen Orten zusammenzusetzen, frühstücken gehen und reden. Zwischen diesen Arbeitern und den Blockierenden gab's keine Berührung, also auch keine Diskussion. Schade drum.



negoziazioa *

*baskisch; Verhandlungen.

Zwischen der spanischen Regierung und der bewaffneten baskischen Befreiungsorganisation ETA existieren neue Kontakte. Diese Bestätigung machte ETA in einem Interview mit der baskischen tageszeitung 'egin', welches in der Februar/März-Ausgabe der EUSKADI INFORMATION ungekürzt auf deutsch erscheint. Ferner in der Nummer: Warum politische Verhandlungen die einzige mögliche Lösung des sogenannten baskischen 'Problems' sind, wie das baskische Gefangenenkollektiv die gegenwärtige politische Situation analysiert und vieles mehr...

Ausserdem im Handel seit 1. Januar 1991: EUSKADI INFORMATION SONDERHEFT über die baskische nationale Frage. Mit Beiträgen von Josef Lang, Justo de la Cueva und Iñaki Gil de San Vincente. 40 Seiten, 5 DM/SFr.

EUSKADI INFORMATION erscheint seit April 1989 als Zeitung der EUSKADI KOORDINATION., Postfach 7323, CH8023 Zürich
Erhältlich im Abo 6 x jährlich für 30 DM/SFr/ Unterstützungsabo für 50 DM/SFr. Jetzt einzahlen auf Konto 10577705, P.Surber, Volksbank Freiburg, BLZ 68090000. Gratis Probenummer bestellen!

UNFASSBA

UNFASSBA NR. 5 IST DA!

Bestellen bei: UNFI c/o Umwälzzentrum, Scharnhorststr. 57,D-4400 Münster.
Preis: 3,80 DM in Briefmarken,ABO (= 5 Nrn.) = 15 Piepen.
WiederverkäuferInnen: 4 Stck.= 10 Doofmark. Alles nur bar & im voraus.
Knastexemplare frei.
Themen Nr.5/Jan./Feb.91: Totale KDV, Staatsterror,Golfkrieg,Anarchafeminismus,Knastrevolten,Antifa,Atomkraft? NEE! Knastrevolten,Häuserkampf,...

Die Rote Hilfe - Zeitung 1/91

Schwerpunktthema:
§ 129a - Knüppel gegen Revolutionäre oder Papiertiger ?

weitere Themen: Asylrecht für Kurdlnnen außer Kraft gesetzt ?; 15 Monate Schauprozeß in Düsseldorf; Angriff auf autonome Infoläden; Betriebsrepression; Internationales

Die Rote Hilfe-Zeitung gibt es für 2,- DM in vielen Buch- und Infoläden oder gegen 3,- DM in Briefmarken bei u.a. Adresse. Das Abonnement kostet 10,- DM für 4 Ausgaben. Für Mitglieder ist der Bezug der Zeitung im Beitrag inbegriffen.

Erscheinungstermin: 28.1.91

Rote Hilfe e.V.
Postfach 6444
23 Kiel 14

Schwarzer Faden

Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit
Nr.1/91
(laufende Nr.37) enthält:

★
Ich will Euch vom Westen erzählen
von Alexander Zinovjev

★
Was bedeutet anarchistisches Politikverständnis?
von Michael Wilk

★
GATT – Gattastrophe
von Andi Ries

★
Nationalismus und Befreiung Die Kurdenfrage
von Ronald Ofteringer

★
AIDS – der größte medizinische Irrtum?
von Rainer Kaune

★
Das Unglaubliche – Rassismus der Nazis
von Jens Bjørneboe

★
Texte und Kadaver – Elend der Gegenöffentlichkeit
von Jörg Auberg

Außerdem: 500 Jahre Kolonisation, Interview mit Alain Finkielkraut zum Rassismus, Der Faschismus von Vichy ans Licht, Nationalismus-Diskussion, Der schleichende Verlust der Utopie, Nachruf auf Rudolf Michaelis, Free the Murrays, Kein Soldat für Öl, Rez. Stalins Agent, Rez. Operacion Principe, Aktion: Mittwochs frei! u.a. 72S.

Einzelnummer 6.-
Sondernummer Feminismus 6.-
Sondernummer Nr.0-12: 10.-
SF-ABO: 20.-
Red. Schwarzer Faden, PF 1159, 7043 Grafenau-1
Tel. 07033–44273

Bremer KassiBER

stadtzeitung für politik, alltag, revolution

Drei zu Eins
–
Klassenwiderspruch, Rassismus und Sexismus
Diskussionspapier
VzVuN (Hg.) Jan.1991
48 Seiten - 3 DM

Bestelladresse:
Verein zur Verbreitung unterdrückter Nachrichten (VzVuN)
St.Pauli Str.10
2800 Bremen
Einzelexemplare 3 DM, 10 Ex. 25DM plus Porto.
Bitte in Bar oder Briefmarken der Bestellung beilegen.

atom Nr. 33

Aus dem Inhalt

★ **»Entsorgungs«poker:** Gorleben, Konrad, Morsleben, Wismut

★ **Standorte:** Mühlheim-Kärlich, Euregio, Würgassen, THTR, Lingen

★ **High Noon am Golf:** Bundeswehr übt Ernstfall Ölinteressen des Westens Aufruf zur Desertation

★ **Alternative Parteien:** PDS für Linke wählbar(er als die Grünen)?

★ **Zur Diskussion:** Ökohorror, Tauschwerte, Langeweile

Weitere Themen auf den 68 starken Seiten: Atommülltransporte, Kriminalisierung, Herbstkonferenz ...

atom erscheint jeden zweiten Monat. Preis: DM 5,–
Abo (5 Ausgaben): 30 DM

Bestelladresse:
atom, Postfach 1109
2120 Lüneburg

ZWISCHEN ROSTOCK UND DRESDEN
2/3-WELT-GRUPPEN
EIN HANDBUCH

NEUERSCHEINUNG

SELBSTDARSTELLUNGEN
ADRESSREGISTER
UND
TEXTE DER
2/3 WELT-BEWEGUNG DER
EHEMALIGEN DDR

112 Seiten
DM 9,80

ZU BEZIEHEN ÜBER: iz3w · POSTFACH 5328 · 7800 FREIBURG
FÜR DEN BUCHHANDEL: PROLIT, POSTFACH 111008 · 6300 GIESSEN

Golfkrieg:
Antikriegsbewegung
Streiks in der Türkei
Interview - Midnight Notes

Thesen zur Weltlage

Ökologie und Klassenkampf

JobberInnenkämpfe